

RUSSLAND UND DEUTCHLAND
EIN DIALOG
ÜBER DIE ZUKUNFT

Sankt Petersburg
2018

UDK 327(430)

BBK 66.4 (4Гем)

ISBN 978-5-91673-213-9

RUSSLAND UND DEUTCHLAND
EIN DIALOG ÜBER DIE ZUKUNFT

Redaktion:

T.W. Chruljowa

I.W. Gretzkij

N.A. Wlassow

ISBN 978-5-91673-213-9

BBK 66.4 (4Гем)

Gedruckt von Petschatnyj Element GmbH Sankt Petersburg 2018. 133 S. In Auflage von 250 Expl.

Über den Petersburger Dialog

Das deutsch-russische zivilgesellschaftliche Diskussionsforum „Petersburger Dialog“ wurde im Jahr 2001 auf Initiative und unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Russischen Föderation und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufen. Das Hauptziel des Forums bestand und besteht weiterhin darin, eine feste Basis für die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen durch die Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder zu schaffen. Das erste Forum fand im April 2001 in Sankt-Petersburg statt. Bis zum Jahr 2008 war die „nördliche Hauptstadt“ ständig der Austragungsort des Petersburger Dialogs auf dem Territorium Russlands, doch seit der Zeit wird das Forum abwechselnd in deutschen und russischen Städten durchgeführt.

Während die Tätigkeit des Petersburger Dialogs in den ersten Jahren seiner Arbeit auf die Organisation und die Durchführung der alljährlichen Foren zurückzuführen war, begann sich die Situation ab Mitte der Nullerjahre allmählich zu verändern. Der Petersburger Dialog verwandelte sich in eine ganzjährig funktionierende Struktur. Es wurde in erster Linie durch die Aktivierung der Arbeitsgruppen realisiert, deren Sitzungen auch in der Zeit zwischen der alljährlichen Foren stattfanden. Heute führt jede Arbeitsgruppe im Durchschnitt 2–3 zusätzliche Sitzungen pro Jahr in verschiedenen Städten Deutschlands und Russlands durch. Parallel läuft die Arbeit an konkreten Projekten im Rahmen des Petersburger Dialogs. Folgende Projekte zählen zu den wichtigsten: Koch-Metschnikow-Forum, Sozialforum, Schule für Nachwuchswissenschaftler, Jugendforum des Petersburger Dialogs u. v. a. Außerdem werden mit Unterstützung des Forums deutsch-russische Konferenzen, Seminare und Symposien zu verschiedenen Fragen der bilateralen Beziehungen veranstaltet.

Die Wende der 80er/90er Jahre wurde zum Meilenstein in der Entwicklung Europas. Die

Welt, erstarrt in der jahrzehntelangen Konfrontation der globalen Mächte, fing an, sich rasant zu verändern, und unsere Länder spielten dabei die Schlüsselrolle. Für die UdSSR – wieauch für viele andere Länder des sozialistischen Blocks – war diese Zeit von grundlegenden und spontanen gesellschaftlich-politischen Veränderungen geprägt. Die Epoche der totalen Zensur und des Machtmonopols der Partei nahm ihr Ende, der eiserne Vorhang wurde immer durchlässiger. Michail Gorbatschow sprach immer öfter von der Sowjetunion als Teil der Weltzivilisation und nicht als Zentrum der sozialistischen Welt. Der Kreml strebte die „Diktatur des Proletariats“ auf der ganzen Welt nicht mehr an, ja sogar der Aufbau des Sozialismus im eigenen Land war jetzt nicht so richtig seine Absicht. Angesichts der heraufziehenden sozial-wirtschaftlichen Krise rückte anstelle der Ansprüche auf die Weltherrschaft die krampfhaft Such nach Ressourcen zur Befriedigung der Basisbedürfnisse des Volkes in den Vordergrund. Das kollapsierende sowjetische Reich verabschiedete sich von seinem Supermachtstatus. Das neue Russland musste die sowjetischen Schulden bezahlen, indem es den Weg der anspruchsvollen Reformen und Beschwerlichkeiten beschritt. Nach dem Zerfall der UdSSR bewegte sich das Land nur abwärts, konfrontiert mit den Folgen der ineffizienten Zentralverwaltungswirtschaft und anschließend auch der chaotischen, nicht durchdachten Reformen, die zu einer sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft führten.

Die Bundesrepublik Deutschland befand sich mittlerweile in einer anderen Entwicklungsphase. Das westdeutsche Bruttoinlandprodukt pro Kopf übertraf das ostdeutsche um das Doppelte. Die durch das Wirtschaftswunder nach dem Krieg wiederaufgelebte Bundesrepublik verfügte über ein enormes Exportpotential und war Vorreiter des erfolgreichsten Integrationsprojektes – der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das Ende des Kalten Krieges und der Fall der Berliner Mauer gab Deutschland eine historische Chance, seine territoriale Integrität wiederherzustellen.

Dennoch gab es für unsere Länder bei allen damaligen Unterschieden noch einige Gemeinsamkeiten.

Erstens stand Deutschland, um mit Gorbatschow zu sprechen, auch an der Schwelle seiner eigenen Perestroika. Nach der Wiedervereinigung wurde es, wie auch Russland, mit den Schwierigkeiten der postsozialistischen Transformation in den neuen Bundesländern konfrontiert.

Zweitens spielten Deutschland und Russland trotz der unterschiedlichen Entwicklungswege politisch und wirtschaftlich die leitende Rolle in ihren Regionen: Deutschland wurde als Teil des deutsch-französischen Tandems zur Lokomotive der europäischen Integration, wobei Russland auch nach dem Zerfall der Sowjetunion weiterhin ein Gravitationszentrum für postsowjetische Republiken blieb.

Drittens bot das Ende des Kalten Krieges den beiden Nationen die historische Möglichkeit, mit der Vergangenheit abzurechnen und einen neuen Platz auf der Weltbühne zu finden. Das vereinte Deutschland konnte somit „primus inter pares“ auf dem europäischen Kontinent werden, nicht nur finanziell und wirtschaftlich, sondern auch in allen anderen Aspekten. Befreit von der Bürde der Supermacht, war Russland hingegen imstande, die führende Rolle in den marktorientierten demokratischen Veränderungen in Osteuropa zu übernehmen und sich der euroatlantischen Gemeinschaft der liberal-demokratischen Nationen anzuschließen.

Viertens bauten Russland und Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte der bilateralen Beziehungen ihre Zukunft auf den Prinzipien der Demokratie, der Menschenrechte und -freiheiten auf. In der schwersten Krisenzeit war die Bundesrepublik Deutschland, die Russland eine helfende Hand reichte, ein kapitalistischer Staat, dessen Prinzipien und Grundlagen jahrzehntelang von sowjetischen Theoretikern des Marxismus-Leninismus unbarmherzig kritisiert wurden. Das deutsche Establishment hat Kremls Veränderungsimpulsen volle Unterstützung

geleistet. Deutschland war neben den USA der prioritäre Partner für die russische Regierung. Die bilaterale Zusammenarbeit unserer Länder wurde im Prinzip zu einer der Grundlagen der sanften Transformation des damaligen Systems der internationalen Beziehungen.

Ein offener Dialog in einer Vertrauensatmosphäre gehörte zu unbestrittenen Errungenschaften der Gorbatschow-Kohl-Epoche. Diese Atmosphäre blieb gewissermaßen bis zum Jahr 2014 erhalten. Trotz der russischen Finanzkrise im Jahr 1998 und Unstimmigkeiten zum NATO-Einsatz in Jugoslawien und dem Tschetschenien-Krieg suchten die beiden Seiten Möglichkeiten für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit weiter. Berlin schien damals ein natürlicher Partner für Russland aus mehreren Gründen zu sein: es hatte keine ausdrücklichen geopolitischen Ambitionen, das bilaterale Handelsvolumen stieg kontinuierlich, und Deutschland war mit Abstand führend auf der Liste der Investoren und Gläubiger Russlands. Die Regierung der Bundesrepublik drückte sogar Interesse am Ausbau einer strategischen Partnerschaft mit Russland aus.

Leider befinden sich die deutsch-russischen bilateralen Beziehungen heute wohl seit 30 Jahren auf dem schlechtesten Stand. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass eine radikale Verbesserung der Atmosphäre kurzfristig kaum möglich ist. In den Krisenzeiten ist es dennoch äußerst wichtig, den Prinzipien der Offenheit und des Pluralismus treu zu bleiben und alle Stimmen zu hören. Dieses Projekt ist ein Versuch, unterschwerigenpolitischen Verhältnissen den aufrichtigen Dialog über die schwierigsten Fragen weiter zu pflegen, um die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen zusammen zu bestimmen.

Igor Gretzkij





Experten von der russischen Seite

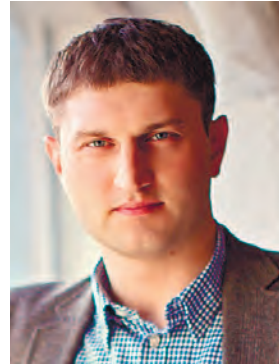


Tatjana Chruljowa

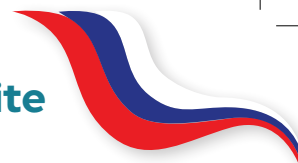
Journalistin, Reporterin bei der Nachrichtenagentur Rosbalt. In den Jahren von 2012 bis 2017 war sie Koordinatorin des gemeinsamen Projekts der Nachrichtenagentur Rosbalt und der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie. Seit 2018 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Modernisierungsstudien an der Europa-Universität St. Petersburg. Expertin der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie. Seit 2011 Teilnehmerin der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.

Igor Gretzkij

Kandidat der Geschichtswissenschaften, Dozent der Fakultät für internationale Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg. Sein Fachgebiet liegt in der Forschung von internationalen Beziehungen in Mittel- und Osteuropa. Experte der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.



Experten von der russischen Seite



Fjodor Lukjanow

Chefredakteur der Zeitschrift „Russland in der globalen Politik“, veröffentlicht auf Russisch und Englisch unter Beteiligung der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“; Vorstandsvorsitzender des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik, der ältesten russischen Nichtregierungsorganisation; wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Diskussionsklubs „Waldai“. Vorstandsmitglied im Russischen Rat für internationale Angelegenheiten, Research Professor des Institutes für Weltwirtschaft und Internationale Politik der Nationalen Forschungsuniversität „Höhere Schule für Wirtschaft“.



Sergej Markedonow

Dozent des Lehrstuhls für ausländische Regionalstudien und Außenpolitik an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften, Kandidat der historischen Wissenschaften, Autor von Büchern und Artikeln zu Problemen des Kaukasus, der Schwarzmeerregion sowie zu postsowjetischen ethnopolitischen Konflikten. Experte des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten und der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie. Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.





Experten von der russischen Seite

Iwan Preobraschenskij

Publizist, Analytiker, Kandidat der Politikwissenschaften. Die gegenwärtigen politischen Prozesse in Mittel- und Osteuropa sind sein Fachgebiet. Teilnehmer des polnisch-russischen Expertenklubs PL-RU und der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“ des Deutsch-Russischen Forums „Petersburger Dialog“. Er war im Zentrum für Politische Technologien, in der „Profil“-Zeitschrift und der „Wedomosti“-Zeitung tätig, leitete die internationale Abteilung der Online-Zeitung Strana.Ru, später die Politikabteilung der Nachrichtenagentur Rosbalt. Derzeit ist europäischer Reporter der Nachrichtenagentur Rosbalt.

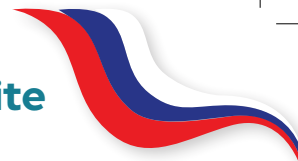


Jekaterina Timoschenkowa

Stellvertretende Leiterin des Zentrums für Deutschlandstudien, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin des Europa-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften, Kandidatin der Geschichtswissenschaften. Expertin für Innen- und Außenpolitik Deutschlands sowie für deutsch-russische Beziehungen. Ständige Co-Autorin von analytischen Berichten für die Regierungsbehörden der Russischen Föderation, Teilnehmerin an internationalen Konferenzen und deutsch-russischen Diskussionsforen. Expertin der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.



Experten von der russischen Seite



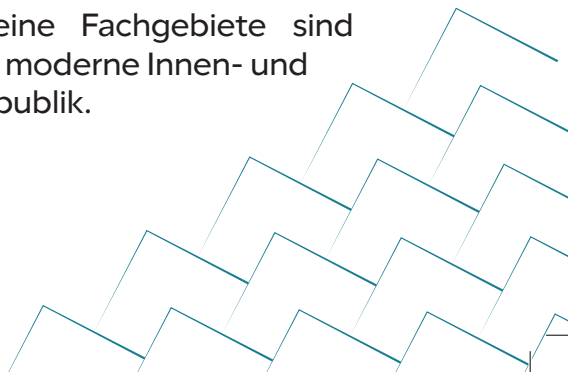
Dmitrij Trawin

Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Modernisierungsstudien der Europa-Universität St. Petersburg. Autor von mehr als einem Dutzend Büchern zu den wirtschaftlichen und politischen Reformen Russlands sowie zu den Erfahrungen der Modernisierung in europäischen Ländern. Kolumnist bei den „Wedomosti“ und „NowajaGaseta“ Zeitungen, bei den Rosbalt und Republic.ru Online-Portalen sowie bei der „Zvezda“-Zeitschrift. Träger der Internationalen Leontjew-Medaille für den Beitrag zur Reformierung der Wirtschaft, Träger des Großen Preises des Wettbewerbs für St. Petersburger Journalisten „Die Goldene Feder“. Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.



Nikolaj Wlassow

Ausgebildeter Geschichtswissenschaftler, er war in den Jahren von 2001 bis 2005 im Public-Relations-Bereich tätig, unterrichtet seit 2005 an der Fakultät für internationale Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg. Kandidat der Geschichtswissenschaften, Dozent. Seit 2006 Teilnehmer des Petersburger Dialogs. Seine Fachgebiete sind Geschichte Deutschlands sowie moderne Innen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik.





Experten von der russischen Seite

Denis Wolkow

Soziologe, Abteilungsleiter im Lewada-Zentrum mit über hundert abgeschlossenen soziologischen Forschungsprojekten als Leiter und Analytiker. Seine Fachgebiete sind Unterstützung für das russische politische Regime in der Gesellschaft, politische und zivilgesellschaftliche Teilnahme im Allgemeinen sowie in Jugendmilieus, Entwicklungen in den Einstellungen der Russen gegenüber dem Westen. Kolumnist bei RBC und Carnegie.ru. Er studierte Politikwissenschaft an der Moskauer Hochschule für soziale und ökonomische Wissenschaften. Seit 2013 Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.



Marine Woskanjan

Publizistin, Politikwissenschaftlerin, Koordinatorin für internationale Zusammenarbeit und Mitglied im Organisationskomitee des Moskauer Wirtschaftsforums. Mitglied im Expertenzentrum des Weltkonzils des Russischen Volkes. Sie hat über 15-jährige Erfahrung im Wirtschaft- und Politikjournalismus. Co-Autorin einer Reihe analytischer Berichte und Bücher zu Themen wie wirtschaftliches Ungleichgewicht, Mittelschicht, Theorie der Informationskriege, Einfluss der technologischen Entwicklung auf die Kultur und Gesellschaft. Seit 2012 Teilnehmerin der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.

Experten von der deutschen Seite



Julius von Freytag-Loringhoven

Leitet seit 2012 das Moskauer Büro der Friedrich- Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist seitdem Teilnehmer des Petersburger Dialogs, vorwiegend in AG Zivilgesellschaft und Zukunftswerkstadt. Privat engagiert er sich für den Dialog auch über German-Russian Young Leaders Forum, Boris-Nemzow-Stiftung sowie Tönissteiner Kreis. Der studierte Politikwissenschaftler (University of Kent, LMU München) war in den Jahren von 2008 bis 2012 als Politikberater bei g+ Europe nach BP Europe, dem Centre of European Policy Studies sowie dem Europäischen Parlament tätig. Vor seinem Studium lebte er ein Jahr in St. Petersburg und war Reserveoffizier der Panzeraufklärungstruppe.



Ann-Sophie Gast

Promoviert an der Berlin Graduate School for Transnational Studies der Freien Universität Berlin, der Hertie School of Governance und des WZB Berlins zu Eurasischer Integration und Russlands außenpolitischen Interessen in Zentralasien. Außerdem ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS). Im Bachelor studierte Ann-Sophie Gast European Studies an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg und an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg. Ihren Doppelmaster in internationalen Beziehungen absolvierte sie an der Freien Universität Berlin und am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen.





Experten von der deutschen Seite

Stefan Meister

Leiter des Robert-Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Senior Policy Fellow im Wider Europe Team des European Council on Foreign Relations. Seine Fachgebiete sind russische Innen-, Außen- und Energiepolitik, EU-Russland-Beziehungen, russische Politik im postsowjetischen Raum. Co-Autor von „Russia, the West and Europe's Grey zone“ (2016), „The Eastern Question“ (2017) und „The Russia File“ (2018). Seit 2008 Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.



Irene Österle

Ist Politikwissenschaftlerin und Slawistin. Nach Stationen beim Europäischen Parlament und der Bundeszentrale für politische Bildung während ihres Studiums war sie im Anschluss unter anderem als Projektleiterin beim Deutsch-Russischen Forum e.V. und einem Außenwirtschaftsverlag in Berlin tätig. Sie lebt und arbeitet in Berlin als freiberufliche Beraterin und Interims-Managerin für Projekte und Kommunikation.

Experten von der deutschen Seite



Sarah Pagung

Seit Dezember 2013

Programmmitarbeiterin des Robert-Bosch-Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Seit 2018 betreut sie das gemeinsame Projekt „A New Western Ostpolitik“ der DGAP und der School of Advanced International Studies (SAIS) an der John- Hopkins-University. Inhaltlich

arbeitet Frau Pagung vor allem an der russischen Außen- und Informationspolitik sowie Sicherheitspolitik im postsowjetischen Raum und nimmt regelmäßig an Diskussionen zu transatlantischen Beziehungen und sicherheitsrelevanten Fragen teil. Von 2007 bis 2012 studierte sie Politikwissenschaften an der Freien Universität und promovierte derzeit zur russischen Soft Power.

Hauke Ritz

Lebt und arbeitet als unabhängiger Experte und Publizist in Berlin. Er erwarb seinen Dokortitel im Fach Philosophie an der Freien Universität Berlin und ist Autor des Buches „Der Kampf um die Deutung der Neuzeit“. Über die Jahre hat sich sein Interesse von der Geschichtsphilosophie hin zu Fragen der Geo- und Außenpolitik ausgedehnt. Sein Interesse gilt insbesondere der langfristigen Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen. Gegenwärtig erforscht er die kulturelle Dimension des Kalten Krieges in Hinblick auf dessen langfristige Auswirkungen. Mitglied der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“ und Teilnehmer des Jugendforums „Petersburger Dialog“.





Experten von der deutschen Seite



Falk Tischendorf

Ist Rechtsanwalt und Managing Partner des Moskauer Büros von BEITEN BURKHARDT und Schiedsrichter für internationale Handelsstreitigkeiten am Internationalen Wirtschaftsschiedsgericht bei der Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation und am AEB Arbitration Court, Beauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern in der Russischen Föderation, Vorstandsmitglied bei der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer und Leiter des Komitees für Compliance bei der AHK, Vorstand des Ostinstituts, sowie Mitglied in zahlreichen deutsch-russischen Verbänden und Vereinigungen. Mitglied der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt“.

Edwin Warkentin

Geboren 1981 in Temirtau, studierte Slawische Philologie, Geschichte Ost- und Südosteuropas und Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Als Student arbeitete er als Honorarkraft im Bereich deutscher Minderheiten an der Zentrale des Goethe Institutes in München. 2011 bis 2014 war er Referent des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten im Bundesministerium des Innern. Zuletzt arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, wo er neben außen- und europapolitischen Themen in Bereichen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, der Beziehungen zum postsowjetischen Raum, Minderheitenpolitik und Menschenrechte sowie Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz tätig war.

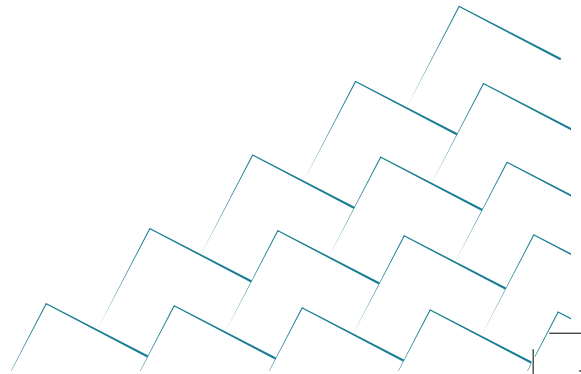


Experten von der deutschen Seite



Lukas Werner

Hat während des Bachelors in Magdeburg, St. Petersburg und Breslau European Studies mit einem Fokus auf die Region Osteuropa studiert. Zurzeit beendete er seinen Master im Bereich Internationale Beziehungen in Berlin mit einem einjährigen Studienaufenthalt an der University of Washington, in dieser Zeit spezialisiert er sich weiter auf die politische Ökonomie Russlands sowie Sicherheitsstudien. Seine ersten Arbeitserfahrungen hat er als Praktikant an der deutschen Botschaft in Moskau sowie als Werkstudent im Policy Team der Münchner Sicherheitskonferenz gesammelt.





Deutsch-russische Beziehungen befinden sich in den letzten 10 Jahren im turbulenten Zustand. Was muss geschehen, damit das bilaterale Vertrauen wiederhergestellt und die Dynamik der Beziehungen verbessert wird?

Tatjana Chruljowa

Bei allen angehäuften und komplexen Widersprüchen wird die Turbulenzphase in den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland über Jahre hinweg dauern. Die Haltungen von Moskau und Berlin zu den Ursachen der aktuellen Krise und den Wegen daraus gehen weit auseinander. Momentan gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Parteien bereit sind, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und Zugeständnisse zu machen, die eine Voraussetzung für jegliche positive Entwicklung sind. Das Problem der Wiederherstellung des Vertrauens auf höchstem Niveau steht also nicht einmal auf der Tagesordnung. Aktuell gilt es, zumindest eine Verschlechterung der Beziehungen zu verhindern – leider besteht durchaus ein solches Risiko. Radikale Veränderungen werden wir höchstwahrscheinlich erst mit dem Generationswechsel in der politischen Führung erleben.

Eine positive Dynamik wäre heute in den Bereichen möglich, die von den politischen Meinungsverschiedenheiten nur indirekt beeinflusst werden. Insbesondere könnte eine Entwicklung der Beziehungen in den Themenfeldern Zivilgesellschaft, Kultur, Wissenschaft und

Bildung gute Ergebnisse bewirken. Diese Bereiche spielten viele Jahre eine untergeordnete Rolle, umso mehr wird ihre Stärkung dazu beitragen, eine Grundlage für ein neues Format des deutsch-russischen Dialogs in der Zukunft zu schaffen. Vieles hängt auch davon ab, inwieweit die Wirtschaft angesichts der Sanktionen und Probleme auf dem russischen Markt in der Lage sein wird, die im Laufe der Jahre entstandenen Kontakte aufrechtzuerhalten. Die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bleibt offensichtlich auch weiterhin relevant.

Darüber hinaus wäre die Wiederherstellung des Vertrauens absolut unmöglich ohne Einstellung der Informationskonfrontation von beiden Seiten. Die medialen Folgen können viel gravierender und schwerer zu überwinden sein, als es auf den ersten Blick erscheint. Klischees und Etiketten, die im Massenbewusstsein wurzeln, sind in der Regel äußerst lebensfähig. Die Gewohnheit, die Realität durch das Prisma der Stereotypen zu betrachten, birgt das Risiko, dass unsere Gesellschaften sich auch weiter ungeachtet politischer Veränderungen gegenseitig mit Argwohn und Misstrauen behandeln.

Julius von Freytag-Loringhoven

Vertrauen wieder aufzubauen dauert Zeit. Dazu müssen wir alle gewissen Regeln folgen und die am besten auch offen kommunizieren:

1. Offene Kommunikation zu intensivieren. Nichts schafft so viel Vertrauen wie regelmäßige offene Gespräche.
2. Offenheit und Authentizität: wenn jemand nur die „Leier“ offizieller Positionen wiederholt, wirkt das weder authentisch noch vertrauensbildend.

3. Ehrlichkeit: zu sagen „darüber kann ich nicht sprechen“ ist vertrauensbildender als jede schöne Unwahrheit.

4. Besondere Ehrlichkeit gegenüber den eigenen Fehlern: Nur wer Selbstkritik übt, zeigt Offenheit den anderen auch ernst zu nehmen.

5. Zeit: Der Prozess ist wichtiger als schnelle Ergebnisse, denn Vertrauen bildet sich nur über Zeit.

Ann-Sophie Gast

Im Vordergrund steht der Wiederaufbau des gegenseitigen Vertrauens. Darüber hinaus halte ich es für sehr wichtig, dass sowohl auf politischer, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene wieder mehr Austausch stattfindet. Regelmäßige bilaterale Gespräche zum Informationsaustausch und zur Abstimmung der Politik sind mindestens genauso wichtig wie zivilgesellschaftlicher Austausch. Generell sollte es mehr Formate geben, in denen junge Deutsche und Russen zusammenkommen und diskutieren können, sei es in Form von wissenschaftlichen Konferenzen, Politikevents zu bestimmten Themen (z.B. Digitalisierung), public diplomacy Programmen oder Schüleraustauschen. Die Völkerverständigung kann schon in jungem Alter anfangen. Bereits in der Schulzeit können Kurzaustauschprogramme organisiert werden, wie es sie an den meisten deutschen Schulen mit französischem Schulen gibt. Ich bin außerdem auch dafür, im Geschichtsunterricht in der deutschen Schule die russische Geschichte, u.a. das Zarenreich, die russische Revolution und die Zeit der Sowjetunion zu behandeln. Wissen schafft Verständnis und Interesse. Darüber hinaus sollte vermehrt der universitäre Austausch gefördert werden und Partnerprogramme zwischen

deutschen und russischen Universitäten initiiert werden, wie z.B. der deutsch-russische Doppelmaster Internationale Beziehungen, der von der Freien Universität Berlin und dem MGIMO in Moskau angeboten wird.

Igor Gretzkij

Die Beziehungen zwischen unseren Ländern brauchen einen kardinalen Neustart. Ein einfacher Verzicht auf die lange Liste der gegenseitigen Vorwürfe wird die noch offenen Streitigkeiten der letzten Jahre jedoch kaum lösen können und gibt dem deutsch-russischen Dialog wohl keine neue Qualität. Wenige Jahre nach dem Neustart werden wir höchstwahrscheinlich mit den gleichen Problemen wie zuvor konfrontiert. Die Renaissance der bilateralen Beziehungen ist erst dann möglich, wenn wir gemeinsame Werte und Prinzipien haben.

Wie müssen wir also handeln? In erster Linie muss die russische Gesellschaft über das Bild ihrer Zukunft entscheiden. Sowohl wir als auch ausländische Partner sollen ein klares Verständnis davon haben, wohin Russland geht. Dies ermöglicht eine rationale Auswahl der Instrumente und Ressourcen zur Erreichung der Ziele im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit. Momentan hat Russland kein Zukunftsbild. In der Gorbatschow-Jelzin-Zeit richtete sich Russland deklarativ nach den Ländern mit konsolidierter Demokratie und Marktwirtschaft. Doch mit dem Machtantritt von Wladimir Putin wurde die Bewegung Russlands zu demokratischen Institutionen rückgängig. Putins Grundidee war, dass man in einem autoritären Staat auch ohne demokratische Institutionen auf europäische Art und Weise leben und konsumieren konnte. Dies wurde dann zur Grundlage des Konzepts der „souveränen

Demokratie“ von Wladislaw Surkow. Damals hatte man noch vor, das Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukt Portugals zu erreichen und das Gesamt-Bruttoinlandprodukt zu verdoppeln. Geklappt hat es aber nicht. Jetzt fordern viele, dass Russland seinen eigenen Weg sucht, den wir allerdings schon vierundsiebzig Jahre lang ergebnislos gegangen sind und einen sehr hohen Preis dafür bezahlt haben. Es ist daher unwahrscheinlich, dass die russische Gesellschaft bereit ist, solche Experimente zu wiederholen.

In einer konsolidierten Demokratie hat Russland aber keinen einzigen Tag in seiner Geschichte gelebt. Ich bin sicher, dass dieses Modell die meisten Chancen bietet. Es ist jedoch klar, dass ein positives Zukunftsbild in Russland zumindest bis zum Jahr 2024, d.h. bis zum Ende der abermaligen Amtszeit von Wladimir Putin, sich nicht entwickeln wird. Vor dieser Zeit kann also keine Vertrauensbasis zwischen unseren Ländern entstehen. Das Hauptproblem liegt in der Überzentralisierung und Personifizierung der Macht in Russland. Dieses politische Koordinatensystem schafft keine Anreize für eine inhaltliche interne Diskussion über die Zukunft und schwächt den politischen Prozess.

Fjodor Lukjanow

In der letzten Zeit mangelt es in den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland an Vertrauen, was an und für sich ein ephemeres Konzept ist. Die Ereignisse der Ukraine-Krise haben es auf beiden Seiten untergraben.

Daher ist der psychologische und moralische Hintergrund heute der wohl ungünstigste seit Jahrzehnten.

Darüber hinaus spielen zusätzliche erschwerende Umstände eine Rolle. Für Berlin sind interne Probleme der EU dermaßen

wichtiger als Beziehungen zu Russland, dass es sich immer für den Erhalt der europäischen Einheit entscheidet, wenn diese im Widerspruch zueinander stehen. Da einige EU-Länder dazu sehr misstrauisch gegenüber Russland gestimmt sind, wird Deutschland eine längere Distanz von unserem Staat als zuvor halten.

Die größte Bedeutung für Russland hat wohl das langsame, ziemlich schwere und bislang nicht sehr strukturierte Wiederfinden seiner Stelle in Eurasien. Ich behaupte jetzt nicht, dass es sich von Europa abwendet, doch der Schwerpunkt Russlands verschiebt sich heute objektiv von dem westlichen auf den östlichen Teil des Kontinents. Das ist ein langer Prozess, der viel mehr mit historischen und kulturpsychologischen als mit politischen Umständen zu tun hat. Deshalb ist auch Moskau nicht mehr so begeistert von den europäischen Vorbildern.

Es stellt sich also heraus, dass Russland und Deutschland einander objektiv nicht mehr als vorrangige Partner betrachten.

Sergej Markedonow

Es heißt in den Expertenkreisen häufig, dass die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland erst mit dem Beitritt der Krim und dem Konflikt im Donbass einen Schlag erlitten haben. Meiner Meinung nach gibt es aber in diesem Ansatz sehr viel zu bemängeln. Unsere Länder hatten auch früher ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zur Gestaltung des postsowjetischen Raums. Zum Beispiel verurteilte Deutschland 2008 Russland nach dem Fünf-Tage-Krieg für den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt und setzt sich schon seit fast zehn Jahren eindeutig und konsequent

für die territoriale Integrität Georgiens ein. Sehr kritisch war auch die Haltung Berlins zum Dmitri Kosaks Plan für Transnistrien-Regelung.

Dabei wäre es falsch zu behaupten, dass die deutsche Politik mit dem Kurs der Vereinigten Staaten identisch ist. Insbesondere lehnt Deutschland den beschleunigten Beitritt Georgiens zur NATO ab und begrüßt auch nicht die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Bei allen Widersprüchen setzt sich die deutsche Regierung konsequent für den Dialog mit Moskau über Konfliktsituationen auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR ein, wobei sie allerdings davon ausgeht, dass gerade Russland in diesem Dialog einzulenken hat.

Wie genau dieser Dialog gestaltet wird, ist auch nicht völlig klar. Hier sollten wir auf keinen Fall das Schlüsselproblem des postsowjetischen Raums vergessen: die Zerrissenheit der Gesellschaften, die nach dem Zerfall der UdSSR ihre neue Souveränität aufbauen. Sie führt dazu, dass verschiedene innere Kräfte in den postsowjetischen Staaten ihr Bestes tun, um externe Akteure miteinzubeziehen, die dann ihrerseits die Lage nutzen, um ihre Präsenz in der Region zu stärken. Solange die Europäische Union einschließlich Deutschland, Russlands und der Vereinigten Staaten keine Kompromisslösungen zusammen finden können, kann die Sache kaum ins Rollen gebracht werden.

Bisher beobachte ich leider keinen Wunsch, nach gegenseitig vorteilhaften Optionen zu suchen. Meiner Meinung nach muss Deutschland seine eigenen Interessen deutlicher artikulieren, um zumindest einen kleinen Fortschritt zu erzielen. Zweitens muss klar sein, was Russland anstrebt. Darüber hinaus müssen die EU-Länder akzeptieren, dass es nicht die Rolle Russlands ist, unbequeme Akteure, einschließlich der Führung der

Volksrepubliken Donezk und Lugansk, zu ermahnen.

Natürlich geben die meisten deutschen Experten zu, dass das Problem von Donbass, Transnistrien und Kaukasus ohne russische Beteiligung nicht zu lösen ist. Gleichzeitig will die deutsche Seite nicht die Frage beantworten, was Russland im Rahmen einer möglichen Kompromisslösung erhalten wird. Wird dieser Umstand außer Acht gelassen, so nimmt die Konfrontation vielleicht auch nicht zu, aber wir werden sicherlich keine Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Berlin sehen.

Stefan Meister

Erstmal müssen beide Seiten anerkennen, dass sie unterschiedlich sind und unterschiedliche Positionen zu Schlüsselthemen in der internationalen Politik haben. Vertrauen zu zerstören geht schnell, wieder neues aufzubauen, wird einige Jahre dauern. Ich sehe im Moment auf der politischen Ebene dafür wenig Spielraum, weil sich die aktuelle russische Führung auch von Europa und Deutschland abwendet und beide, Deutschland und Russland sich in verschiedene Richtungen entwickeln. Das Fundament der Beziehungen ist der gesellschaftliche Austausch, das gegenseitige Interesse der Menschen in beiden Ländern aneinander. Dieser Austausch sollte gestärkt werden, u.a. durch Visa- und Reiseerleichterungen, Jugendaustausche, Stipendienprogramm. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden wichtig bleiben, haben aber kaum Wachstumspotential im Moment. Trotzdem wird das mittelfristig ein verbindendes Element bleiben, auch wenn echtes Wachstum nur durch politische Veränderungen in Russland kommen wird, z.B. durch verbesserte Investitionsbedingungen und Rechtsstaatlichkeit.

Irene Österle

Die politische Ebene spricht miteinander. Die wirtschaftlichen Beziehungen nehmen wieder an Fahrt auf. Und sämtliche Vereine und Institutionen, die in den deutsch-russischen Beziehungen aktiv sind, arbeiten alle auf ihre Weise dafür, diese wieder zu stärken. Dennoch braucht es von politischer Seite ein klares „Ja“ zur deutsch-russischen Zusammenarbeit. Und wenn diese sich tatsächlich verbessern sollen, dann sind Lippenbekenntnisse fehl am Platz. Ein Beispiel: Die letzten Jahre waren geprägt von so genannten deutsch-russischen Kreuzjahren - Kultur, Jugend, Wissenschaft oder aktuell Städtepartner. Allerdings fanden diese Jahre kaum Beachtung, weder in der medialen Aufmerksamkeit noch in der politischen Flankierung.

Auch hier lohnt der Blick in die Geschichte: Deutschland und Frankreich feiern 2018 das 55-jährige Bestehen des Élysée-Vertrags, der die Aussöhnung zwischen den beiden Ländern besiegeln und ihre gemeinsame Zusammenarbeit begründen sollte. Die Umsetzung war nur 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht leicht, aber politisch gewollt. Auch wenn wir zwischen Russland und Deutschland andere weltpolitische und geografische Rahmenbedingungen haben, könnte eine vertragliche Festlegung über gemeinsame Ziele der Zusammenarbeit den deutsch-russischen Beziehungen eine neue Dynamik verleihen. Zu den Zielen könnten Visa-Erleichterungen gehören. Oder die politische Flankierung für mehr Russisch an deutschen Schulen und umgekehrt mehr Deutsch an russischen Schulen. Oder die Unterstützung für den Wiederaufbau von Slawistik-Instituten, die in den 2000er-Jahren deutschlandweit ausstarben und damit die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Osteuropa und Russland auf ein Minimum reduzierten. Vielleicht sind Russland und

Deutschland kulturell nicht so nah beieinander, dass dies ohne Umschweife möglich wäre. Und vielleicht ist das Vertrauen aktuell zwischen den Ländern angeschlagen. Aber Vertrauen kann sich nur aufbauen, wenn man sich nicht voneinander abwendet.

Sarah Pagung

Vertrauen wieder aufzubauen braucht viel Zeit, so sind wesentliche Durchbrüche kurzfristig nicht denkbar. Europa und insbesondere Deutschland hat das Vertrauen an Russland nach 2014 verloren, obwohl wesentliche Diskrepanzen und Missverständnisse schon seit Ende der 90er – Anfang der 2000er sichtbar waren. Die Ereignisse auf der Krim und im Donbass wurden zum Wendepunkt. Ausschlaggebend war Putins Lüge, Russland mische sich nicht in die Angelegenheiten der Ukraine ein.

Um wieder Vertrauen aufzubauen, muss Russland in erster Linie seine Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen. Der Westen muss ebenfalls Schritte unternehmen. Deutschland und seine Bündnispartner müssen eine realistische strategische Diskussion initiieren, um eine gemeinsame Sicherheitsordnung in Europa auszuarbeiten. Dabei müssen sie klarstellen, dass die NATO-Osterweiterung oder Regimewechsel in benachbarten souveränen Staaten keine Gefahr für Russland sind. Wie aber bereits erwähnt, sind schnelle positive Veränderungen kaum zu erwarten.

Kurzfristig müssen wir mindestens Vertrauen im Militärbereich gewährleisten. Direkte Konflikte sind auf jeden Fall zu vermeiden, so wie die gefährliche Annäherung eines russischen Kampffluges und eines US-Aufklärungsflugzeuges im Schwarzen Meer. Solche Vorfälle können

zu einer unabsichtlichen Eskalation führen, die wir um jeden Preis vermeiden müssen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit ist in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Eine solche Zusammenarbeit kann dazu beitragen, das Feindbild und Vorurteile beiderseitig abzubauen.

Iwan Preobraschenskij

Es wäre falsch zu behaupten, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland gerade in den letzten zehn Jahren in einer Turbulenzphase befinden. Im Laufe der Zeit haben sie starke Veränderungen erlebt. Nicht ohne Grund stimmen die russischen und deutschen Positionen nicht darin überein, was genau als Point of no Return zu betrachten ist, nach dem die Beziehungen radikal verdorben wurden.

Aus der deutschen Sicht ist das Problem äußerst einfach: Das Haupthindernis sind die von Russland im Jahre 2014 ergriffenen Maßnahmen, die zur Verhängung von Sanktionen seitens der Europäischen Union, der USA und ihrer Verbündeten führten. Um diese Maßnahmen abzuschaffen, muss Russland beweisen, dass es keine Partei des Konflikts im Donbass ist, die beiden Marionettenrepubliken zur Wiedereingliederung in die Ukraine zu zwingen sowie auch die Krim an die Ukraine zurückzugeben.

Russland wiederum weigert sich, anzuerkennen, dass es die Ereignisse des Jahres 2014 sind, die in der aktuellen Verschlechterung der Beziehungen eine Schlüsselrolle spielen, und nicht die früheren Widersprüche.

Moskau versichert, die russische Strategie habe sich nur darauf beschränkt, seine Interessen mit den damals verfügbaren Mitteln zu

schützen. Daher sind die ersten Schritte zur Normalisierung der Beziehungen aus dem Westen anzufangen, also von der deutschen Regierung im Falle der Bundesrepublik.

Natürlich versteht sowohl die russische als auch die deutsche Seite, dass eine Versöhnung und Normalisierung der Beziehungen in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist. Es ist daher notwendig, Themenfelder zu finden, die Moskau und Berlin öffentlich und wirksam diskutieren können, ohne ein Patt zu riskieren. Dies könnte zum Beispiel die Stärkung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den nicht sanktionierten Bereichen sein. Außerdem könnte Deutschland Russland für die von Berlin und Paris vorgeschlagenen EU-grenzübergreifenden Projekte gewinnen.

Eine Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist fast unvermeidlich. Bei dem derzeit extrem niedrigen Vertrauensniveau kann heute leider, abgesehen von den oben genannten Fragen, kein anderes sicherheitsrelevantes Thema zwischen Russland und Deutschland ernsthaft diskutiert werden, wobei die beiden Seiten in erster Linie eine solche Diskussion zur globalen Sicherheitsagenda anstreben sollten.

Ohne konkretere Schritte zueinander ist es gar nicht denkbar, über die Wiederherstellung des Vertrauens zu sprechen oder einfach nur die Dynamik der bilateralen Beziehungen zu verbessern. Darüber hinaus müssen Probleme von den Staatschefs gelöst werden, die in den letzten 15 Jahren der Zusammenarbeit und Konfrontation zwischen Russland und Deutschland nicht nur kollektives, sondern auch persönliches Misstrauen angehäuft haben.

Hauke Ritz

Es gibt keine schnelle und einfache Herangehensweise zur Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen. So ist es wichtig zu verstehen, dass es sich hierbei nicht um einen Konflikt handelt, der dadurch gelöst werden könnte, dass sich jeder zu fünfzig Prozent der Position des anderen annähert. Bei wirtschaftlichen Streitfragen kann man so vorgehen. Jeder gibt ein wenig nach und man trifft sich in der Mitte.

In diesem Fall ist eine solche Lösung jedoch nicht möglich, weil wir hier einen Konflikt vor uns haben, der tiefgreifende historische und auch philosophische Ursachen hat. Mit philosophisch meine ich, dass die Krise der deutsch-russischen Beziehungen letztlich Ausdruck der Tatsache ist, dass sich die gesamte westliche Welt in einer geistigen und kulturellen Krise befindet. Die Spannungen zwischen den USA und Russland oder allgemeindem Westen und Russland sind lediglich Ausdruck dessen.

Man muss sich vor allem eines vergegenwärtigen: Seit Beginn der Neuzeit, also seit der Entdeckung Amerikas, hat sich die westliche Welt in einer dominanten Position gegenüber allen anderen Kulturkreisen befunden. Der Westen war in den vergangenen Jahrhunderten stets fähig, in andere Kulturkreise einzudringen und sie wirtschaftlich wie auch kulturell auf sich auszurichten. Auch als sich 1991 die Sowjetunion auflöste, traf dies noch zu. Doch diese 500-jährige Geschichte westlich-europäischer Hegemonie kommt jetzt durch den Aufstieg Chinas, Indiens und vieler anderer Länder an ihr Ende. Und erst wenn diese Veränderung geistig und kulturell in Washington, Paris und Berlin verarbeitet worden ist, erst dann könnte auch der

gegenwärtige Konflikt zwischen dem Westen und Russland gelöst werden.

Doch herrscht im Moment in der westlichen Welt immer noch eine Tendenz zur Realitätsverleugnung vor. Man beschwört den sehr zweifelhaften „Sieg“ im Kalten Krieg, obwohl dieser schon lange nichts mehr bedeutet.

Jekaterina Timoschenkowa

Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland haben sich bereits vor der Ukraine-Krise verschlechtert, dennoch waren alle bis 2014 zuversichtlich, dass die Wirtschaft über Meinungsverschiedenheiten hinweg dominiert, und die Unternehmen auf jeden Fall ihren Weg ebnen werden.

Der Beitritt der Krim und die darauf folgenden Ereignisse führten jedoch dazu, dass sich politische Überzeugungen für Deutschland wichtiger als wirtschaftliche Interessen erwiesen. Meiner Meinung nach war dies für russische Politiker und Experten ein echter Schock, der bis heute nicht vollständig überwunden ist.

Dennoch besteht auf beiden Seiten Einigkeit darüber, dass der Dialog fortgesetzt werden muss, doch ohne Wiederherstellung des Vertrauens wird er natürlich immer stocken. Vorerst müsste man definieren, was man unter diesem Begriff im gegebenen Kontext verstehen muss, da die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und persönliche Beziehungen sich doch unterscheiden. In wissenschaftlichen Diskussionen wird in der Regel darauf hingewiesen, dass es die gemeinsamen Werte sind, welche die Stärkung des Vertrauens fördern. In dieser Hinsicht

liegen Russland und Deutschland jedoch heute sehr weit auseinander.

Daher sollte eines der Hauptelemente der russisch-deutschen Partnerschaft in der Zukunft der Aufbau eines Systems der gegenseitigen Abhängigkeit sein, von dem beide Parteien profitieren können. Willy Brandt hat einmal gesagt, dass eine Veränderung immer durch eine Annäherung geschieht. Ich glaube, dass seine Formel bis heute noch relevant ist.

Die Krise ist zu tief, sodass es ohne Zweifel ein sehr langer Prozess wird. In der jetzigen Phase sollte ein besonderes Augenmerk auf Bereiche gerichtet werden, die im Laufe von vielen Jahren – ja sogar Jahrzehnten – im Hintergrund geblieben sind.

Schließlich haben sich nur gegenseitig vorteilhafte Geschäftsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland wirklich rasant entwickelt. Der kulturelle Austausch und das Zusammenwirken der Zivilgesellschaft wurden ausschließlich als „Mitläufer“ der von der politischen Klasse bedienten großwirtschaftlichen Interessen betrachtet, und blieben lange unterschätzt.

Dabei versuchen genau diese Bereiche heute, der Verschlechterung der bilateralen Beziehungen ein klares „Nein“ zu sagen. In den letzten vier Jahren wurde beispielsweise eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Initiativen aktiviert, darunter auch Initiativen der russischsprachigen Einwohner Deutschlands. Aus diesem Grund begannen die politischen Parteien der BRD dieser Bürgergruppe mehr Aufmerksamkeit zu schenken, weil sie darin ihre Wähler sahen.

Daher glaube ich, dass in einer Situation, wo kein Einvernehmen auf höchster Ebene möglich ist, der Dialog zwischen den Vertretern von Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausgeweitet werden muss. Die interregionale Zusammenarbeit bietet auch ein großes Potenzial. In der heutigen Situation ist die Entwicklung der „Volksdiplomatie“ das beste Rezept für die Schaffung der Atmosphäre des Vertrauens und des Verständnisses.

Falk Tischendorf

Ja, mit dem Vertrauen ist das so eine Sache, denn wer nicht vertraut, der findet auch kein Vertrauen. Vertrauen ist immer zukunftsbezogen und beruht dabei auf Erfahrungen aus der Vergangenheit. Es ist im Grunde eine Form der gegenseitigen Anerkennung, die sich auf verlässlichem Verhalten aufbaut und deshalb in allen gesellschaftlichen Handlungskontexten eine ungemein wichtige Rolle spielt. Denn ohne Vertrauen hätten wir einen absoluten Stillstand, ganz gleich, über welche Beziehungskonstellation wir gerade sprechen. Dies gilt für Beziehungen in einer Familie oder im Berufsalltag genauso wie für Beziehungen auf politischer Ebene, wobei wir nicht vergessen dürfen, dass wir immer über Menschen sprechen. Menschen, nicht Staaten bauen Vertrauen auf.

Geht man aber davon aus, dass Vertrauen nur auf verlässlichem Verhalten basieren kann, ist die Frage, wie Vertrauen wiederhergestellt werden kann, gar nicht so einfach zu beantworten, und ich befürchte, dass es hierbei keinen Unterschied zwischen den einzelnen Beziehungsebenen gibt. Es gibt nur ein Mittel: die Kommunikation in Form des Dialogs. Und hier sollten wir uns noch einmal vergegenwärtigen, was ein Dialog eigentlich ist. Dialog aus

dem Griechischem kommend bedeutet „dia“ (durch) und „logos“ (Wort, Sinn). Er setzt also Aufmerksamkeit und Wahrnehmung im Gespräch voraus und ist wahrscheinlich eine Form der Kommunikation, in der es nicht nur um die Darlegung unserer Ansichten und Meinungen geht, sondern auch um die Erklärung dessen geht, was diesen wirklich zugrunde liegt. Ein gelungener Dialog setzt also voraus, dass wir nicht nur in der Lage sind, unser Verhalten zu erklären, sondern dass wir auch bereit sind, die Ansichten und Meinungen unseres Gegenübers wahrzunehmen, wobei die Wahrnehmung wiederum immer ein subjektives Phänomen ist. Zwei Monologe oder eine heftige Diskussion sind deshalb noch lange kein Dialog. Im Dialog gibt es auch keine Autoritäten, keine Experten oder Besserköner – Wissen ist hier etwas, über das alle Beteiligten verfügen.

Wir müssen uns also fragen, ob wir die Bereitschaft haben, uns in unser Gegenüber hineinzusetzen. Um einen Dialog zum Erfolg zu führen, müssen wir uns nämlich mit der Wahrnehmung des Anderen auseinandersetzen, die jedoch geprägt ist von dessen Erfahrungen und dessen Lebensumständen. Diese müssen wir verstehen oder zumindest versuchen zu verstehen. Wenn man sich auf einen Dialog einlässt, muss man auch bereit sein, seine eigenen Ansichten in Frage zu stellen und die Dinge neu zu ordnen. Solange wir immer nur von unseren eigenen Bedingungen ausgehen und diese für die einzig richtigen halten, wird nie ein Dialog zustande kommen.

Haben wir heute diese Bereitschaft, uns auf die Wahrnehmung der Russen einzulassen oder ist es nicht vielmehr so, dass wir schon a priori meinen zu wissen, wer und wie die Russen sind, was ihre Absichten sind, woran sie schuld sind und warum sie daran schuld sind?

Auf bestimmten gesellschaftlichen Ebenen finden solche Dialoge sehr erfolgreich statt, beispielsweise im Rahmen des deutsch-russischen Jungendaustausches, aber auch bei der alltäglichen Zusammenarbeit von russischen und deutschen Kollegen in Unternehmen, Verbänden und anderen Einrichtungen. Die Kunst wird darin bestehen, diesen Dialog wieder erfolgreich auf die politische Ebene zu heben und uns alle davor zu bewahren, dass das erschütterte Vertrauen auf der politischen Ebene auf die anderen gesellschaftlichen Ebenen durchdringt. Wenn uns das gelingt, haben wir viel erreicht, denn diese Gefahr ist sehr real.

Dmitrij Trawin

Ich denke, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland kurzfristig nicht auf dem gleichen Niveau wiederhergestellt werden können, weil starke Akteure an deren Verbesserung kein Interesse haben. Die russische Führung kann ihre Prinzipien und Errungenschaften, vor allem die Krim, nicht aufgeben, wobei westliche Politiker ohne ernsthafte Zugeständnisse Russland nie entgegenkommen werden.

Die deutschen Unternehmen sind natürlich an guten Beziehungen interessiert, doch das ist auch bei Weitem nicht eindeutig. Deutschland braucht den russischen Markt, aber das Handelsvolumen zwischen unseren Ländern ist nicht groß genug, damit dieses Thema für die deutsche Wirtschaft als lebenswichtig gilt.

In der russischen Industrie gibt es auch keine Einheit: Einige Branchen warten auf die Wiederherstellung der alten Intensität der Kontakte, andere aber, vor allem

die Lebensmittelproduzenten, profitieren von der Importsubstitution und bitten, die Sanktionen so lange wie möglich zu behalten. In jedem Fall ist die Wirtschaft in Russland ein schwacher Akteur, während die Staatsgewalt wenig auf die Interessen der Geschäftsleute achtet.

Daher sind Fortschritte meines Erachtens nur möglich, wenn zumindest eine der Parteien ernsthafte Zugeständnisse machen wird: entweder muss der Westen über die Krimfrage hinweg schauen oder Russland findet plötzlich eine Möglichkeit, die Halbinsel der Ukraine zurückzugeben.

Jegliche kleine Schritte werden die Situation kaum beeinflussen. Bis vor Kurzem dachte ich, dass die Erfüllung der Minsker Abkommen eine positive Rolle spielen könnte, da westliche Staaten wiederholt klargestellt haben, dass ein Teil der Sanktionen danach aufgehoben werden kann.

Das ist aber schon eine Weile her. Die Minsker Abkommen bleiben immer noch auf Papier. Die Ukraine und Russland werfen sich das wechselseitig vor, was den Eindruck schafft, dass die Nichteinhaltung von Vereinbarungen den beiden Seiten passt. In der Wirklichkeit will Kiew den Donbass kaum zurück unter seinen Fittichen haben, da es unklar ist, was es dann damit tun sollte. Die Region ist wirtschaftlich und politisch ruiniert, und ihre Bevölkerung möchte nicht richtig Teil der Ukraine sein.

Russland ist auch nicht daran interessiert, Kiews Kontrolle über den Donbass zu stärken. Offiziell behauptet Moskau überhaupt, dass es sich nicht in den Konflikt einmischt und deshalb auch nicht beeinflussen kann, was im Osten der Ukraine vorgeht. Das Ergebnis ist eine Sackgasse, aus der es keinen sichtbaren Ausweg gibt.

Edwin Warkentin

Die Findung eines bilateralen Vertrauens in unseren Beziehungen wird nach den Erfahrungen seit dem Georgienkrieg 2008 langwierig sein. Einen plötzlichen Reset, den es in der Vergangenheit bereits gab, wird es so schnell nicht geben.

Auf dem Gebiet der Diplomatie könnte gemeinsame Arbeit an prinzipiellen Vertragswerken, Erneuerung bilateraler und multilateraler Abkommen eine neue Dynamik in die Beziehungen bringen. Dazu gehören aber auch die Erneuerung der OSZE und eine Restrukturierung des UN-Sicherheitsrates.

Hypothetisch könnte die Lösung der Syrien-Krise ein gemeinsames Werk sein, wenn sich Russland neben seiner Militäroperation auch am Wiederaufbau des Landes beteiligt, könnte Deutschland bei der Reintegration der Flüchtlinge in ihrer Heimat mitwirken.

Wirtschaftliche Kooperation sollte eindeutig unter dem Vorzeichen der Modernisierungspartnerschaft gefördert werden. Es müssten gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, um den Geist von Helsinki wieder zu beleben. In öffentlichen Debatten sollte in Deutschland mehr berücksichtigt werden, dass auch Russland eine europäische Identität hat und in Russland sollte die Fixierung auf die USA bei Debatten über Deutschland und die EU gelöst werden.

Ein gesellschaftliches Gebiet könnte Deutschland und Russland erneut einander näherbringen: die gemeinsame Aufarbeitung des totalitären Erbes in Europa. Deutschland hat es nachhaltig geholfen, bei seinen europäischen Nachbarn Vertrauen zu gewinnen.

Nikolaj Wlassow

In der ersten Linie müssen sowohl Berlin als auch Moskau für sich entscheiden, was sie im Endeffekt von den bilateralen Beziehungen wollen. Geht es um den „Bau eines gemeineuropäischen Hauses“ oder genügt es einfach, ein Vertrauen zu erreichen, bei dem die beiden Seiten einander nicht als Quelle aktueller militärischer Bedrohung sehen? Diese Antwort bestimmt alle weiteren Aktivitäten und die künftige Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen.

Unabhängig von dem gewählten Ziel sind jedoch einige grundlegende Schritte zur Wiederherstellung des Vertrauens zu machen. Dazu gehören zweifellos die Einhaltung der Minsker Abkommen, die Maßnahmen zur Normalisierung der Lage im Osten der Ukraine sowie zur Verbesserung der russisch-ukrainischen Beziehungen. Außerdem müssen die Handlungen der beiden Parteien eine Zeit lang stabil und berechenbar bleiben. Die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Staaten braucht Zeit, ebenso wie in Beziehungen zwischen Menschen. Aus der Geschichte wissen wir, dass es mindestens ein Jahrzehnt dauern wird.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass sich die deutsch-russischen Kontakte auch auf anderen Ebenen außerhalb der Politik entwickeln. Hier gibt es natürlich eigene Vorbedingungen für eine positive Dynamik. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten werden in der ersten Linie durch den Zustand des russischen Marktes bestimmt. Für deutsche Firmen, die in Russland agieren, sorgten bilaterale Sanktionen für viel weniger Probleme als die russische Wirtschaftskrise, die anders als allgemein angenommen bei Weitem nicht nur von den Sanktionsmaßnahmen verursacht wurde. In die Wirtschaftspartnerschaft sollte man jedoch nicht zu große Hoffnung legen: sie

kann erfahrungsgemäß nur dann Motor der Beziehungen sein, wenn sie den Entwicklungen in anderen Bereichen nicht widerspricht.

Die besten Aussichten für den Ausbau der Zusammenarbeit hat der Bereich der Zivilgesellschaft. Hier steckt ein großes Potenzial, das noch nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Außerdem war diese Sphäre am wenigsten von der Krise der bilateralen Beziehungen betroffen. Zum Beispiel ist es auf der Ebene des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches wahrscheinlich unmöglich, von einem großen Vertrauensverlust zu sprechen. Um eine positive Dynamik in dieser Richtung aufrechtzuerhalten, genügt es, dass die Regierungen die Entwicklung der Partnerschaft nicht behindern, was leider ziemlich möglich erscheint.

Denis Wolkow

Ich glaube, dass Russland und Deutschland zunächst lernen müssen, aufeinander zu hören. Der Dialog geht weiter, aber es sieht so aus, dass keiner das Gesagte ernst nimmt, als ob das nur im Scherz ist oder als ob taube Menschen miteinander reden. So haben europäische Staaten, darunter auch Deutschland, die Besorgnis der russischen Elite, dass die Zukunft der Ukraine unilateral entschieden wird, ständig abgewinkt. Dieses Problem wurde bis heute nicht beseitigt. In Russland denkt man dagegen, der Westen sei scheinheilig, wenn er über Werte und Menschenrechte spreche.

Daher glaube ich, dass sich das gegenseitige Vertrauen erst dann allmählich erholen wird, wenn Russland und Deutschland mehr Verantwortung zeigen und die Position ihres Dialogpartners ernst nehmen.

Marine Woskanjan

Wenn man über das verlorene politische Vertrauen spricht, beziehen sich sowohl die russische als auch die deutsche Seite auf eine Periode, als sie einander durch eine Art Filter ihrer Erwartungen betrachteten. Russland ging davon aus, dass die westlichen Länder es als gleichwertig ansehen werden, da es freiwillig die Konfrontation des Kalten Krieges aufgab. Der Westen hat dagegen impliziert, dass der Nachfolger der UdSSR als Verlierer im Kalten Krieg die Rolle des Juniorpartners spielen sowie sämtliche Staatsgrundlagen, darunter auch die Prinzipien der Staats- und Gesellschaftsstruktur, aus dem Westen übernehmen muss. Heute ist es klar, dass die beiden Haltungen von vornherein unrealistisch waren, deshalb brachen 2014 die akkumulierten Widersprüche wie ein Geschwür in Form der Ukraine-Krise auf.

Je mehr Diskrepanz zu dem „Sollbild“ jede der Parteien dabei sah, desto mehr versuchte sie, den Druck zu erhöhen, und fühlte sich desto mehr im Recht. Es ist jene Abwärtsspirale der Missverständnisse, die wir als Lehre aus diesen Entwicklungen ziehen müssen.

Russland durfte sich von Anfang an keine Illusionen über die Möglichkeit seiner vollständigen Integration in die westliche Welt machen. Diejenigen, die darauf hofften, schätzten die komplexen kulturellen und zivilisatorischen Unterschiede zwischen dem Westen und Russland falsch ein. Zweifellos teilt Russland ein gemeinsames Erbe der Antike und des Christentums mit Europa, und ist in diesem Sinne sein vollwertiger Teil durch die Verflochtenheit der russischen und europäischen Geschichte und Kultur. Dabei sind der Westen und Europa nicht synonymisch als Begriffe.

Die Versuche aus dem Westen, darunter

auch aus Deutschland, auf Russland Einfluss zu nehmen oder sogar Druck auszuüben, damit es sich nach eingebildeten Mustern transformiert, waren gleichermaßen sinnlos. Dieser Fehler beruht auf demselben Grund: selbst wenn Sie sich selber als viel stärker als Ihr Partner oder Gegner betrachten, müssen Sie verstehen, dass Ihre Strategie in einem anderen Land anders funktionieren kann.

Die aktuellen Probleme sind im Prinzip dadurch bedingt, dass die beiden Seiten die realen Sachverhalte nicht akzeptieren wollen, und ihre eigenen Konzepte der Realität dagegen verfolgen. Das ist völlig kontraproduktiv, egal ob Sie eine Partnerschaft oder umgekehrt einen Krieg planen. Eine falsche Einschätzung der Lage ist immer der Weg zur falschen Strategie.

Dabei sollte die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens, oder, besser gesagt, für den Aufbau eines neuen, realistischen Vertrauens, eine objektive und systematische Diskussion und Aufarbeitung dieser Entwicklungen sein. Wir müssen die kulturellen, politischen und sozialen Grundlagen analysieren, die die heute in Russland und Deutschland oder in Russland und Europa bestehenden Formen der politischen, sozialen, kulturellen und zivilisatorischen Identität geprägt haben. Wir brauchen Respekt für das Recht des Anderen, „anders“ zu sein.

Heute fehlt solches Verständnis allzu oft. Europa bildet sich immer noch ein eigenes Russland ein, das es in Wirklichkeit nicht gibt. In Russland hat man dagegen ein eigens erfundenes Bild von Europa. Ich wünsche mir, dass die „Vorbereitung zum Verständnis“ die Rhetorik einer ruhigen Aufarbeitung des Sinneswandels nutzt und vor allem jenseits der Klischees des Informationskriegs stattfindet.



Sanktionen, die von der EU gegen bestimmte russische Personen und Organisationen erlassen sind, wie auch russische Gegensanktionen sind beispiellos in der Geschichte der bilateralen Beziehungen. Wie schwer sind die Folgen gegenseitiger Beschränkungen für Russland und Deutschland? Gab es eine alternative Lösung? Gibt es heute eine Alternative?

Tatjana Chruljowa

Obwohl die Sanktionen oft als ein widersprüchliches Instrument des politischen Drucks bezeichnet werden, haben sowohl Russland als auch europäische Länder immer wieder darauf gegen Drittländer zurückgegriffen. Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges schien es absolut unglaublich, dass die Europäische Union und Russland jemals diesen Schritt gegeneinander tun werden.

Die Ukraine-Krise hat alles radikal verändert. Der Westen könnte in jedem Fall die Krim-Eingliederung und später den Konflikt im Donbass nicht unbeantwortet lassen. Dennoch sind persönliche und sektorale Sanktionen in der Tat eine relativ milde Reaktion, die keiner der Parteien einen erheblichen Schaden zufügt, obwohl er für Russland natürlich wesentlich höher ist. Alternative Varianten, von breiteren und schärferen Sanktionen bis hin zur militärischen Intervention, würden ein noch radikaleres Szenario darstellen. In dieser Situation würde Moskau sich wiederum verpflichtet fühlen, darauf zu reagieren. Solange die den Beschränkungen zugrunde liegenden Bedingungen weiter

bestehen, erscheint ihre Aufhebung verständlicherweise völlig unrealistisch.

Allem Anschein nach werden wir also noch eine lange Zeit in der Sanktionskonfrontation leben, da es kein Anzeichen für eine baldige Wende in den Beziehungen gibt. Werden die Minsker Abkommen umgesetzt, so sollte die Europäische Union theoretisch die Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Südosten der Ukraine abschwächen oder sogar aufheben. Ob Moskau dann das Lebensmittelembargo revidieren wird, das als Reaktion auf beide Pakete europäischer Sanktionen verhängt wurde, steht offen. In jedem Fall ist dies heute eine ausschließlich hypothetische Ausführung, da in dieser Richtung keine Fortschritte gemacht werden.

Die Abschaffung der „Krim-Sanktionen“ erscheint dagegen unwahrscheinlich in absehbarer Perspektive. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie je nach Situation modifiziert werden können, der Status der Krim bleibt aber für die beiden Parteien eine Art Symbol. Deshalb wird Russland höchstwahrscheinlich sogar bei einem Führungswechsel auf die Rückkehr der Halbinsel in die Ukraine nicht eingehen, wobei für den Westen die Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation eine Verletzung der Grundprinzipien bedeuten wird.

Julius von Freytag-Loringhoven

Sanktionen sind eine Form politischer Gewalt. In Ablehnung der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und um militärische Auseinandersetzungen zu verhindern, hat man nach der Annexion der Krim Sanktionen für verantwortliche Einzelpersonen verhängt. Wirtschaftlich

relevante Sanktionen wurden dann nur für den Fall eines weiteren Eingriffs in der Ostukraine angedroht und später verhängt. Die russischen Gegensanktionen waren wiederum Reaktion auf diese zweiten Sanktionen. Da die Sanktionen weiter mit der territorialen Integrität der Ukraine zusammenhängen, ist hier der Punkt, an dem wir diese Logik durch eine Lösung in der Ukraine auflösen können (entsprechend dem Minsk-II-Abkommen).

Ann-Sophie Gast

Sowohl Russland als auch die EU-Mitgliedsstaaten haben unter den Sanktionen gelitten. Die deutschen Exporte nach Russland gingen 2014 um ca. 6,5 Mrd. Euro und 2015 um 7,5 Mrd. Euro zurück. Besonders betroffen sind der Bankensektor, die Automobilbranche und Maschinenbauer. Die Folgen für die russische Wirtschaft sind allerdings schwerwiegender als für die deutsche Wirtschaft, da es für Deutschland einfacher als für Russland ist, seine Exporte zu diversifizieren und andere Absatzmärkte zu bespielen. Zudem wurde die russische Wirtschaft durch die gesunkenen Öl- und Gaspreise geschwächt. Dennoch liegt es auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, die Sanktionen längerfristig aufzuheben, da die sanktionsbedingten Exportrückgänge auch Produktion und Beschäftigung beeinflussen. Meiner Meinung nach gibt es im Moment trotzdem keine Alternative zu den Sanktionen, da Russland sein Verhalten im Ukraine Konflikt bisher nicht geändert hat, nach wie vor seine Beteiligung leugnet und die Separatisten im Donbass unterstützt. Das Ende der Sanktionen auf EU-Seite ist an eine Umsetzung des Minsk-Abkommens gekoppelt. Sollte dieses Abkommen in seiner jetzigen Form tatsächlich nicht umsetzbar sein, muss ein neues Abkommen ausgehandelt werden, das die Pflichten der einzelnen

Konfliktparteien klar benennt und einen chronologischen Handlungsplan vorliegt. Die schrittweise Rücknahme der Sanktion sollte dann an die Umsetzung der einzelnen Handlungsschritte gekoppelt sein. Nach wie vor ist Russland aber ein strategischer Partner für die Wirtschaft und ich denke, dass der gemeinsame Handel nach Beendigung der Sanktionen schnell wieder an Fahrt aufnehmen wird.

Igor Gretzkij

Die Sanktionen sind wirklich beispiellos für die bilateralen Beziehungen der neuesten Zeit. Dabei waren solche Maßnahmen ziemlich üblich in den Beziehungen zwischen dem Westen und der UdSSR in der Ära des Kalten Krieges. Die Sanktionen wurden von beiden Parteien verhängt: Die Sowjetunion organisierte eine Blockade von Westberlin, der Westen schränkte den Verkauf neuester Technologien an die UdSSR ein. Ohne Zweifel waren die Konsequenzen für die Sowjetunion viel schmerzhafter, da sie nur sehr begrenzt in die weltweiten Waren-, Finanz- und Dienstleistungsströme integriert war. Wenn aber die sowjetischen Satellitenstaaten, die auf den Handel mit Westeuropa stärker angewiesen waren, von Sanktionen bedroht wurden, musste die UdSSR sich etwas anderes einfallen lassen, in der ersten Linie wenn es um die DDR ging.

Um die Frage zu beantworten, ob Deutschland eine Alternative zu Sanktionen hatte, müssen wir die Geschichte der Beziehungen zwischen der UdSSR und dem Westen betrachten. Im Jahre 1968 verübte die UdSSR eine Aggression gegen die Tschechoslowakei und besetzte ihr Territorium, um die Liberalisierung des politischen Regimes und die von A. Dubček und L. Svoboda eingeleiteten

Wirtschaftsreformen zu verhindern. Der Westen sah damals schweigend zu. Bis 1968 berücksichtigten Chruschtschow und Breschnew den Faktor der Sanktionen in ihrer Außenpolitik und waren sich im Klaren, dass die Kosten ihrer Einführung zu groß sein könnten. Zum Beispiel verstand Chruschtschow, dass im Falle eines solchen Schrittes gegenüber der DDR die entgangenen Einnahmen aus ihrem Handel mit der BRD durch die UdSSR kompensiert werden müssten. Die Nichteinführung von Sanktionen im Jahre 1968 hatte ihre Konsequenzen: die Hardliner in der Entourage von Breschnew verstärkten ihre Positionen. Darüber hinaus hatte die tschechoslowakische Erfahrung eine Rolle bei der Entscheidung gespielt, 1979 Afghanistan „zu unterstützen“.

Die Wirksamkeit von Sanktionen ist ein kontroverses Thema. Ohne Berücksichtigung ihres Umfangs, ihrer Ziele und ihrer Dauer ist eine Bewertung der Ergebnisse der Sanktionspolitik sinnlos. Wenn wir beispielsweise die Höhe der Beschränkungen für Iran und Russland vergleichen, wird der Unterschied enorm groß sein.

Manchmal werden Sanktionen aus Reputations-Gründen eingeführt. In diesen Fällen sind symbolische Sanktionen besser als das Fehlen jeglicher Reaktion überhaupt. Zum Beispiel sind sie unabdingbare Reaktion auf Aggressionsakte und Verletzungen der fundamentalen Grundlagen des Systems der internationalen Beziehungen. Der wirksamste Schritt aus dem Westen könnte die Verhängung von Sanktionen gegen die Lieferung von Energieträgern aus Russland sein, doch Deutschland gehört zu jenen Ländern, die solche Initiativen blockieren werden.

Fjodor Lukjanow

Handelsembargos gab es schon immer, nur der Sanktionsdruck war anders. Während des Kalten Krieges stand die Sowjetunion fast immer unter der Wirkung von Einschränkungen verschiedener Art.

Die aktuelle Situation wird vor dem Hintergrund der optimistischen Aussichten der 90er und 2000er Jahre als etwas Außerordentliches wahrgenommen. Damals schien es, dass sich Russland und Deutschland trotz aller Schwierigkeiten auf eine Art wirtschaftlicher und sogar normativ-rechtlicher Synergie zusteuern. Und obwohl dieses Modell schon vor ziemlich langer Zeit in eine Krise rutschte, war der radikale Zusammenbruch nach den Ukraine-Ereignissen ziemlich unerwartet, was allen ein Katastrophengefühl vermittelte.

In der Wirklichkeit sind wir aber gerade in den Zustand der Rivalität zurückgekehrt, wo wir schon einmal gewesen waren. Eine andere Sache ist es, dass es sich heute um ein hybrides und unsicheres Format handelt, statt um eine klare und gut strukturierte Konfrontation des Kalten Krieges.

Grundlegende Veränderungen sind hier leider nicht zu erwarten. Das Ziel, die Einheit und die Harmonie der Kontrollierbarkeit der Europäischen Union zu wahren, ist für Deutschland zu wichtig. Es gibt genug Westeuropäer, die Sanktionen abschaffen wollen, dabei gibt es auch Osteuropa und die USA, deren Meinungen nicht ignoriert werden können. Daher sehe ich im Großen und Ganzen keine Chancen, dass dieser Wirtschaftskrieg bald enden kann.

Sergej Markedonow

Die derzeitigen Sanktionen und Gegensanktionen kamen ja nicht aus der Luft, sondern waren das Ergebnis der Ukraine-Krise. Diese Krise ist wiederum das Ergebnis der seit Jahren angehäuften ungelösten Probleme der EU-Sicherheitspolitik: von den Balkankriegen und Konflikten im postsowjetischenRaumbishinzumangelndengemeinsamen Instrumenten zur Beilegung von Streitigkeiten.

An und für sich genommen sind Sanktionen etwas Instrumentales, aber nicht Grundlegendes. Es ist sogar schwer zu sagen, was genau sie bewirkt haben. Diese Maßnahmen haben alle eher verbittert, aber nichts verändert. Das heißt also, dass ihre Aufhebung die angesammelten Schwierigkeiten nicht beseitigen wird. Selbst wenn alle Parteien morgen früh gleichzeitig darauf verzichten, so ist meine Befürchtung, dass sich ohne neue Sicherheitsmechanismen für Europa nichts ändern wird. Wahrscheinlich geht es dann einfach weiter in eine neue Runde der Anspannung.

Stefan Meister

Ich halte die Auswirkungen dieser Sanktionen für begrenzt, die wirtschaftlichen Sanktionen der EU sind so konstruiert, dass sie beide Seiten nicht zu sehr schmerzen und dass der Schlüsselbereich der gegenseitigen Beziehungen, der Energiesektor, nur begrenzt betroffen ist. Die russischen Gegensanktionen mögen für den Landwirtschaftssektor schmerzhaft sein, aber viele Unternehmen in der EU haben sich inzwischen neue Märkte erschlossen. Diese Sanktionen sind eine Reaktion auf die russische Annexion der Krim und den von Russland initiierten Krieg in

Teilen der Ostukraine. Alternativen wären militärische Reaktionen gewesen, für die es keinen Konsensus gab und die zu einer weiteren Eskalation beigetragen hätte. Deshalb sind diese relativ schwachen Sanktionen eine weiche Möglichkeit gewesen, um der EU Glaubwürdigkeit in diesem Konflikt zu bewahren und nicht noch weitere militärische Reaktionen der russischen Führung ohne Gegenreaktion zu provozieren. Gravierend wäre es, die Sanktionen ohne Gegenleistung von Kompromissen der russischen Seite abzuschaffen. Der Lerneffekt in Moskau wäre dann, wir können Krieg in einem Teil eines Nachbarlandes führen und irgendwann wird die EU dann einfach die Sanktionen abschaffen, falls sie überhaupt dazu in der Lage ist, welche einzuführen. Das wäre fatal.

Irene Österle

Wie schwer die Folgen von Sanktionen sind, hängt davon ab, worauf wir den Fokus legen und aus wessen Perspektive wir sprechen. Sanktionen sind ein Zeichen der Bestrafung, eine erzieherische Maßnahme, ein Instrument zwischen zwei Parteien, die nicht miteinander agieren, sondern einander gegenüberstehen. Aus der Perspektive der EU konnte es keine Alternative geben. Für sie waren Sanktionen ein notwendiges Kommunikationsmittel, um die Missbilligung einer Handlung zu verdeutlichen. Aber die Sanktionen hätten viel schwerwiegender ausfallen können. Aufgrund des gleichzeitigen Falls des Ölpreises hatten die Sanktionen zu Beginn enorme Auswirkungen auf der wirtschaftlichen Ebene. Die Kaufkraft in Russland sank, die Gewinne in Deutschland ebenfalls. Und der Rubelverfall war ein Schock für die Bevölkerung: Sollte sich die letzte Wirtschaftskrise von 2008 wiederholen? Mittlerweile findet trotz anhaltender Sanktionsauflagen eine

schrittweise Erholung der russischen Wirtschaft statt. Russische Städte und Regionen entsenden Vertreter, um im Ausland für sich als attraktiver Investitionsstandort zu werben. Man hat sich - in Russland und in Deutschland - mit dem Status Quo abgefunden und macht pragmatisch weiter.

Und dennoch fragt man sich, ob Sanktionen im konkreten Fall Russland das probate Mittel sind. Zwang hat in der Geschichte selten zur Einsicht beigetragen. Stattdessen wäre eine echte Einbindung Russlands in europäische Konzepte und Pläne ein möglicher Weg gewesen, um die Eskalation zwischen Russland und der Ukraine zu vermeiden. Die EU hat es ja selbst vorgemacht: Einer der Hauptgründe für den Beginn der europäischen Zusammenarbeit war der Wunsch, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in die Verantwortung zu nehmen und ein europäisches Haus zu bauen. Gemeinsame Ziele und die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen sollten den Frieden in Europa bringen. Die Suche nach dem Verbindenden - und nicht das Betonen des Trennenden - könnte auch für die EU-Russland-Beziehungen Kernpunkt einer Zusammenarbeit und politischer Zukunft sein.

Auch die Verbindung über den eurasischen Kontinent eröffnet das Potenzial für Kooperationen. Schon seit längerem kursiert die Idee des gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon nach Wladiwostok im Sprachgebrauch europäischer und russischer Diplomaten. Mit ihrer Umsetzung könnte so ein verbindendes Instrument endlich geschaffen werden. Insbesondere die aktuelle Ausrichtung der USA unter Trump auf innenpolitische Themen eröffnet diesen Möglichkeitsraum für die EU und Russland. Und während die USA aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten

ist, werden für Russland Themen wie Klimawandel und Umgang mit Ressourcen immer wichtiger. Auch diese Herausforderung könnten die EU und Russland auf eine gemeinsame Agenda setzen.

Sarah Pagung

Eine Reihe der Sanktionen gegen Russland stammt nur von der EU, wobei andere zusammen mit den USA eingeführt worden sind. Die EU-Restriktionen sind moderat und betreffen z.B. nicht die Schlüsselbranchen wie den Öl- und Gas-Handel.

Die Wirksamkeit der Sanktionen ist schwer zu beurteilen. Sie fielen mit dem Rückgang der Ölpreise zusammen, was den Rubelkurs und den Zustand der russischen Wirtschaft negativ beeinflusste. Es ist schwer festzustellen, welcher der Faktoren hier eine größere Rolle gespielt hat.

Für Europa und insbesondere für die Bundesrepublik war der wirtschaftliche Effekt von Sanktionen minimal. Das Handelsvolumen Deutschlands ging um 1,5% zurück, für die EU lag dieser Wert sogar unter 1%, was zu vernachlässigen ist.

Die Auswirkungen in Russland dagegen waren ernsthafter. Der begrenzte Zugang zu globalen Finanzmärkten wurde zum Hauptproblem, obwohl die russische Agrarwirtschaft von den Gegensanktionen teilweise profitierte. Hier ergibt sich daher ein gemischtes Bild.

Es gab jedoch keine Alternative. Aus Sicht der europäischen Staaten hat Russland die rote Linie überquert. Eine bewaffnete Intervention

kam als Antwort weder für die EU noch für Deutschland in Frage. Jedoch musste man deutlich zum Ausdruck bringen, dass nicht nur gegen internationale, sondern auch gegen europäische Prinzipien verstoßen wurde. Deshalb musste die EU Druck ausüben. Die Sanktionen waren dabei nicht die optimale, sondern die einzig mögliche Lösung.

Meiner Meinung nach wäre eine Minderung oder Aufhebung der Sanktionen erst dann möglich, wenn Russland und die Separatisten die Minsk-II-Kriterien erfüllen. Europa wird das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben und seine Außenpolitik weiter schwächen, wenn es sich für eine Sanktionsaufhebung ohne jegliche positive Entwicklung im Minsker Prozess entscheidet.

Iwan Preobraschenskij

Natürlich hat jede politische Entscheidung Alternativen – jedoch nicht unbedingt positive. Insbesondere hatte die deutsche Seite auch andere Optionen um auf die Angliederung der Krim und den militärischen Konflikt auf dem Territorium der Ukraine zu reagieren. Erstens könnten nicht persönliche oder sektorale, sondern ernsthafte landesweite Sanktionen sofort verhängt werden, die sich auf alle Bürger der Russischen Föderation, den Staat sowie alle russischen Unternehmen erstrecken.

Die zweite, noch schlimmere und theoretisch mögliche Variante wäre eine Militärhilfe für die Ukraine. Das dritte Hardline-Szenario wäre der Verzicht auf russische Energieträger, ein Exportverbot in die EU-Länder: die stärkste Antwort, die aber zu einer Energiekrise in der EU führen würde.

Natürlich könnte die deutsche Führung die Außenpolitik Russlands und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einfach ignorieren oder russisches Vorgehen gar unterstützen, was allerdings selbst in der Theorie nicht umsetzbar würde: die deutsche Öffentlichkeit, die Vorstellungen der modernen deutschen Elite von ihrem Platz in der EU und schließlich die Rolle Deutschlands und der Europäischen Union bei den Ereignissen in der Ukraine 2013–2014 würden so etwas nie zulassen.

Was die Gegensanktionen Russlands betrifft, so wurde diese Entscheidung hauptsächlich unter dem Druck der russischen Lobbyisten der Landwirtschaft getroffen, was sich aus der Liste der verbotenen Produkte ablesen lässt. Natürlich könnte Moskaus Antwort auch anders sein, obwohl sein Handlungsspielraum wesentlich enger war als der von Deutschland und der Europäischen Union.

Die radikalste Reaktion, wie auch im Fall der EU, wäre die Einstellung oder eine drastische Einschränkung der Lieferungen von Öl, Erdölprodukten und Erdgas in die EU. Das wäre ein schwerer Schlag, aber weitestgehend für den russischen Staatshaushalt.

Das zweite Szenario bestand darin, die Aktivitäten westlicher Unternehmen auf dem Territorium Russlands einzustellen, was auch möglicherweise die Konfiskation oder vorübergehende Beschlagnahme ihres Eigentums bedeuten würde. Eine solche Entscheidung würde den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ein Ende bereiten und zu einem vollständigen Abbruch auf viele weitere Jahre führen.

Natürlich könnte die russische Führung ganz darauf verzichten, auf

die Sanktionsmaßnahmen der EU, der USA und ihrer Verbündeten zu reagieren, was aber problematisch zu rechtfertigen wäre.

Bei der Wahl des Sanktionsformates gingen Russland und Deutschland also sowohl von der innenpolitischen Situation in beiden Ländern als auch von dem Wunsch aus, die Folgen der auferlegten Beschränkungen zu minimieren, während sie den Partnern die extreme Unzufriedenheit mit ihrer Politik demonstrierten.

In diesem Zusammenhang gibt es heute wahrscheinlich keine Alternative zu den bestehenden gegenseitigen Sanktionsmaßnahmen. Die außenpolitischen Forderungen stehen fest und beide Seiten sind nicht imstande, sie in absehbarer Zeit zu erfüllen: Weder Russland wird auf die Krim verzichten, noch wird Deutschland ihre Eingliederung in Russland akzeptieren. Dementsprechend können Sanktionen auch nicht aufgehoben werden. Eine Anpassung – sowohl zur Verschärfung als auch zur wesentlichen Lockerung der Einschränkungen – wäre jedoch durchaus möglich.

Hauke Ritz

Es gibt reichhaltige historische Erfahrungen mit Sanktionen. Wir wissen, was durch sie bewirkt werden kann und was nicht. Sanktionen haben historisch fast noch nie dazu geführt, dass ein Land seine Außenpolitik geändert hätte. In der Regel führen Sanktionen zur Verhärtung von Fronten. Sie können außerdem in der Innenpolitik dazu dienen, einen anderen Staat als ein dauerhaftes Feindbild eines Landes aufzubauen. Natürlich wusste man dies, als man die Sanktionen erlassen hat. Ihr Zweck bestand somit gar

nicht darin, eine Verhaltensänderung in der russischen Politik zu bewirken oder die Möglichkeiten der Diplomatie zu vergrößern. Ihr eigentlicher Zweck bestand darin, die seit dem Fall der Berliner Mauer stets wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Russland und Deutschland wieder zu reduzieren.

Hätte sich nämlich die Entwicklung der Wirtschaftskontakte, die wir zwischen 1989 und 2013 beobachten konnten, einfach fortgesetzt, so hätte dies irgendwann auch die außenpolitische Positionierung der Bundesrepublik beeinflusst. Die Sanktionen, die nach Auskunft des Vizepräsidenten unter Obama, Joe Biden, nur durch amerikanischen Druck zustande gekommen sind, hatten somit den Zweck, die Wirtschaftskontakte zwischen Deutschland und Russland wieder zu verringern und so die Westbindung Deutschlands zu zementieren. Denn man darf nicht vergessen, dass Deutschland kein hundertprozentig westliches Land ist. Es hat sich als zentraleuropäisches Land in seiner Geschichte immer wieder auch nach Osten orientiert. Und diese Tendenz ist bis in unsere Gegenwart vorhanden.

Jekaterina Timoschenkowa

Die Sanktionen sind meiner Meinung nach ein politisches Instrument, das möglichst zu vermeiden ist. Andernfalls wird es, wie wir bereits sehen, zu schnell zur üblichen internationalen Praxis und macht die internationalen Beziehungen wenig berechenbar.

Außerdem wird der Schaden durch diese Maßnahmen in der Regel von beiden Seiten getragen. Die Folgen der aktuellen Sanktionskonfrontation sind nicht nur für

Russland, sondern auch für Europa spürbar. Bestimmte Zahlen zu nennen ist natürlich ziemlich schwierig, da die Daten sehr stark variieren.

Nach Angaben des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, das von der Europäischen Kommission mit einer Studie beauftragt wurde, belaufen sich die Verluste der EU seit dem Sanktionsbeginn bereits auf 30 Milliarden Euro. Der Osteuropa-Ausschuss, der die Interessen der deutschen Wirtschaft in Russland vertritt, behauptet, dass es um einen viel größeren Betrag von 58 Milliarden Euro geht.

In der letzten Zeit wird Russland auch immer häufiger dafür kritisiert, dass es Maßnahmen gegen die Europäische Union protektionistisch einsetzt. Die Erfolge dieser Politik sind ein Diskussionsthema, doch der Trend ist offensichtlich.

Seit vielen Jahren haben deutsche Wirtschaftskreise für Positionen auf dem russischen Markt gekämpft und wollen diese natürlich nicht verlieren, wobei Russland auch an der Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert ist. Und da heute kein Fortschritt auf der höchsten Ebene möglich ist, übernehmen die Regionen heute zunehmend die Vermittlerrolle. Nach einer Pause, die ungefähr ein Jahr dauerte, fingen Delegationen aus verschiedenen Bundesländern an, Russland zu besuchen, um die Interessen ihrer lokalen Unternehmen vor Ort zu schützen. Ich halte daher die Zusammenarbeit der Regionen und Partnerstädte am wirksamsten unter den heutigen Bedingungen.

Falk Tischendorf

Einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel zufolge fallen die deutschen Exporte im Durchschnitt um etwa 618 Millionen Euro pro Monat niedriger aus als ohne Sanktionen. Deutschland trägt fast 40 % des aufgrund der Sanktionen verlorenen Handels. Während wir gerade noch darüber gesprochen haben, dass Vertrauen die essentielle Grundlage erfolgreicher bilateraler Beziehungen ist, zerstören wir mit diesen Sanktionen ein über Jahre aufgebautes Vertrauen auf der Handels- und Wirtschaftsebene, insbesondere das Vertrauen in die Zuverlässigkeit deutscher Unternehmen. Es ist kein Geheimnis, dass es auch Ziel von Sanktionen ist, Unsicherheit und negative Erwartungen zu schaffen. Bevor jetzt jemand sagt, dass diese Argumentation absolut inakzeptabel sei, sollte er sich einmal den Beitrag genauer ansehen, den Unternehmen bei der Vertrauensbildung leisten. Angefangen bei der täglichen Zusammenarbeit in Betrieben, bei Ausbildungsreisen, bei der Unterstützung sozialer Projekte vor Ort usw. Diese Unternehmen haben über viele Jahre ihrer Tätigkeit in Russland bei der Vertrauensbildung meist mehr erreicht als die vielen Rundtischgespräche.

Im Ergebnis muss man festhalten, dass nicht wir oder gar die Politiker für das „hehre“ Ziel der Sanktionierung Einschränkungen hinnehmen müssen. Nein, das müssen die Unternehmen und im Zweifel deren Beschäftigte. Interessanterweise werden bei Letzteren immer nur die betroffenen Arbeitnehmer in Deutschland oder in der EU genannt. Was ist eigentlich mit den Arbeitnehmern, die in Russland entlassen werden mussten und die uns doch genauso wichtig sind? Diese Sanktionen erreichen viel, aber sie schaffen kein Vertrauen. Im Gegenteil: sie zerstören es.

Zu guter Letzt sollte man sich hier noch einmal die Frage stellen, ob die Sanktionen neben sämtlichen negativen Wirkungen auf fast allen Gesellschaftsebenen wenigstens die Ziele erreichen, für die sie erlassen wurden. Wirtschaftssanktionen sind wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen im Rahmen außenpolitisch motivierter Maßnahmen, die eine teilweise oder vollständige Reduktion der Wirtschaftsbeziehungen zu einem Völkerrechtssubjekt, auch einer Einzelpersonen, beinhalten und die ergriffen werden, um dessen völkerrechtskonformes Verhalten zu erzwingen. Mit Blick auf die vergangenen vier Jahre sollte man sich daher schon einmal die Frage stellen, ob die erlassenen Sanktionen als Maßnahmen überhaupt erforderlich, geeignet und angemessen sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Eine Lösung wird nur in Form eines politischen Kompromisses auf der Ebene Ukraine, Russland und EU möglich sein. Vielleicht sollte man sich auch hier noch einmal überlegen, ob das Minsker Abkommen tatsächlich so „alternativlos“ ist. Es sind neue Ideen gefragt. Dies setzt aber auch voraus, dass man sich mit neuen Ideen offen auseinandersetzt und Politiker, die solche Ideen vorbringen, nicht gleich einem Hagel der Kritik aussetzt, sondern ihnen zumindest einmal zuhört. Denn nur so können die bestehende Blockade aufgelöst und erste Schritte unternommen werden. Im Grunde geht es auch hier um einen Dialog.

Dmitrij Trawin

Ich würde nicht sagen, dass die gegenwärtige Situation wortwörtlich beispiellos ist. Ohne jegliche Sanktionen waren die Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR

und Deutschland viel schlimmer als die heutigen deutsch-russischen Beziehungen, alleine aus dem Grund, dass die Sowjetunion kein Akteur der kapitalistischen Weltwirtschaft war. So musste, um ein Großprojekt einer Pipeline aus Westsibirien in die westeuropäischen Länder umzusetzen, ein spezieller Staatsvertrag „Gas gegen Röhren“ geschlossen werden: Die UdSSR verkaufte demgemäß Erdgas und erhielt im Tauschhandel Röhren aus der Bundesrepublik.

In dieser Hinsicht ist die heutige Situation viel besser: Trotz bilateraler Sanktionen funktioniert der Markt weiter. Beispielsweise kauft Russland deutsche Autos und Deutschland kauft russisches Erdgas und Getreide.

Es ist sehr schwierig zu sagen, ob es vor vier Jahren eine Alternative gab. Grundsätzlich könnte der Westen auch keine Sanktionen als Reaktion auf die „Krim-Geschichte“ verhängen. Eine Antwort musste aber folgen, und die Sanktionen schienen zu dieser Zeit die beste Option zu sein. Ich weiß nicht, ob die westlichen Regierungen diesen Schritt getan hätten, wenn sie gewusst hätten, dass er das Putin-Regime nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken würde. Die Lage bedurfte trotzdem einer Entscheidung.

Russland musste auch von seiner Seite reagieren, da Moskau nicht bereit war, Zugeständnisse zu machen. Die westlichen Länder haben von einer solchen Konfrontation gewiss nicht viel zu spüren bekommen. Die Vereinigten Staaten haben keinerlei Schaden erlitten, außer dass die Handlungen Moskaus ihre globale Dominanz etwas erschwert haben. Die europäischen Staaten haben einen Partner verloren, der jedoch aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche für sie nicht wirklich bedeutend war. Was die Öl- und Gasexporte betrifft, die für die russische Wirtschaft von so großer Bedeutung sind, laufen sie unverändert weiter.

Russland hingegen hat sich das Leben verschlechtert, da es durch die Sanktionen den Zugang zu billigen Krediten und einer Reihe westlicher Technologien verloren hat. Die Politik der Importsubstitution führte außerdem dazu, dass die Bevölkerung des Landes ohne viele Qualitätsprodukte blieb. Infolgedessen konnte das Land in den vergangenen vier Jahren nicht einmal ein gesundes Wirtschaftswachstum erzielen.

Edwin Warkentin

Für Deutschland halten sich die Auswirkungen der russischen Sanktionen in Grenzen. Betroffene Unternehmen konnten sich nachweislich innerhalb kürzester Zeit umorientieren. Dienennenswerten Einbußen und Einbrüche der deutschen Wirtschaft waren nicht zu verzeichnen. Die Einbrüche im bilateralen Handel wurden durch die Rezession der russischen Wirtschaft ausgelöst, die wiederum mit ihrer monokulturellen Struktur, dem chronisch niedrigen Ölpreis und der Rubelabwertung zu tun haben. Auch die steigende Armutsrate in der Russischen Föderation ist definitiv nicht auf die Sanktionen der Europäischen Union zurückzuführen.

Die Palette denkbarer Wirtschaftssanktionen ist bis auf den Umfang der Sanktionen gegen Nordkorea denkbar gewesen. Die Einigung der EU auf den aktuellen Umfang der Sanktionen war der kleinste gemeinsame Nenner der Mitgliedstaaten. Eine alternative Lösung wäre sicherlich eine deutlichere militärische Abschreckung bis hin zur aktiven Mitwirkung mit militärischen Mitteln innerhalb der Ukraine seitens der EU gewesen, wurde jedoch vernünftigerweise von vornherein ausgeschlossen. Auch ein Ausschluss Russlands aus den internationalen Organisationen wie der WTO wäre denkbar gewesen, wurde jedoch nie ernsthaft diskutiert worden.

Aus heutiger Perspektive erscheinen die gewählten Mittel nahezu optimal, da der unmittelbare Schaden für die Volkswirtschaften jeweils überschaubar ist, stoppte aber in der Eskalationsphase das massive Blutvergießen und brachte die Maßnahmen der Konfliktregulierung ins Rollen. Eine Lehre aus dem Geschehen letzter Jahre sollte aber sein, dass Sanktionen ausschließliche Mittel der akuten Konflikteindämmung sind, aber kurz- oder mittelfristig kein Umdenken in der betroffenen Gesellschaft verursachen. Gesellschaftliche Aufarbeitung der Konfliktsituationen findet in offenen Debatten und Dialogen statt, wird aber in der Breite nicht durch Sanktionskaskaden im Sinne des Urhebers befördert.

Lukas Werner

Bei der Betrachtung der europäischen Sanktionen, die als Reaktion auf die Krise in der Ukraine erlassen wurden, ist ein differenzierter Blick wichtig. Einiger der Sanktionen, wie das Aussetzen der Verhandlungen über eine Erleichterung des Visa-Regimes sind meiner Meinung nach kontraproduktiv für alle Seiten - gilt es doch gerade in den angespannten Zeiten den bilateralen Austausch zwischen den regulären Bürgern und der Zivilgesellschaft zu bekräftigen und dadurch gegenseitige Vorurteile abzubauen. Russland ist nicht Putin und Deutschland ist nicht Merkel. Die Verbindungen und Gemeinsamkeiten, die Russland und Deutschland haben gehen weit über den Bereich der „high politics“ hinaus und es ist schade, dass dieser vielschichtige Austausch durch politische Konflikte eingeschränkt wird.

Dass jedoch Sanktionen gegen bestimmte Einzelpersonen und Institutionen veranlasst wurden, finde ich richtig. Viele der

sanktionierten Personen stammen aus dem inneren Machtzirkel der russischen Regierung und unterstützen die Politik der Destabilisierung. Sie gerieren sich als wahre Patrioten, parken aber gigantische Finanzvermögen im Ausland, schicken ihre Kinder auf Internate in Europa und verbringen ihren Urlaub mit Vorliebe in westlichen Luxusorten. Dies ist doch schizophren. Auch die Sanktionen gegen die Energieindustrie, die in Russland viel zu lange die Ungleichheit der Gesellschaft vorangetrieben und wichtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse künstlich unterbunden hat, finde ich angemessen. Schade ist jedoch nur, dass die Sanktionen, die nur wenig mit der eigentlichen Wirtschaftskrise in Russland zu tun haben, von der Regierung und den Medien dazu instrumentalisiert werden konnten, die Schuld für die Probleme Russlands gänzlich aufs Ausland zu schieben.

Ich würde mir wünschen, dass weiterhin die Sanktionen als eine klare und eindeutige Antwort gegen Personen und Institutionen ausgesprochen werden, die Konflikte schüren. Gleichzeitig sollten allerdings auch Bestrebungen unternommen werden, die den Austausch für die reguläre Bevölkerung erleichtern und verbessern. Dazu gehört visafreies Reisen mehr Finanzmittel und Unterstützung für Partnerschaften, Austauschprogramme und gemeinsame Projekte, insbesondere für Schüler und Studierende. Durch so eine „Doppelstrategie“ wird man hoffentlich auch dem Problem der falschen Schuldzuweisung der russischen Regierung und Medien in Bezug auf innenpolitische Probleme entgentreten.



Nikolaj Wlassow

Wenn wir über die Folgen der auferlegten Beschränkungen sprechen, müssen wir

vorwegnehmen, dass sie sich in verschiedenen Bereichen auf unterschiedliche Weise manifestieren. In der Wirtschaft war die Krise in Russland, die nur teilweise mit der Verhängung von Sanktionen zusammenhing, der Schlüsselfaktor für die bilateralen Beziehungen. Die Sanktionen verschärften die ohnehin angespannten Verhältnisse in der russischen Wirtschaft, die in der zweiten Jahreshälfte 2014 stark von den gesunkenen Energiepreisen betroffen war. Die schwindende Nachfrage sowie der Rückgang der Kaufkraft russischer Bürger trafen wiederum deutsche Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen in Russland verkauften, viel mehr als das Nahrungsmittelembargo.

Man muss daher zugeben, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Embargos eher moderat sind, obwohl einige Politiker von den beiden Seiten bestrebt sind, die Folgen der gegenseitigen Sanktionen zu übertreiben. Es besteht natürlich keinen Zweifel darin, dass die stärkere deutsche Wirtschaft diese Beschränkungen viel leichter überstanden hat als die russische, die sich in einer Krise befindet und eine Reihe ernster Probleme hat.

Was eine mögliche Alternative zu den Sanktionen an sich betrifft, so fehlte sie praktisch auf der Seite der EU. Bis heute sind solche Beschränkungen praktisch das einzige Instrument, das es ermöglicht, einen Druck ohne Risiko eines völligen Zusammenbruchs der Beziehungen und einer militärischen Eskalation auszuüben. Deshalb wurden sie trotz ihrer eher kontroversen Wirksamkeit so oft in den internationalen Beziehungen der letzten Jahrzehnte verwendet.

Inwieweit die konkrete Form der EU-Sanktionen in diesem Fall gerechtfertigt war, ist viel schwerer zu beantworten. Meiner Meinung nach würden jedoch mögliche

Alternativen striktere Beschränkungen vorsehen. Die russischen „Gegensanktionen“ waren eher eine Geste ohne großen praktischen Nutzen, deren mögliche einseitige Abschaffung der russischen Regierung allerdings viel schwerer fallen wird als ihre Einführung.

Im Kontext der Ziele, die jede der Parteien verfolgt, erscheint die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen ohne vorausgehende wesentliche politische Vereinbarungen nicht realistisch. In diesem Sinne gibt es keine Alternative dazu. Alternative Lösungen können erst dann zustande kommen, wenn Russland oder die EU einschließlich Deutschland die Ziele ihrer Außenpolitik neu überdenken.

Denis Wolkow

Es scheint mir, dass sich die russische Bevölkerung an das Sanktionsregime angepasst hat. Anfangs wurden sie als ein eindeutig unfreundlicher Schritt wahrgenommen, was in einer Mobilisierung rund um den Staatschef resultierte. Kein Wunder, dass etwa 70% der Russen glauben, dass Russland seine Politik ungeachtet der Handels- und Wirtschaftsbeschränkungen fortsetzen sollte. Tatsächlich haben diese Einschränkungen sogar der russischen Führung in die Hände gespielt.

Gleichzeitig waren negative Einstellungen gegenüber westlichen Ländern Ende 2014 – Anfang 2015 am höchsten. Jetzt sind viele Emotionen schon vorbei und die Öffentlichkeit neigt dazu, Auswege aus der Krise zu suchen. Heute glauben fast 80% der Russen, dass Russland Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern aufnehmen sollte. Gleichzeitig sind die meisten jedoch

zuversichtlich, dass Russland nicht den ersten Schritt machen sollte, da es wie ein Zugeständnis und eine Schwäche aussehen würde. Im Massenverständnis (und laut den Aussagen der russischen Führung) „haben wir das nicht angefangen“ und müssen uns also „nicht als Erste entschuldigen“.

Dass Deutschland seinerseits erste, wenn auch symbolische Maßnahmen zur Schwächung des Sanktionsregimes umsetzen wird, scheint mir viel wahrscheinlicher zu sein. Europa muss aber zuerst entscheiden, was das Hauptziel einer solchen Politik gegenüber Russland ist und wie realistisch es ist, alle Aufgaben damit zu lösen. Die Probleme der russischen Wirtschaft hängen meist nicht mit Sanktionen zusammen, und das derzeitige politische Regime ist ziemlich stabil. Meiner Meinung nach wäre daher jegliche Hoffnung auf wesentliche Veränderungen in Russland unter externem Druck aussichtslos.

Marine Woskanjan

Die größte Gefahr von Sanktionen besteht nicht darin, dass sie messbaren wirtschaftlichen Schaden verursachen. Ihre Anwendung ist eine Geste gegenüber dem Zielstaat, egal was die Befürworter solcher Maßnahmen behaupten. Es geht einfach nicht, bestimmte Einschränkungen gegen jemanden aufzuerlegen und zur gleichen Zeit Respekt zu erweisen sowie den Wunsch zur weiteren Zusammenarbeit in anderen Bereichen auszusprechen.

Die Absurdität dieses Ansatzes lässt sich nicht nur mit der Erfahrung von Sanktionsdruck auf andere Länder beweisen – sie haben ja ihre Position trotzdem nicht geändert – dasselbe

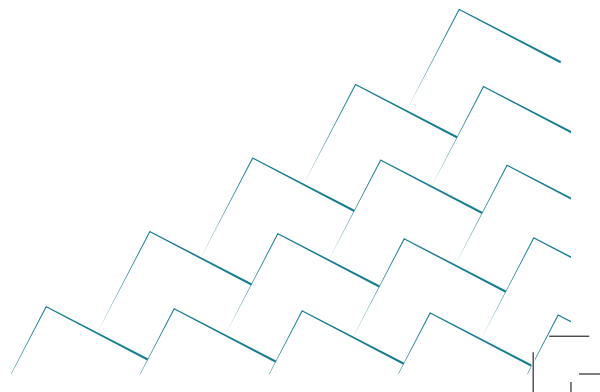
gilt auch für persönliche Beziehungen.

Stellen Sie sich vor, Ihr Nachbar hat etwas gemacht, was Sie für rechtswidrig halten. Sie können selbständig mit Gewalt gegen ihn vorgehen oder ihn bei der Polizei anzeigen. Sie können auf die Kommunikation mit dem Nachbarn verzichten oder seine Handlungen ignorieren. Sie können ihm aber nicht sagen: „Um dich zu bestrafen, werde ich ab heute keine Lieferwagen zu deinem Haus durchfahren lassen. Lass uns aber den Zaun auf unserer Straße zusammen reparieren, das ist ja praktischer“. Das ist also nicht die Wirtschaft, die am meisten gelitten hat.

Außerdem brachten die Sanktionen den russischen Unternehmern eine grundlegende Erkenntnis, dass es auf die westlichen Hersteller und Investoren kein Verlass mehr ist, und zwar nicht aus dem Grund, dass sie an und für sich nicht verantwortungsbewusst sind, sondern weil die Führung ihrer Länder von ihnen jederzeit fordern kann, die Zusammenarbeit mit Russland zu begrenzen oder gar einzustellen. Darüber hinaus zeigen die Handlungen der USA deutlich, dass der „Sanktionskrieg“ nicht für ein paar Jahre, sondern für eine sehr lange Zeit, vielleicht für mehr als ein Jahrzehnt, andauern wird. Uns erwartet also nicht die Aufhebung der derzeitigen Sanktionen, wie die europäischen Politiker das gerne rhetorisch sagen, sondern im Gegenteil die Verschärfung der alten und die Einführung neuer Einschränkungen.

Dies führt einerseits zur Neuverteilung der Marktanteile zugunsten nichteuropäischer Partner. Auf der anderen Seite ist Russland gezwungen, die Förderung der inländischen Wirtschaft auszubauen. Die Befürworter eines strengen Protektionismus in Russland erhielten somit ein absolut überzeugendes Argument, dass die

Wirtschaftskooperation mit der EU und den USA einfach gefährlich ist. Am Ende des Tages sind es die in Russland agierenden europäischen Unternehmen, die von den Sanktionen am meisten leiden.





Zudenwichtigsten Auseinandersetzungen in bilateralen deutsch-russischen Beziehungen gehört das Ukraine-Problem: „Revolution der Würde“, Einverleibung der Krim, Kampfhandlungen in mehreren Bezirken der Donezker und Luhansker Gebiete, Abschuss von MH-17. Welche Schritte und in welcher Reihenfolge könnte man zur Lösung dieser Auseinandersetzungen machen?

Tatjana Chruljowa

Russland und der Westen unterscheiden sich radikal in der Einschätzung der Ursachen der Ukraine-Krise und der damit verbundenen Ereignisse, so dass diese Frage auf jeden Fall für lange Zeit ein Spannungspunkt in ihren Beziehungen bleiben wird.

Zurzeit besteht die wichtigste Aufgabe in der Umsetzung der Minsker Abkommen und der wirksamen Beilegung des Konflikts im Osten der Ukraine. Bisher hat keine der beiden Seiten bedeutende Fortschritte in dieser Richtung gemacht, deshalb scheint es, dass nur die Einführung von UN-Friedenstruppen in den Donbass dazu beitragen wird, die Situation ins Rollen zu bringen. Das Format der Mission und die Grenzen des Territoriums, auf dem das UN-Kontingent eingesetzt werden soll, sorgen jedoch für ernsthafte Meinungsverschiedenheiten.

Offensichtlich wird die Suche nach einem gemeinsamen Nenner eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Was die Krim-Frage angeht, so wird sie noch lange offen bleiben. Heutzutage ist es nicht vorstellbar, dass in der absehbaren

Zeit eine Formel gefunden wird, mit der alle Parteien einverstanden sind. Weder die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten noch die internationale Gemeinschaft werden den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation auf der Grundlage des Referendums vom 16. März 2014 anerkennen. Ihre Rückkehr in die Ukraine ist ebenfalls unrealistisch. Es ist nicht ausgeschlossen, dass am Ende eine zweite Volksabstimmung auf die Agenda kommt. Aber auf jeden Fall ist dies eine sehr weit entfernte Zukunft.

Julius von Freytag-Loringhoven

In Minsk hat man sich ja bereits auf konkrete Schritte geeinigt. Und das Ende der Gewalt ist dabei zentral. Die in Minsk vereinbarten Schritte werden aber nur vermindert umgesetzt, weil der Wille fehlt, den schlechten Status-Quo durch diese innenpolitisch schwer verkaufbaren Kompromisse auszutauschen. Die grundsätzliche Logik von Minsk ist richtig: zuerst Befriedung der Ostukraine, Hilfe bei einer föderalen Reintegration der Gebiete in den ukrainischen Staat und entsprechend dieser Schritte ein Ende der Sanktionen. Aber eventuell muss man die Schritte neu ordnen, um schneller zu Ergebnissen zu kommen. Unabhängig davon ist es aber wichtig, auf so vielen Ebenen wie möglich Kooperation und Dialog zu erhöhen, um auch für die Lösung dieses Konfliktes Vertrauen aufzubauen.

Ann-Sophie Gast

Meiner Meinung nach beschränken sich die Probleme mittlerweile nicht mehr alleine auf den Konflikt in der Ukraine. Die deutsch-russischen Beziehungen haben sich auch aufgrund der schlechten Kommunikation in den

letzten zwei Jahren noch weiter verschlechtert. Darüber hinaus haben das russische Vorgehen in Syrien, die engen Beziehungen zu Assad und Gerüchte über eine mögliche Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf nicht gerade zu einem Wiederaufbau des Vertrauens auf deutscher Seite beigetragen.

Generell muss auf lange Sicht wieder Vertrauen auf beiden Seiten aufgebaut werden und dafür ist ein regelmäßiger Dialog unabdingbar. Trotz Sanktionen sollte dieser zu keiner Zeit abreißen. Der Petersburger Dialog ist insofern eine sinnvolle Institution. Deutschland fordert nach wie vor die Umsetzung des Minsker Abkommens, das u.a. eine Waffenruhe, den Abzug der schweren Waffen und einen vollständigen Rückzug aller Söldner fordert. Obwohl Russland als Beteiligter dieses Konflikts in dem Abkommen nicht ein einziges Mal erwähnt wird, hält Moskau dennoch die Zügel in der Hand. Während die meisten deutschen Politiker mittlerweile gar nicht mehr über die Annexion der Krim sprechen, ist der Konflikt in der Ukraine eine rote Linie. Wenn sich die russische Regierung hier nicht bewegt und ihren Einfluss auf die Separatisten nutzt um ein Einlenken zu bewegen, das zu einem Kompromiss mit der ukrainischen Regierung führen kann, sehe ich nicht, wie sich die Beziehungen auf offizieller Ebene verbessern sollen. So lange in der Ukraine Krieg geführt wird, an dem Russland maßgeblich beteiligt ist, kann es keine Normalisierung der Beziehungen geben.

Die Lösungsschritte für diesen Konflikt sehe ich wie folgt in ebendieser Reihenfolge:

1. Vollständige Waffenruhe und kein Nachschub an Waffen an die Separatisten.
2. Rückzug der ukrainischen Truppen und Abzug der russischen Söldner.

3. Entwaffnung der Separatisten unter internationaler Aufsicht.
4. Einsatz einer internationalen Friedenstruppe zur Überwachung der Waffenruhe und des Truppenabzugs.
5. Ausweitung der Autonomie in der Ostukraine.
6. Durchführung regionaler Wahlen unter internationaler Aufsicht.
7. Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland sowie der Gegensanktionen Russlands.
8. Wiederaufnahme der EU-Russland-Kooperation, u.a. Aushandlung eines neuen Kooperationsabkommens.
9. Wiederaufnahme der NATO-Russland-Kooperation und die Gestaltung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts als Antwort auf Bedrohungen wie z.B. Terrorismus.
10. Ggf. Aufnahme von Beziehungen zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Generell ist es notwendig, dass Russland endlich Verantwortung für seine Beteiligung an diesem Konflikt übernimmt und dass die Dinge beim Namen genannt werden. Als Konfliktpartei könnte Russland auch direkte Forderungen an die Konfliktlösung stellen und Erwartungen gegenüber der ukrainischen Regierung formulieren. Es steht außer Frage, dass auch die ukrainische Regierung ihren Teil zur Konfliktlösung beitragen und die Forderungen des Minsker Abkommens umsetzen muss. Aber so lange eine der Konfliktparteien ihre Konfliktbeteiligung und Verantwortung leugnet, ist ein weiteres Vorankommen nicht möglich.

Igor Gretzkij

Die Haltung der deutschen und russischen Eliten zu den Ereignissen in

der Ukraine wurde wirklich zu einer harten Prüfung für unsere Beziehungen. Alle genannten Themen scheinen sehr kompliziert zu sein, ich bin mir aber sicher, dass viele Probleme gelöst werden können, wenn die Führung der Russischen Föderation auf das primitive neorealistische Konzept der Außenpolitik verzichtet, das sie aus der Sowjetzeit übernommen hat. Laut diesem Konzept gibt es in der Welt nur sechs oder sieben Staaten, die über eine volle Souveränität und Unabhängigkeit verfügen und in der Lage sind, ihre Interessen über ihre eigenen Grenzen hinaus zu projizieren und ihre Nachbarn zu beeinflussen. Diese Staaten werden von russischen Politikern oft als „Weltmächte“ bezeichnet und haben Einflussbereiche oder Verantwortungszonen. Dazu gehören die USA, China, Deutschland (EU), Russland, Indien, Iran und die Türkei. Die übrigen Länder sind nach einer solchen Philosophie nur Objekte in internationalen Beziehungen oder Bauern auf einem großen Schachbrett.

Moskau sollte aufhören, die postsowjetischen Staaten als Objekte der internationalen Politik mit begrenzter Souveränität zu betrachten. Solche Wahrnehmung bringt Russland keine positiven Ergebnisse und Vorteile, wobei die Aufwendungen für den Aufbau von den darauf basierenden Beziehungen mit den Nachbarn ununterbrochen wachsen.

Fjodor Lukjanow

Das mag banal klingen, aber das von allen Seiten wiederholte Mantra, es gebe keine Alternativen zu den Minsker Abkommen, ist leider die Realität. Kein anderes Modell wird vorgeschlagen. In dieser Rahmenkonstruktion gibt es einen Raum für Kreativität, vorausgesetzt allerdings, dass alle Parteien, vor allem Russland und die Ukraine,

den Wunsch und die Bereitschaft dafür haben, was aber nicht der Fall zu sein scheint. Der ganze Kontext kann sich wesentlich je nachdem ändern, wie flexibel die Haltung von Kiew in erster Linie wird.

Wäre die letzte Runde von dem Zusammenbruch der Beziehungen mit der „Skripal-Affäre“ nicht zustande gekommen, so könnten die Parteien versuchen, eine erfinderische Alternative im Rahmen der Abkommen zu finden. Zum Beispiel beherbergt die zwar von allen kritisierte Idee der UN-Mission im Donbass meiner Meinung nach den Keim des zukünftigen kreativen Ansatzes. Die allgemeine Situation um dieses Thema und die Beziehungen ist jedoch zum Erbarmen.

Die Rolle Deutschlands könnte groß sein: Die Minsker Abkommen wurden ja hauptsächlich von Angela Merkel geschaffen. Leider erlaubt es die innerdeutsche politische Situation nicht, dem ukrainischen Thema viel Aufmerksamkeit zu widmen: Es ist einfach zu viel auf einmal los. Natürlich ist die Haltung der Vereinigten Staaten von großer Bedeutung, in Bezug auf Russland gibt es da aber absolut keine Hoffnung.

Sergej Markedonow

Ich bin mit dem Begriff „Revolution der Würde“ nicht einverstanden: dabei gehen wir ja davon aus, dass die Unterstützer des Maidans würdevoll waren, im Gegensatz zu denjenigen, die den Staatsstreich nicht akzeptierten. Dies ist in vielerlei Hinsicht der entscheidende Punkt in den Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Russland, da der Westen de facto darauf verzichtet, sein Augenmerk auf den innerukrainischen Charakter der Krise zu legen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Maidan in der Ukraine auf verschiedene Art wahrgenommen wurde. Viele bejubelten den Sturz von Viktor Janukowitsch und den neuen politischen Kurs, doch diese Revolution spiegelte nicht die Interessen des ganzen Landes wider.

Das wird unter anderem von den kürzlich freigegebenen Protokollen der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine vom 22. Februar 2014 bestätigt. Ihre Teilnehmer glaubten, vertraulich sprechen zu können, und betonten die fehlenden pro-ukrainischen Stimmungen auf der Krim. Insbesondere sagte der damals amtierende Innenminister Arsen Awakow, die Mehrheit der Krim-Bevölkerung nehme eine pro-russische und anti-ukrainische Haltung. Er ging außerdem davon aus, dass die in Simferopol agierenden inneren Truppen sowie der Posten- und Streifendienst den Russen keinen Widerstand leisten werden.

Sein Berater Anton Geraschtschenko bemerkte später, dass die Polizeibeamten von Donetsk und Luhansk fast ausschließlich alle Verrat begangen haben – freilich aus Kiew's Sicht. Das waren aber nicht Spione oder Saboteure, sondern Millionen ukrainischer Staatsbürger, die den Maidan einfach nicht akzeptiert haben.

Ja, Russland hat ihnen Unterstützung geleistet, das zu bestreiten wäre dumm. Jeder Eingriff ist aber nur dann wirksam, wenn er auf einen vorbereiteten Boden fällt. Verursacht wurde diese Situation durch den Staatsstreich, der im Prinzip verfassungswidrig war und den seit Jahren bestehenden Status-quo verletzte.

Solange es also nicht anerkannt wird, dass der Maidan die Stimme nur eines Teils des Landes war, eines bedeutenden Teils, ja vielleicht sogar der Mehrheit, aber nicht des ganzen

Volkes, wird es kaum die Rede von einer ernsthaften Lösung der Ukraine-Krise sein. Ein Durchbruch ist nicht möglich, ohne dass die Parteien ihre solidarische Verantwortung anerkennen.

Darüber hinaus darf in diesem Zusammenhang eine weitere Dimension des Konflikts nicht vergessen werden. Sie betrifft die europäische Sicherheit und hat meines Erachtens die Schlüsselrolle. Die Ideen eines großen Europas blieben nach dem Ende des Kalten Krieges ein frommer Wunschtraum. Eine wirkliche Einbeziehung Russlands in die Mechanismen der europäischen Sicherheit kam nicht zustande, während sich der NATO-Block nach Osten ausgeweitet hatte. Dies führte wiederum zur Entstehung von Verteidigungsstimmungen in Russland, das nach bestimmten Sicherheitsgarantien strebte und anschließend eine gewisse negative Haltung gegenüber dem Westen bildete. Wenn die Ukraine-Krise kein Schub zum Umdenken des modernen europäischen Sicherheitsmodells wird, so befürchte ich, dass ein ernstzunehmender Fortschritt in den Beziehungen zwischen Russland einerseits und Deutschland und der EU andererseits kaum zu erwarten ist.

Stefan Meister

Das Ukraine-Problem halte ich für eine unglückliche Formulierung, dass impliziert, dass wenn es die Ukraine nicht gäbe, es auch keine Probleme zwischen Russland und der EU gäbe. Das ist nicht so, die EU/Deutschland haben eine andere Vorstellung über die europäische Sicherheitsordnung und die Zukunft der internationalen Beziehungen als die aktuelle russische Führung. Die Ukraine ist nur Ausdruck dieser fundamentalen Differenz.

Schritte:

1. Echter Waffenstillstand von beiden Seiten.
2. UN-Blauhelme auf dem gesamten Gebiet der Ukraine auch an der russisch-ukrainischen Grenze in den besetzten Gebieten - damit verbunden, dass keine Waffen und Truppen mehr in die Ukraine einfließen.
3. Dann können Teile des Minsker Abkommens umgesetzt werden: Stabilisierung der Situation in den besetzten Gebieten bis hin zu freien und fairen Wahlen unter internationaler Aufsicht von OSZE und UN.

Sarah Pagung

In einer breiten Perspektive gibt es hier zwei Ansätze. Einerseits kann die Lösung der Krise eine Voraussetzung für ein großes Abkommen zwischen Russland, Europa und den USA sein, das die Beziehungen neu gestaltet. Die zweite Variante sieht einen großen Konsens zu allgemeinen Regeln in Europa als eine Vorbedingung zur Beilegung des Ukraine-Konfliktes vor. Russland scheint die erste Variante zu befürworten, während Europa die zweite anstrebt.

Was die eigentliche Konfrontation in der Ukraine angeht, so wird die Lage momentan durch einen Vertrauensmangel stark erschwert. Zwar wurde das Minsk-II-Abkommen als eine Roadmap erarbeitet, doch es fehlt an konkreten Umsetzungsmaßnahmen. Die Ukraine hat kein Vertrauen zu Russland, Russland hat kein Vertrauen zur Ukraine. Keiner will den ersten Schritt machen, es handelt sich also um eine klassische Zwickmühle.

Ich halte eine internationale UN-Mission für einen möglichen Ausgangspunkt zur Vorwärtsbewegung. Im Endeffekt wird das helfen, zwei Schlüsselanforderungen des

Minsk-II-Abkommens zu erfüllen: Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle von der Grenze zu Russland und eine Dezentralisierungsreform des Landes. Im ersten Schritt muss die Mission mit der Grenzkontrolle beauftragt werden. Nachdem Kiew alle notwendigen Föderalisationsgesetze verabschiedet, sind diese Funktionen der ukrainischen Regierung zu übertragen. Die Separatisten verlieren dann durch die Grenzkontrollen die Unterstützung Russlands, das selbstverständlich Druck auf sie ausüben muss, um diese Schritte zu ermöglichen.

Iwan Preobraschenskij

Offensichtlich hat dieses Problem zwei Dimensionen: artikuliert und real. Mit dem ersten ist alles viel einfacher. Um die Ansätze an die Situation in der Ukraine unter einen Hut zu bringen, müssen Russland und Deutschland die Umsetzung der Minsker Abkommen durchsetzen. Nach der Normalisierung der Situation im Donbass könnten dann andere Ukraine-relevanten Fragen in die Diskussion kommen, und zwar in einem Dialog, nicht als gegenseitige Anschuldigungen.

Die Minsker Abkommen sind jedoch ein sehr widersprüchliches Dokument und dazu auch kein rechtlich bindendes internationales Abkommen. Das Problem liegt also nicht nur in der Umsetzung, sondern auch in den unterschiedlichen Wahrnehmungen der Abkommen in Russland und Deutschland.

Zunächst wäre es also notwendig zu entscheiden, ob Russland eine Partei des Konflikts im Donbass oder ein Vermittler wie Deutschland und Frankreich ist. Ohne aktive Teilnahme Russlands ist dieses Problem nicht lösbar. Die Übertragung der

Grenzkontrolle im Donbass an die Ukraine könnte zum Beispiel eine Garantie sein, Russland ist jedoch dazu noch nicht bereit. Es ist aber möglich, dass sich eine Antwort auf diese Frage 2018 mit dem Mandat der UN-Friedensmission finden lässt, die zu verschiedenen Zeiten sowohl von der russischen als auch der ukrainischen Seite vorgeschlagen wurde.

Was den Status der Krim angeht, so ist dieses Problem zuletzt zu lösen, nachdem alle anderen Widersprüche aufgehoben sind und das gegenseitige Vertrauen zumindest teilweise wiederhergestellt ist. Die möglichen Lösungen des Krimproblems sind bekannt und stehen schon lange auf der Diskussionsagenda. Sie wären praktisch anwendbar, wenn sich Russland bereit erklärte, dieses Thema überhaupt zu besprechen und zumindest einige der Verletzungen des Völkerrechts anzuerkennen, die, wie der Westen behauptet, bei der Angliederung der Halbinsel begangen wurden.

Dies könnte ein erneutes Referendum unter internationaler Kontrolle sein, dessen Ergebnisse – wie sie auch immer ausgehen mögen – im Voraus von Russland, der Ukraine und internationalen Garanten anerkannt wären, zum Beispiel im Rahmen einer Resolution des UN-Sicherheitsrats. Die zweite Option wäre die Anerkennung des Zwischen- oder Übergangstatus der Krim durch alle Parteien. Eine Teil-Souveränität sowohl von Russland als auch von der Ukraine in dieser Region zu etablieren, wäre auch denkbar.

Andere Szenarien sehen noch illusorischer aus, wie zum Beispiel die einfache Rückkehr der Krim in die Ukraine oder die Unabhängigkeitserklärung der Halbinsel mit dem Recht auf spätere Selbstbestimmung.

Natürlich kann Deutschland den russischen de facto Status der Krim ohne rechtsverbindliche Beschlüsse und teilweise Revision der Sanktionen anerkennen. Diese Option scheint den heutigen Anforderungen der russischen Regierung am besten zu entsprechen, ebenso wie alle anderen Kompromisslösungen wird sie aber für beide Seiten kaum befriedigend sein.

Daher sind eine Bewältigung der Ukraine-Krise sowie eine Lösung des Problems zum Status der Krim in absehbarer Zeit sehr unwahrscheinlich. Eine Fortbewegung in diese Richtung ist möglich und notwendig, weder Russland noch Deutschland sollten aber schnelle Erfolge erwarten.

Hauke Ritz

Um den Konflikt zu lösen, müssen wir vor allem wieder lernen, die Realität so wahrzunehmen, wie sie ist. Die Realität ist, dass die Europäische Union nach dem Brexit und der Euro-Krise und dem um sich greifenden Vertrauensverlust gegenüber den Institutionen der EU nicht in der Lage ist, nun auch noch der Ukraine eine langfristige Entwicklungsperspektive zu geben. Die Realität ist auch, dass der Absturz von MH 17 bislang nur durch ein NATO-Land, die Niederlande, untersucht worden ist und bislang keine wirklich unabhängige, ergebnisoffene Erforschung dieses Vorfalles vorliegt. Das Gleiche gilt für die Schüsse, die auf dem Maidan gefallen sind. Das dritte Element der Realität, das wir lernen müssen anzuerkennen, ist, dass der größte Teil der Ukraine – mit Ausnahme der Region Lwiw (Lemberg) – historisch und geographisch zum russisch-orthodoxen Kulturraum gehört. Wenn wir diese drei Elemente der Realität anerkennen können, so könnten wir vielleicht auch den Konflikt lösen.

Jekaterina Timoschenkowa

Diese Fragen können nicht auf einmal gelöst werden. Zunächst sind Fortschritte bei den Minsker Abkommen erforderlich, vor allem in der Einstellung der Feindseligkeiten im Osten der Ukraine. Ohne dies wird meiner Meinung nach bei den verbleibenden Punkten keine Fortbewegung möglich.

Eine Reihe deutscher Politiker haben heute ein gewisses Verständnis, dass die Diskussion über die Zukunft der Krim bis auf weiteres „auszuklammern“ ist. Christian Lindner, Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei, hatte sogar den Mut, das während der Bundestag-Wahlkampagne offen zum Ausdruck zu bringen, wofür er jedoch kritisiert und zur Änderung seiner Aussage gezwungen wurde.

Man kann also behaupten, dass es eine Tendenz gibt, die Lösung der Krimfrage für eine Weile „einzufrieren“, was aber lange nicht bedeutet, dass dieses Problem vergessen oder unterschlagen werden kann. Auf jeden Fall besteht in der deutschen Öffentlichkeit ein Konsens darüber, dass ohne Maßnahmen zur Umsetzung bestehender Abkommen seitens Russlands weder eine Sanktionsaufhebung noch eine Annäherung an Russland möglich ist. Moskau wird in diesem Sinne nichts geschenkt bekommen.

Dmitrij Trawin

Ein Fortschritt zu jeder dieser Fragen ist nur möglich, wenn eine der Parteien Zugeständnisse macht. Für Russland wären dies die Umsetzung der Minsker Abkommen und die Rückgabe der Krim an die Ukraine. Die Zwischenvariante, bei der die Minsker Abkommen umgesetzt werden,

während die Krim Teil Russlands bleibt, wird wohl nicht mehr funktionieren können, obwohl sie scheint, meiner Meinung nach, die wünschenswerteste für den Kreml zu sein.

Wenn die umstrittene Halbinsel zurück in die Ukraine eingegliedert wird, werden die Beziehungen natürlich verbessert. Erstens würde aber ein solcher Schritt für die russische Führung einen Gesichtsverlust bedeuten. Wer sich für derart drastische Maßnahmen entschieden hat, wird kaum zugeben, dass er falsch liegt. Sogar eine Art „Vorleistung“ aus dem Westen hilft hier nicht weiter. Zweitens dürfen wir nicht vergessen, dass die Krim ein Territorium mit Menschen ist, das im Laufe von wenigen Jahren nicht so einfach hin und her geschoben werden kann.

Die letzten vier Jahre haben gezeigt, dass westliche Staaten einschließlich Deutschland einzeln auch nicht kompromissbereit sind, da ihre Chefs eine Reihe ernsthafter Entscheidungen getroffen haben, die sie ohne Reputationsschäden nicht mehr rückgängig machen können.

Die Krim wird de jure nicht anerkannt, das ist absolut offensichtlich. Theoretisch kann Russland irgendeine große Vorleistung gegenüber den Westen machen, was es ihm dann erlauben würde, die Situation mit der Krim de facto zu akzeptieren, also die Sanktionen aufzuheben und zu sagen, dass das Thema für eine lange Zeit aufs Eis gelegt wird. Jedoch sind solche Zugeständnisse nur im Falle einer sehr ernsten Krise der modernen Zivilisation möglich, in der die westlichen Länder die Unterstützung Russlands brauchen werden. So brauchten die Briten und die Amerikaner Stalins Hilfe nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und ignorierten deshalb die Tatsache, dass er auch keineswegs ein idealer Führer war.

Eine solche Krise ist heute nicht zu erwarten, daher ist die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios äußerst gering.

Edwin Warkentin

Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland werden aktuell geprägt durch eine unterschiedliche Bewertung der und Befassung mit den Ereignissen in der Ukraine seit den Maidan-Demonstrationen 2013.

Hypothetische Schritte für eine Befriedung und ihre Reihenfolge bei vollendeten Tatsachen wie der Krimannexion und der verdeckten und aktiven Intervention im Donbass durch Russland sind denkbar schwer. In Bezug auf den Abschuss der MH-17 sind die Überlegungen zu einer Schrittfolge angesichts der menschlichen Schicksale anmaßend, da dies als ein terroristischer Akt nur staatsanwaltschaftlich ermittelt und juristisch aufgearbeitet werden kann.

Abgesehen von dem bestehenden Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, der sich zugegebener Weise erschöpft hat, sollte von allen Seiten gewährleistet werden, dass die Ukraine zu ihren vollumfänglichen Souveränitätsrechten zurückfindet, die Anwendung der verfassungsrechtlichen Ordnung auf dem gesamten Staatsgebiet stattfindet und dass der ukrainische Staat erneut in die Verfügung über das Gewaltmonopol innerhalb des eigenen Staatsgebietes kommt. Sowohl Russland und Deutschland als auch andere Nachbarn und vor allem die EU sollen

tatkräftig an der Stabilisierung der Ukraine mitwirken. Eine weitere Destabilisierung dieses Landes kann niemanden nutzen, sondern die Verhältnisse immer weiter verkomplizieren. Ein grundsätzlicher Neuanfang könnte ein Aktualisierungsprozess des Budapester Memorandums oder der Charta von Paris auf der Grundlage der Annahme international anerkannter Grenzen der Ukraine aber auch Georgiens und der Republik Moldau sein.

Lukas Werner

Der von allen Seiten ausgehandelte Fahrplan zur Lösung des Ukraine-Konflikts ist das Minsker Abkommen. Dessen Umsetzung sollte oberste Priorität von allen involvierten Parteien sein. Wichtig ist es dabei, mutig den ersten Schritt zu wagen und nicht mit dem erhobenen Finger auf die jeweils andere Seite zu zeigen und diese aufzufordern sich zuerst bewegen. Deutschland sollte sich darum bemühen sowohl die Ukraine als auch Russland bei der Einhaltung ihrer Versprechen zu unterstützen.

Nikolaj Wlassow

„Die Umsetzung der Minsker Abkommen“ als Antwort wird wahrscheinlich höchst banal klingen, ist aber in der Tat eine Art kleinster gemeinsamer Nenner, auf den sich die Parteien einigen könnten.

Doch selbst das Ende des Konflikts im Osten der Ukraine bedeutet noch lange nicht, dass alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten überwunden sind. Es wird dazu beitragen, die Situation zu stabilisieren und eine weitere

Verschlechterung der Beziehungen zu vermeiden, aber mehr nicht. Die Haltungen der beiden Parteien zu einer Reihe von Fragen, von der Eingliederung der Krim bis zur Haftung für den MH17-Absturz, gehen so weit auseinander, dass von einer Annäherung auf mittlere Sicht nicht die Rede sein kann. Um eine der Parteien zu ernsthaften Zugeständnissen zu zwingen, sind radikale politische Veränderungen oder eine kritische globale Bedrohung notwendig. Glücklicherweise ist die zweite Variante äußerst unwahrscheinlich. Die erste sieht zwar auch nicht sehr realistisch aus, zumindest in den kommenden Jahren.

In dieser Hinsicht müsste die Frage etwas anders lauten: Was kann getan werden, um die deutsch-russischen Beziehungen angesichts anhaltender Meinungsverschiedenheiten zur Ukraine-Krise zu stärken? Dass so etwas möglich ist, zeigen die Präzedenzfälle aus der Geschichte. Insbesondere schlossen die Meinungsverschiedenheiten zur Legitimität des Eintritts der baltischen Republiken in die Sowjetunion während des Kalten Krieges die Möglichkeit der „Entspannung“ in anderen Bereichen nicht aus.

Ich glaube, dass zunächst alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens zu treffen sind, einschließlich der Zusammenarbeit an verschiedenen internationalen Problemen, Verhinderung von „Wettrüsten“ jeglicher Form, Verzicht auf aggressive kriegerische Rhetorik seitens der politischen Führung und den staatlich kontrollierten Medien.

Eine vollständige Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zu den Ereignissen in der Ukraine ist, wie die historische Erfahrung zeigt, nur auf lange Sicht möglich.

Denis Wolkow

In jüngster Zeit ist das Interesse an der Ukraine in Russland deutlich zurückgegangen. Waren es im Jahre 2014 bis 65% der Russen, die die Ereignisse im Nachbarland „aufmerksam verfolgten“, sind es heute 31%, also halb so viele. Das ukrainische Thema rückt allmählich an die Peripherie der öffentlichen Aufmerksamkeit. Wichtig ist, dass Russland diesen Konflikt anders wahrnimmt als der Westen oder die Ukraine.

In Russland dominiert die Ansicht, dass es ein Krieg zwischen verschiedenen Kräften innerhalb der Ukraine ist, nicht zwischen Russland und der Ukraine. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es keine russischen Truppen im Donbass gibt, selbst wenn russische Freiwillige dabei sind. Russische und ukrainische Umfragen zeigen also zwei völlig unterschiedliche Auffassungen von dem, was passiert.

Dieser Umstand muss berücksichtigt werden, um die Aussichten auf die Beilegung von Streitigkeiten realistisch beurteilen zu können. Andernfalls ist es unmöglich zu verstehen, warum Putins Politik bei der russischen Bevölkerung große Unterstützung findet. Der Grund dafür ist, dass es nicht als aggressiv empfunden wird, sondern als Schutz in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine. Ob das wirklich stimmt, sei mal dahingestellt, den Faktor der öffentlichen Meinung darf man aber nicht ignorieren.

Marine Woskanjan

Das Hauptproblem wurzelt in einer völlig verschiedenen Perspektive auf die Ursachen des Geschehenen. Die „Krim-Frage“ und

der bewaffnete Konflikt im Donbass werden in Europa ohne Ende diskutiert, wobei die Ursachen der Ukraine-Krise viel weniger beachtet werden. Heute, wo Russland ständig eine angebliche Einmischung in alle europäischen Ereignisse vorgeworfen wird, müssen wir uns daran erinnern, wie groß der Einfluss der EU und der USA auf die ukrainische Politik und den gesamten Coup in Kiew war. Dieser Einfluss war absolut unverdeckt und zielte darauf ab, die Gegner der damals legitimen Macht zu unterstützen. Die europäischen Länder, die diesen Kurs verfolgt haben, müssen auch ihre Verantwortung für alles, was passiert ist, anerkennen, sowie die Tatsache, dass es ihre Handlungen waren, die in Kiew eine Krise provozierten, die dann zu einem Bürgerkrieg wurde. Erst danach begann Russland, Schritte seinerseits zu unternehmen. Bis es soweit ist, gibt es keinen Ausweg aus der Sackgasse der „ukrainischen Frage“.

Gleichzeitig waren sich die USA im Gegensatz zur EU von Anfang an dessen bewusst, was sie in der Ukraine brauchen: einen harten Konflikt mit Russland und die Entstehung eines antirussischen Staates an der Grenze zu Russland. Ein Teil der amerikanischen Eliten ist gar offen für einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine interessiert. All dies widerspricht völlig den Interessen der EU. Brüssel hat jedoch aktiv an der Setzung eines Ultimatums an Kiew mitgewirkt: entweder seid ihr mit Russland oder mit uns.

Womit haben die Europäer gerechnet? Etwa mit einer unblutigen „Samtenen Revolution“, nach der sie das Territorium, den Marktzugang und Arbeitskräfte erhalten?

Wie könnte man eine strategische Blindheit von solcher fantastischen Größe zeigen: gleichzeitig die aktuelle Weltlage, die kulturellen, historischen und nationalen Besonderheiten der Ukraine zu verschätzen, die wahren Absichten

ihres Hauptverbündeten, der USA, nicht zu erkennen und Russlands Reaktion darauf nicht zu berechnen?

In vielerlei Hinsicht liegt der Grund wiederum in den falschen Einschätzungen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation in der Ukraine und in Russland. Der einzige Weg, vernünftige Entscheidungen zu treffen, ist ein angemessenes Verständnis der Ausgangssituation. Es würde mehr Sinn machen, wenn Europa seine Nachbarn realistisch betrachtet und nicht durch das Prisma der „Wertpolitik“, die nur das zeigt, was die Erwartungen erfüllt. Nur auf dieser Grundlage können wir nach einem Weg zum Dialog über die Ukraine-Frage suchen.



Russland und Deutschland deklarierten bis Mitte der 2000er den Wunsch, bilaterale Beziehungen auf einem Fundament gemeinsamer Werte zu bauen. Heute gibt es ernste Unstimmigkeiten in der Wertefrage zwischen Berlin und Moskau. Was bildet den Kern dieser Meinungsverschiedenheiten? Haben die wertebasierten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland eine Zukunft?

Tatjana Chruljowa

In der Tat setzt diese Frage einen alten Streit darüber fort, ob Russland als ein europäisches Land betrachtet werden kann. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise hat die Debatte erneut eskaliert und eine neue Qualität erreicht.

In seiner Kultur und Geschichte ist Russland zweifelsohne ein Teil Europas, und der Werte-Unterschied zwischen unseren Gesellschaften ist nicht so dramatisch, wie es in der letzten Zeit behauptet wird. Die Rhetorik über besondere russische traditionelle Werte ist gekünstelt und verfolgt vor allem das Ziel, eine politische Divergenz zu westlichen Ländern, einschließlich Deutschland, zu rechtfertigen, wofür es vor kurzem überhaupt keine Notwendigkeit gab.

In der Realität entspricht das Leben wenig der manifestierten Ideologie. Russland ist im Großen und Ganzen ein westliches Land: der russische Alltag, insbesondere in den Großstädten, unterscheidet sich kaum von dem deutschen. Natürlich gibt

es gewisse kulturelle Unterschiede, doch selbst Europa ist in dieser Hinsicht alles andere als homogen.

Die Grundsätze, die die russische innenpolitische (und damit auch die außenpolitische) Agenda bestimmen, sind unter dem Einfluss einer Reihe von Faktoren entstanden, die nichts mit der kulturellen und zivilisatorischen Dimension zu tun haben und auch nicht unveränderlich sind. Ist heute der Dialog über die gemeinsamen Werte als Grundlage für die Zusammenarbeit angesichts der angespannten EU-Russland-Beziehungen sinnlos, so heißt das noch lange nicht, dass er nach einer – vielleicht auch längeren – Zeit nicht wieder relevant werden kann. In der Zwischenzeit müssen wir gemeinsame Interessen in verschiedenen Bereichen suchen: von der Wirtschaft und Sicherheit bis hin zu humanitären Beziehungen.

Julius von Freytag-Loringhoven

Konkrete Eigeninteressen mögen manchmal im Konflikt mit Recht und Werten liegen, aber unsere Beziehungen zwischen Deutschland und Russland haben nur eine wirkliche Zukunft wenn sie über Interessen hinausgehen. Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass man gerade konvergierende Interessen hat. Vertrauen entsteht durch erwartbares Handeln gemeinsame Regeln und Werte. Sowohl Russland als auch Deutschland wollen eine stabile Friedensordnung für den gemeinsamen Kontinent und darüber hinaus. Die gemeinsam erarbeiteten Werte und Regeln des Helsinki-Prozesses der Gemeinsamen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind genauso für beide Staaten weiter gültig, wie die Charta der Vereinten Nationen und die gemeinsame Plattform des Europarates. Wir sollten also versuchen nicht das Rad neu zu erfinden,

sondern die gemeinsamen Institutionen mit neuem Leben zu füllen.

Ann-Sophie Gast

Ich zweifle daran, dass es jemals eine wertebasierte Zusammenarbeit gegeben hat. Das ist aber nicht weiter schlimm, denn so lange zwei Länder starke gemeinsame Interessen verfolgen, ist eine gute Zusammenarbeit trotzdem möglich. Für eine Zukunft nach Lösung des Ukraine Konflikts sehe ich vor allem folgende gemeinsame Interessen: wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gaslieferungen, Stabilität in der gemeinsamen Nachbarschaft (Östliche Nachbarschaft der EU, westliche Nachbarschaft Russlands) und den Kampf gegen den Terrorismus. Nach den vergangenen drei Jahren muss in erster Linie wieder Vertrauen aufgebaut werden. Auf deutscher Seite haben Russlands Vorgehen in der Ukraine, die Annexion der Krim, anti-deutsche Propaganda im Fernsehen (Lisa-Fall, zur Flüchtlingskrise etc.) und Gerüchte über russische Trollfirmen, die die öffentliche Meinung über soziale Medien manipulieren, für große Unsicherheit und Misstrauen gesorgt. Diese Gräben sind nicht nur mit einem Waffenstillstand und einem Abzug der Söldner in der Ukraine zu beheben, sondern werden jahrelange Arbeit erfordern. Auch das Russlandbild innerhalb der deutschen Bevölkerung, das im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern immer relativ positiv war, hat sich gewandelt. Hier ist nicht nur die Politik, sondern vor allem auch ein zivilgesellschaftlicher Austausch gefragt.

Was die EU-Ebene angeht, so denke ich, dass die Mitgliedsstaaten der EU verstehen müssen, dass ihre Kommunikation Russland gegenüber bezüglich der europäischen Ostpolitik (EU Osterweiterung, Eastern Partnership,

Assoziierungsabkommen etc.) schlecht war. Auch wenn es keinem Staat zusteht, geopolitische Ansprüche auf andere Staaten zu erheben, so ist es doch verständlich, dass sich die russische Führung von dem Vorgehen der EU vor den Kopf gestoßen gefühlt hat. In Zukunft ist insofern bessere Kommunikation und Abstimmung der Politik in der gemeinsamen Nachbarschaft notwendig. Für die Zeit nach Lösung des Ukraine Konflikts ist z.B. ein interinstitutioneller Dialog zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion denkbar, auch in Anerkennung der Legitimität dieser von Russland initiierten Regionalorganisation. Des Weiteren hat die russische Führung schon mehrmals den Wunsch nach einem gemeinsamen Sicherheitskonzept und engerer Zusammenarbeit geäußert. Obwohl eine Abschaffung der NATO gänzlich unrealistisch ist, macht eine Ausweitung der sicherheitspolitischen Kooperation mit Russland und das Suchen neuer Kooperationsformate durchaus Sinn, gerade im Anbetracht der heutigen globalen Bedrohungs- und Sicherheitslage.

Igor Gretzkij

Die rhetorischen Diskrepanzen sind nichts Neues für die deutsch-russischen Beziehungen. Ihre Atmosphäre hat sich während der „Perestroika“ wesentlich verbessert. Michail Gorbatschow sah einen zuverlässigen Partner in Deutschland und meinte, die Sowjetunion sei zu einer engen Beziehung mit Deutschland prädestiniert. Die Sympathie war gegenseitig. In der BRD wurde Gorbatschow als fortschrittlich gesinnter sowjetischer Führer einer neuen Generation wahrgenommen, der die Breschnew-Doktrin aufgegeben hatte und eine Reformpolitik verkündete, eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa vorschlug und versuchte, die sowjetische Gesellschaft zu demokratisieren.

Der Bundeskanzler Kohl unterstützte Gorbatschows Vorhaben uneingeschränkt, verstand aber, dass nicht alle führenden Eliten der UdSSR diese Ansichten begrüßten. Traditionell spielten das Militär und die Sicherheitsdienste eine bedeutende Rolle in der sowjetischen Politik. Deshalb fürchtete der deutsche Kanzler nicht ohne Grund, dass sich in der UdSSR möglicherweise „Bonapartismus“ etablieren wird, sollte die „Perestroika“ jetzt plötzlich scheitern. Als der demokratische Wandel in Russland Ende der 90er Jahre ins Stocken kam, sank ebenfalls die Dynamik der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland.

Der Machtantritt von Wladimir Putin schien den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zunächst neue Impulse zu geben. Der russische Präsident sprach fließend Deutsch, hatte eine Arbeitserfahrung in der DDR und wurde 2001 nach seiner Rede im Bundestag vom Publikum bejubelt. Moskau manifestierte den Wunsch nach einer Fortsetzung der marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen und einer engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und ihrem Schlüsselmitglied Deutschland.

In seinem Streben danach, ein vollwertiges Mitglied der europäischen Familie konsolidierter Demokratien zu werden, klammerte Russland jedoch die Reformen im Bereich der zivilgesellschaftlichen Institutionen aus. Putin war der Meinung, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland auf der Formel „Deutsche Technologien gegen russische Naturressourcen“ basieren sollten. Die Modernisierung war daher nur im Bereich der Wirtschaft wünschenswert, aber nicht der Politik. Das spiegelte sich insbesondere in der wesentlichen Verschärfung des gesetzlichen Rahmens für die Aktivitäten ausländischer NGOs auf

dem Territorium Russlands wider, was Deutschland einen Anlass zur Sorge gab. Und obwohl es bis 2014 keine kritischen Meinungsverschiedenheiten in der bilateralen Agenda zwischen Russland und Deutschland gab, häuften sich Diskrepanzen nach und nach an. Dennoch wurden die Beziehungen zwischen den Ländern bis 2008 von beiden Staatschefs als eine „strategische Partnerschaft“ bezeichnet. Interessanterweise benutzte Präsident Putin diesen Begriff damals häufiger als Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Wertedebatte ließ diese ganze Zeit nicht nach: Gibt es eine axiologische Grundlage für die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland? Meiner Meinung nach ist dieses Thema extrem wichtig. Es geht ja nicht darum, mit Schaum vor dem Mund um die Bedeutung einzelner Werte zu streiten, sondern darum, die Grenzen des Zulässigen und Inakzeptablen in den Beziehungen zu definieren. Hier könnte die noch von der UdSSR unterzeichnete Pariser Charta der OSZE von Nutzen sein. Um aber zu seinen Prinzipien zurückzukehren, sind tiefgreifende innere Veränderungen in Russland notwendig. Und ich glaube, dass dies eine Frage der Zeit ist. Der Unterzeichnung der Charta gingen genau zehn Jahre rückläufiger Ölpreise und Turbulenzen in der sowjetischen Wirtschaft voraus. Da Russland heute stärker in die Weltwirtschaft integriert ist als die Sowjetunion und immer noch beträchtliche Gold- und Währungsreserven hat, kann diese Entwicklung mehr Zeit in Anspruch nehmen. Ich würde mir die Annahme erlauben, dass Russland zu den zehn Prinzipien der Charta von Paris zurückkehren wird, sobald die nächste Generation auf die politische Bühne tritt.

Es ist ziemlich offensichtlich, dass unter der gegenwärtigen Führung die Beziehungen

zwischen Russland und der EU nie über die Aufrechterhaltung bestehender Kontakte und begrenzte Zusammenarbeit gehen werden. Ich würde sagen, dass heute die Bereitschaft des Kremls, die Beziehungen zu normalisieren, ungefähr so groß ist wie 1980 die Wahrscheinlichkeit, dass Breschnew die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzieht, also fast gleich Null. Nach der Annexion der Krim, dem Boeing-Abschuss und dem Krieg im Donbass hat Kreml fast kein Freiraum für politische Manöver mehr.

Fjodor Lukjanow

Meiner Meinung nach besteht die Idee von gemeinsamen europäischen Werten, wie sie in den 2000er Jahren interpretiert wurde, nicht mehr, und nicht nur im Rahmen der Russland-EU-Beziehungen, denn sie erlebt auch in Europa einen Wandel.

Dieser Prozess wird stark von der Migration und den damit verbundenen Problemen bei der Integration von Menschen einer anderen Kultur beeinflusst. Vor diesem Hintergrund hätten die gemeinsamen europäischen Werte gestärkt werden müssen, jedoch sehen wir, dass die Reaktion der EU-Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ist. Das ist eine ernsthafte Herausforderung für die universelle gesamteuropäische Idee.

Darüber hinaus waren diese Werte immer eng mit transatlantischen Ideen verbunden. Heute beobachten wir aber tiefgreifende Veränderungen ohne klaren Ausgang auch in dieser Richtung. Und es kommt nicht einmal auf die Politik von Donald Trump an, es ist die Entwicklung, die auf den beiden Ufern der Atlantik immer weiter auseinander läuft.

Der dritte Faktor ist ebenfalls sehr signifikant. Russland (Sowjetunion in ihren späten Jahren einbegriffen) versuchte in gutem Glauben, allgemeineuropäische Werte wahrzunehmen. Sie waren aber in erster Linie ein Produkt der Expansion des Westens jenseits seiner klassischen Zone, die nach dem Ende des Kalten Krieges möglich wurde. Die Ukraine-Krise und viele andere Probleme hängen zum Teil damit zusammen, dass der Westen eine unerwartete Möglichkeit sah, sich in alle Richtungen dramatisch auszudehnen.

Eine Zeit lang lief diese Politik erfolgreich, stieß dann auf unlösbare, insbesondere geopolitische Probleme. Meiner Meinung nach hat man heute in Europa erkannt, dass es jetzt wichtiger ist, sich auf interne Probleme zu konzentrieren, so dass eine solche Ausweitung in absehbarer Zukunft nicht mehr als Ziel gesetzt werden kann. Als Resultat hat die Ideologie des „allgemein gültigen Europäismus“ deutlich nachgelassen und gegebenenfalls einem stärkeren Pragmatismus Platz gemacht, der allerdings auch, wie wir beobachten können, sich nur mit Mühen durchschlägt.

Sergej Markedonow

Das Thema der Werte im deutsch-russischen Dialog stand nur dann auf der Agenda, als Russland versuchte, sich als Teil der westlichen Welt an den Prozessen der gesamteuropäischen Sicherheit zu beteiligen. Es scheint mir, dass diese Dimension in unserem Land grundsätzlich sehr skeptisch betrachtet wird.

Das hat vor allem historische Gründe. In der Sowjetunion gerieten die kommunistischen Werte in einen ernsthaften Widerspruch zur alltäglichen Praxis, was Zynismus und

Doppelmoral zur Folge hatte. Sogar diejenigen, die über solche Themen nicht reflektieren, versuchen instinktiv, davon wegzukommen, da die Werte oft nicht mit der Realität übereinstimmen.

Darüber hinaus kooperieren die westlichen Staaten trotz aller Vorwürfe gegen Russland sehr erfolgreich mit vielen autoritären Ländern. Die EU stellt ja die Energiebeziehungen mit Aserbaidschan oder Turkmenistan nicht mit der Begründung ein, dass ihre Regimes autoritär sind. So hat die Bundesregierung bei dem ganzen Bekenntnis Berlins zu europäischen Werten mehrmals Absprachen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan getroffen, dessen Regime kaum als demokratisch bezeichnet werden kann. Zweifellos geht eine solche Politik aus Erwägungen der Realpolitik hervor.

In der Folge wird in Russland die Frage der Werte oft als vorgeschoben und gekünstelt betrachtet, ganz zu schweigen von der russischen Regierung, die sie nur noch als ein Instrument sieht, das die uneingeschränkte Kooperation zurückhält.

Stefan Meister

Ich sehe vor allem eine interessenbasierte Zukunft in den Beziehungen, da sich Russland nicht zu einer Demokratie und einem Rechtsstaat entwickelt, sondern immer stärker zu einem autoritären Staat. Russland ist nicht so und wird auch nicht so sein, wie viele in Deutschland sich das nach dem Ende des Kalten Krieges erhofft hatten und das muss akzeptiert werden. Trotzdem gibt es Überschneidungen bei bestimmten Grundrechten und Freiheiten, aber in der aktuellen Situation ohne jegliches Vertrauen und

mit unterschiedlichen Vorstellungen über internationales Recht und internationale Institutionen sehe ich vor allem Co-Existenz als realistisch in den Beziehungen, basierend auf Interessen und einem Netzwerk von Institutionen und Kommunikationskanälen.

Irene Österle

Die Frage nach gemeinsamen Werten birgt enormes Konfliktpotenzial. Erstens, weil die Liste der Werte lang werden kann. Und je länger sie wird, desto kleiner die Chance, sich auf alle einigen zu können. Zweitens, weil ein moralischer Aspekt hineingebracht wird, der bei Verletzung des angeblichen gemeinsamen Wertekanons den Konflikt auf eine emotionale Ebene hebt. So wird die Lösung des Konflikts erschwert. Schon innerhalb einer Familie können Meinungen über Werte weit auseinandergehen. Und das, obwohl die Familienmitglieder in der Regel das gleiche soziale Umfeld und eine ähnliche Erziehung teilen. Zwei Nationen auf einem Fundament gemeinsamer Werte einander näher bringen zu wollen, erscheint noch schwieriger.

Vielleicht muss man dem Wunsch der 2000er Jahre eine Sichtweise hinzufügen, die der Enttäuschung über die aktuellen Unstimmigkeiten die Emotion nehmen könnte: Deutschland und Russland haben erst begonnen, wirklich einander kennenzulernen und einen gemeinsamen Wertekanon zu definieren. Dazu haben in der Vergangenheit zahlreiche Institutionen und Programme beigetragen. Es gibt den Jugendaustausch, den wissenschaftlichen Austausch oder den Austausch auf parlamentarischer Ebene. All dies hilft dabei, einander besser zu verstehen. Und diese Programme sind auch zukünftig dringend notwendig.

Man muss sich nicht immer einig sein, um sich als Partner bezeichnen zu können. Manchmal ist es hilfreicher, unterschiedliche Perspektiven stehen zu lassen und dem anderen die Bewertung zu überlassen. Bei dem Projekt eines gemeinsamen Geschichtsbuches der Deutsch-Russischen Historikerkommission war dies möglich: Konnten sich deutsche und russische Historiker nicht auf eine Perspektive einigen, wurden beide Sichtweisen nebeneinander abgedruckt. Diese wissenschaftliche und im Ergebnis nicht emotional aufgeladene Herangehensweise könnte beispielhaft für die weitere deutsch-russische Zusammenarbeit werden. Denn sie erkennt an, dass das Gegenüber eine andere Meinung und eine andere Sichtweise hat. Und Anerkennung ist Dreh- und Angelpunkt einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Sarah Pagung

Es geht hier nicht um Deutschland, sondern eher um die Europäische Union im Allgemeinen. Aus meiner Sicht liegt das größte Missverständnis im Ansatz zu den gemeinsamen Nachbarn Russlands und der EU. Moskau sieht sie als ihre privilegierte Einflussosphäre, während die Europäische Union sie als souveräne Staaten betrachtet. Genau aus diesem Grund kann Europa diese Staaten nicht als Verhandlungsmasse in Gesprächen mit Russland nutzen. Das ist meiner Meinung nach das Hauptproblem.

Der in den 90er Jahren auf Fragen der Demokratie und Menschenrechte konzentrierte Konflikt wurde daher auch auf prinzipielle Fragen des europäischen Systems übertragen. Als Beispiel ist hier Dmitri Medwedjews Vorschlag zur neuen Sicherheitsordnung in Europa von 2008 zu nennen. Russland strebt also ein neues Abkommen an, während

die EU sich an das alte halten möchte. Derzeit ist das Ziel, ein modus operandi oder Prinzipien eines friedlichen Zusammenseins auszuarbeiten, alle anderen Varianten, ein langfristiger modus vivendi, werden viel mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Iwan Preobraschenskij

Bis Mitte der 2000er Jahre manifestierte Russland, dass es sich an gemeinsame europäische Werte hält. Bei jeglichen Unstimmigkeiten ging es nur um ihre „russische Fassung“. Mit dem Anwachsen der Widersprüche wandte sich die Regierung jedoch zunehmend gewissen „traditionellen Werten“ zu, die von Anfang an den „universellen Werten“ entsprechen – einer universellen Kategorie also, die nicht an Europa gebunden ist. Die Staatsführung, die schon früher die Sprache der Realpolitik sowie die der politischen und wirtschaftlichen Interessen im Dialog mit den ausländischen Partnern bevorzugte, gab die Wertediskussion vollständig auf und konstatierte einen grundlegenden Dissens in dieser Frage.

Die europäischen Partner nahmen dementsprechend fast die gleiche Haltung. Dabei sind die Unterschiede zwischen Russland und Deutschland heute kaum schwerwiegender als etwa zwischen den Deutschen und den Ungarn. Die Europäische Union spricht heute nicht mehr dieselbe Wertesprache, was unter anderem die vergleichende Europäische Sozialstudie zeigt.

Bei einer Feststellung, dass die Werte-Diskrepanz nicht so groß ist, wie sie empfunden wird oder wie die russischen und deutschen Regierungen es deklarieren, darf man jedoch nicht vergessen, dass das grundlegende Problem nicht

in mangelnden gemeinsamen Werten liegt, sondern im unterschiedlichen Ansatz zum Dialog.

Die russische Seite schlägt vor, das Gespräch wie früher in der Sprache der Interessen zu führen. Die Europäer sind dagegen bereit, nur eine kleine Reihe von Fragen auf diese Weise zu besprechen, und erklären dabei viele Themen, darunter auch die russischen Gebietsansprüche oder die Forderung nach gleichberechtigter wirtschaftlicher Kooperation, als indiskutabel. Ein solches Format kann natürlich nicht als produktiv betrachtet werden, da es nur ein System von Ad-Hoc-Vereinbarungen ist, das in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Wiederherstellung oder Neubildung langfristiger Partnerschaftsbeziehungen führen kann.

Hauke Ritz

Das Problem ist, dass die westliche Welt und ganz besonders die Europäische Union keine klare Vorstellung von ihren Werten hat. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Man beruft sich in den Kreisen der Europäischen Union nur allzu gerne auf das Erbe der europäischen Aufklärung. Doch die Werte – die dann auf Basis dieses historischen Bezuges propagiert werden – sind oft gar nicht die Werte der Aufklärung. In vielen Fällen handelt es sich dabei dann eher um die Werte der 68er Bewegung und der Postmoderne. Der Bezug auf die Aufklärung wird im heutigen Westen wie ein leeres Schlagwort verwendet, das meist dazu dient, den Individualismus und die sexuelle Revolution von den 1960er Jahren bis heute ideengeschichtlich aufzuwerten.

Würde man sich wirklich auf die Werte der Aufklärung beziehen, so müsste man

eine Reihe von Positionen klären. Zunächst: Auf welche Strömung innerhalb der Aufklärungsphilosophie will man sich denn stützen? Meint man die britische und die französische Aufklärung, die sehr kritisch gegenüber dem Christentum war? Oder bezieht man auch die Philosophie des deutschen Idealismus als Teil der Aufklärung mit ein, die teilweise versucht hat, die christliche Lehre in Philosophie zu übersetzen? Damit verbunden ist die Frage, welches Gesellschaftskonzept hinter dem Bezug auf die Menschenrechte eigentlich steht? Steht dahinter das Konzept einer atomisierten und fragmentierten Gesellschaft? Einer Gesellschaft, in der zwar jeder Einzelne formal frei ist, welche aber letztlich durch die voranschreitende Individualisierung doch den kulturellen Boden verloren hat, auf dem diese Gesellschaft als Ganzes ihre Freiheit gewinnen und ausüben könnte? Oder versucht man dieses Problem zu lösen, indem man den Bezug auf die Menschenrechte durch eine geschichtsphilosophische Perspektive ergänzt? In diesem Fall böte sich in der Tat die Philosophie des deutschen Idealismus als Referenzpunkt an. Dies würde es auch ermöglichen, die Wertedebatte in der Europäischen Union so zu verändern, dass eine Brücke nach Russland geschlagen werden könnte, wo eben diese geschichtsphilosophische Dimension der Aufklärungsphilosophie sowohl vor als auch nach der Revolution einen sehr großen Einfluss gewonnen hatte.

Jekaterina Timoschenkowa

Ich glaube, jeder erinnert sich an die berühmte Aussage von Angela Merkel, Wladimir Putin lebe in einer anderen Welt. Viele haben sich damals gefragt, was die Kanzlerin meinte. Die meisten glaubten, dass der russische Präsident nicht

im 21. Jahrhundert, sondern im 20. oder 19. Jahrhundert lebt, da er in Begriffen der Realpolitik denkt.

Die offizielle Position der EU-Staatschefs ist, dass die moderne Politik auf gemeinsamen europäischen Werten basieren sollte, die wiederum in dem sehr weit ausgelegten Begriff der Freiheit wurzeln. Im russischen politischen und Experten-Milieu hat sich die Meinung durchgesetzt, dass der Westen seine politischen und wirtschaftlichen Interessen häufig hinter einer Werte-Rhetorik versteckt. Das Thema Doppelmoral steht schon seit Jahren auf der Agenda und resultiert im wachsenden gegenseitigen Misstrauen und Enttäuschung.

Deswegen scheint es mir der Widerspruch zwischen der postmodernen Philosophie des 21. Jahrhunderts und der Ideologie der traditionellen Werte zu sein, der übrigens einer der Hauptkonflikte unserer Zeit ist.

Falk Tischendorf

Ich habe an einigen dieser Diskussionsrunden zum Thema „Fundament gemeinsamer Werte“ teilnehmen dürfen und mich dabei immer häufiger gefragt, woher dieser Drang nach der mitunter schon inflationär wirkenden Wertediskussion kommt und vor allem, was wir damit eigentlich erreichen wollen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich bin fest davon überzeugt, dass alle Menschen starke, wenn vielleicht auch sehr unterschiedliche Wertebindungen haben. Ja, und über Werte lässt sich viel reden. Werte sind etwas Faszinierendes und jeder kennt sich damit aus. Wir berufen uns ständig auf unsere Werte. Aber seien wir einmal ehrlich zu uns: Was sind Werte eigentlich und kann

man ein „Fundament gemeinsamer Werte“ erschaffen, das dann „wertebasierte Beziehungen zwischen Deutschland und Russland“ begründet?

Sind Werte nicht etwas, das uns subjektiv evident ist, etwas, das uns manchmal sagen lässt: „Hier stehe ich und kann nicht anders?“ Wenn es tatsächlich so ist, und wir unsere Wertebindungen in einem subjektiven und langen Lernprozess unter Wahrnehmung unserer Umwelt in uns aufbauen und uns zu ihnen bekennen, dann kann eine Wertevermittlung, wenn eine solche überhaupt möglich ist, doch auch nur zwischen Menschen, aber niemals zwischen Staaten stattfinden. Deshalb sollten wir alle sehr darauf achten, dass wir nicht unsere politischen Überzeugungen in eine Wertediskussion verpacken, die wir uns dann in Form einer Moralpredigt gegenseitig zuwerfen, um damit im Zweifel bestimmte Interessen durchzusetzen. Das würde jede Wertediskussion gefährlich machen.

Im Übrigen glaube ich, dass Deutsche und Russen, insbesondere die jüngeren Generationen in ihren Wertebindungen gar nicht so weit auseinanderliegen, wie viele Diskussionen dies manchmal vermuten lassen. Wir sollten also darauf achten, dass dieser Prozess, der alltäglich in gemeinsamen deutsch-russischen Projekten, in Unternehmen aber auch im ganz einfachen Miteinander lebt und sich entwickelt, nicht durch schwergewichtige und fundamentale Wertediskussionen schlichtweg in das gesuchte „Fundament der gemeinsamen Werte“ einbetoniert wird.

Dmitrij Trawin

Russland macht es immer öfter deutlich, dass die gemeinsamen europäischen

Werte für den russischen Staat nicht mehr bedeutsam sind, obwohl das natürlich keine radikale Abkehr ist. So sind zum Beispiel die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte immer noch verbindlich für Russland. Manchmal erfüllen wir sie, manchmal verzichten wir darauf, aber zumindest verlassen wir dieses System nicht.

Nichtsdestoweniger manifestiert Russland, dass es andere Werte in Bezug auf einige grundlegende Aspekte hat, und die Geschichte mit der Krim passt gerade in diese Logik. Der Westen besteht darauf, dass die abgestimmten Grenzen nicht geändert werden dürfen, weil jede Gewaltaktion die europäische Sicherheit untergräbt. Diese Regel wurde 1975 durch die Schlussakte von Helsinki festgelegt, die unter anderem auch die Sowjetunion unterzeichnete. Natürlich war die Grenze zwischen Russland und der Ukraine nicht der Gegenstand dieser Schlussakte, weil sie damals Teile eines Staates waren. Nach ihrem Sinn impliziert die Helsinki-Schlussakte jedoch, dass nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Grundsätze über die Unzulässigkeit willkürlicher Grenzänderungen in Kraft blieben.

Die russische Seite hat jetzt eine andere Position: Die Bewohner der Krim wollen Staatsbürger Russlands sein, und deshalb wurde dort ein Referendum abgehalten. Natürlich kann man seine Legitimität anzweifeln, wenn wir aber die Situation informell beurteilen, dann gibt es allen Grund zu der Annahme, dass die Krim-Bewohner auch bei der legitimsten Volksabstimmung sich für Russland ausgesprochen hätten. Aus der Sicht Moskaus bedeutet eine solche Selbstbestimmung, dass dieses Territorium angegliedert werden kann.

Wie die jüngsten Ereignisse in Spanien zeigen, ist diese Logik den westlichen Demokratien fremd. Katalonien versucht,

sein Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen, aber seine Bestrebungen werden weder von der spanischen Regierung noch von der EU-Führung unterstützt. Insofern gehen unsere Werte sehr weit auseinander.

Ich möchte hier betonen, dass wir über die von den politischen Eliten manifestierten Werte sprechen. Es ist möglich, dass unter einem anderen politischen Regime die russischen Staatsbürger die Angliederung der Krim nicht unterstützen würden, oder, genauer gesagt, dass dieses Szenario gar nicht zustande gekommen wäre. Streng genommen, war dieses Problem bis März 2014 eher marginal – keine einzige politische Kraft in Russland setzte sich für die Wiedereingliederung der Krim ein.

In dieser Hinsicht fällt Russland also für lange Zeit aus den gemeinsamen europäischen Werten heraus. Im politischen System nach Putin wird dieses Thema wahrscheinlich wieder relevant und ich denke, dass Russland dann in Richtung Europa gehen wird. Höchstwahrscheinlich sind aber solche Änderungen in kurzer Zeit nicht zu erwarten.

Edwin Warkentin

Die Absicht bilaterale Beziehungen zu unterhalten ist neutral betrachtet das übliche Werk der Diplomatie. Der Entschluss zu einem gemeinsamen wertebasierten Koordinatensystem des deutsch-russischen Verhältnisses wurde zu seiner Zeit durch den Geist der Stunde getroffen. So haben die heutigen Enttäuschungen wahrscheinlich damit zu tun, dass diesem Beschluss kein Debattenprozess vorangestellt wurde und diese Erklärung keinerlei der völkerrechtlichen Verpflichtung unterlag. Auch in der Öffentlichkeit wurden überspannte Erwartungen oder Fehleinschätzungen

erzeugt. Ursprünglich hatte diese Initiative das gemeinsame Ziel der Modernisierung Russlands und keine geopolitische Achsenbildung. Auch verfolgte die deutsche Regierung diese Modernisierungspartnerschaft nicht aus einer Motivation Russland durch Umgestaltung gefügig zu machen und es zu entmündigen. Es bestand die ernste Absicht Russland marktwirtschaftlich zu stabilisieren um es konkurrenzfähig zu machen sowie es volkswirtschaftlich in die Lage zu bringen gemeinwohlorientiert zu gestalten. Im Ergebnis erhofften sich Deutschland und die EU von Russland einen stabilen und krisensicheren Nachbarn. Diese Modernisierung kann jedoch nur dann funktionieren, wenn bestimmte demokratische Grundvoraussetzungen vorherrschen. Diese Grundvoraussetzungen – man kann sie auch Spielregeln nennen – sind unter dem Begriff Werte zu verstehen.

Aus meiner Sicht ist der Kern der aktuellen Meinungsverschiedenheiten in der unterschiedlichen Grunddefinition der politischen Kultur und der Legitimation staatlichen Handelns zu suchen. In der Vorstellung wie die internationale Anerkennung zustande kommt, unterscheiden sich unsere Staaten immens. Ebenso unterschiedlich wird das Verhältnis zwischen Staat und Individuum praktiziert. Die westliche politische Kultur und ganz besonders die deutsche Kultur leben von Prozessen der Konsensfindung in politischen Fragen und Legitimierung des politischen Handelns.

Es muss stark hinterfragt werden, ob die jeweiligen staatlichen und politischen Traditionen eine Grundvoraussetzung für ein gemeinsames wertebasiertes Handeln zukünftig überhaupt ermöglichen. Die Gesellschaft der Russischen Föderation soll für sich entscheiden, wie die

Modernisierung ihres Landes gestaltet werden soll. Sollte ein Konsens darüber gefunden werden, der womöglich auch mit der westlichen Auffassung übereinstimmt, dann hat die Europäische Union und darin vor allem Deutschland die Kapazitäten diesen Prozess partnerschaftlich zu begleiten. Das Gerüst für eine zukünftige wertebasierte Partnerschaft ist mit Nachbarschaftspolitik der EU definiert. Aus meiner Sicht können besondere bilaterale partnerschaftliche Beziehungen mit Russland nach den Entwicklungen der letzten zehn Jahre nur im gesamteuropäischen Kontext betrieben werden.

Lukas Werner

Seitdem Peter der Große im 18. Jahrhundert das Tor zum Westen aufgestoßen hat, befindet sich Russland im ewigen Zwiespalt zwischen Ost und West. Das Ringen um die eigene Identität und damit ist die Frage verbunden, welcher Wertegemeinschaft man angehören will, ist somit kein besonders neues Phänomen. Es handelt sich aber um ein Phänomen, das in den letzten Jahren eine Periode beschleunigten Wandels durchlebt hat. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat man sich deutlich gen Westen orientiert. Allerdings haben zu schnelle und radikale kapitalistische Reformen leider nur einige wenige Russinnen und Russen sehr reich gemacht, während der Großteil der Bevölkerung extreme Instabilität und Unsicherheit erfahren hat und um seine Existenz fürchten musste. Europa und der Westen haben Russland zudem nie ein aufrichtiges und umfassendes Integrationsangebot unterbreitet, durch welches Russland als gleichwertiger Partner in die westlichen Gemeinschaften mitaufgenommen worden wäre. So findet zurzeit in Russland wieder eine Rückbesinnung auf konservative und orthodoxe Werte statt. Außenpolitisch

sind die „Vektoren“, wie es die russische Regierung gerne bezeichnet, nun wieder stärker gen Osten gerichtet.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass die Konstruktion einer gemeinsamen Wertarchitektur nur auf einem Fundament aus politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Verbindungen gebaut werden kann. Gemeinsame Werte können nur durch Austausch entstehen; durch den Wettbewerb der Ideen und durch Freiheiten, die dem Individuum gewährt werden, sich frei zu entfalten und zu artikulieren. Wie Berthold Brecht jedoch sagte, kommt erst das Fressen, dann die Moral. Wenn in vielen Teilen Russlands es den Menschen immer noch an existentiellen Grundbedürfnissen, wie ausreichend medizinischer Versorgung mangelt, macht man sich nicht Gedanken über abstrakte Konzepte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wie auch das Friedens- und Werteprojekt der Europäischen Union ihre Anfänge in der wirtschaftlichen Verflechtung hatte, so könnten auch die deutsch-russischen Beziehungen durch verstärkten wirtschaftlichen und politischen Austausch wieder belebt werden und sich schließlich auch die Basis für gemeinsame Werte aufbauen.

Nikolaj Wlassow

Tatsächlich spielten im russischen politischen Diskurs der 90er und frühen 2000er Jahre „allgemein menschliche“ Werte (manchmal auch als „gesamteuropäisch“ bezeichnet) eine wichtige Rolle. Heute ist es in Russland immer öfter von „traditionellen“ Werten die Rede, als Gegengewicht zu „westlichen“ Werten. Wenn aber in Deutschland dieser Prozess als Abkehr von „europäischen Werten“ gesehen wird, behauptet die russische Seite, sie sei der Hüter des Wertesystems

der europäischen Moderne, während der „postmoderne Westen“ seine Wurzeln aufgegeben hat.

Solcher Appell der russischen Führung an „traditionelle“ Werte ist in erster Linie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Idee eines besonderen historischen Weges Russlands zu rechtfertigen, der in vielerlei Hinsicht besser ist und von der Entwicklung westeuropäischer Staaten abweicht. Diese Idee findet großen Anklang in der Öffentlichkeit. „Traditionelle“ Werte sind tief in der russischen Gesellschaft verankert, so dass ein Wandel des Wertesystems selbst mit dem entsprechenden politischen Willen ein langer und komplexer Prozess wäre.

Bei all den offensichtlichen Unterschieden kann man jedoch nicht übersehen, dass die Wertesysteme der russischen und westeuropäischen Gesellschaften immer noch viel Gemeinsames haben. Dies ist nicht überraschend, da Russland ein Teil der europäischen Zivilisation ist. Mehr noch, bestimmte Werte, die als „westlich“ bezeichnet werden, hat sich die russische Öffentlichkeit im letzten Vierteljahrhundert erfolgreich angeeignet, zum Beispiel den Respekt für Privateigentum.

In diesem Zusammenhang hat das auf gemeinsamen Werten aufbauende Modell der deutsch-russischen Beziehungen zweifellos eine Zukunft. Man sollte sich lediglich keine Illusionen darüber machen, dass die Werte mit einer einfachen politischen Entscheidung völlig identisch gemacht werden können.

Denis Wolkow

Ich glaube, dass das Problem nicht in den Werten an sich liegt, sondern in der unterschiedlichen Auffassung von

sicherheitsrelevanten Fragen. Die russische Führung blieb aus dem Grunde nicht von den Ereignissen in der Ukraine fern, weil Russland ihre engen Beziehungen mit der EU und der NATO als Bedrohung wahrnahm. Die Mehrheit der russischen Öffentlichkeit teilte diese Auffassung, was sich in den Umfragen widerspiegelte. Der Westen verstand das entweder nicht oder winkte das einfach ab, obwohl Moskau schon im Fall Georgien zum Ausdruck gebracht hatte, dass es zu einem offenen militärischen Konflikt bereit ist, wenn der Kreml die Interessen und Sicherheit Russlands bedroht sieht.

Es ist wichtig zu verstehen, worauf genau die russische Führung reagierte. Heute interpretieren viele die Handlungen Russlands in der Ukraine als einen Wunsch der Regierung, bei dem Volk durch patriotische Gefühle zu punkten. Es scheint mir aber, dass die zugenommene Popularität des Präsidenten ein Nebenprodukt bei der Lösung von Sicherheitsproblemen war. Am meisten war Moskau doch von der möglichen Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, also von der Gefährdung für die russische Flotte in Sewastopol besorgt. Die unterschiedlichen Wertauffassungen spielen in unseren Meinungsverschiedenheiten meines Erachtens eine untergeordnete Rolle.

Es ist ziemlich schwierig, eindeutig zu bestimmen, inwieweit überhaupt die gemeinsamen europäischen Werte den Russen nahe liegen. Natürlich, wenn wir die Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten als Beispiel nehmen, so ist in Russland der Grad der Homophobie viel höher als in westlichen Ländern. Aber im Alltag, im Familienleben sowie auch in den Sexualpraktiken gibt es fast keinen Unterschied zwischen uns. Die Veränderungen in Russland waren einfach so schnell, dass wir manchmal gar nicht bereit sind, sie anzuerkennen.

Marine Woskanjan

Die Werte der EU sind, ob es uns gefällt oder nicht, Produkt der europäischen Zivilisation mit ihrer eigenen Geschichte, kulturellen, religiösen und nationalen Erfahrungen. Inwieweit universell sie sein können, steht offen. Wenn die EU darüber hinaus auf der Allgemeingültigkeit ihrer Werte-Matrix besteht und diese weiter zu verbreiten sucht, darunter auch in den Nachbarländern in Eurasien, muss sie sich im Klaren sein, dass es einen „Werte-Gegendruck“ verursachen wird, auch wenn das zunächst nicht die Absicht war.

Genau das war in Russland passiert. Der Übergang zu einem „Werte-Druck“ seitens der EU einschließlich Deutschland zwang den Staat, ein eigenes Wertesystem in der Öffentlichkeit, in den Medien sowie in der Diplomatie zu formulieren und zu aktualisieren.

Der Kampf der Ideen ist im Großen und Ganzen ein ewiges Phänomen, dabei ist das wirklich ein „Kampf“. Jeder Staat, der die Werte zur leitenden Idee erklärt, steigt in den Konkurrenzkampf um die Weltanschauung eigener und ausländischer Bürger ein und muss bereit sein, sich als Teilnehmer dieses Kampfes anzuerkennen.

Es ist ziemlich seltsam, an einer solchen Konfrontation teilzunehmen und gleichzeitig der anderen Partei vorzuwerfen, „Einfluss zu nehmen“, „einzugreifen“, „Werte zu untergraben“ usw. Im Zeitalter der Digitalisierung wird mit den modernen Technologien der Informationsverbreitung jeder jeden über das Internet und soziale Netzwerke beeinflussen können.

Dabei ist eine völlige Übereinstimmung der Werte nicht erforderlich, um gutnachbarliche und partnerschaftliche Beziehungen

aufzubauen. Gegenseitiger Respekt und vernünftiges Verständnis für die eigenen Interessen und die Interessen anderer reichen vollkommen aus. Die Idee, dass Werteunterschiede die Kernfrage beim Aufbau von Beziehungen zwischen Ländern sein sollten, ist extrem „konfliktgeladen“, da sie eine permanente Spannung bei der Bestimmung dessen voraussetzt, wessen Werte richtig und wessen falsch sind. Es entsteht dann automatisch eine Atmosphäre der Konfrontation statt die der Partnerschaft, ganz zu schweigen von der Expansion der Werte, die die Militärsprache im Sinne von „Angriff“, „Verteidigung“, „Offensive“ oder „Sabotage“ nutzt.

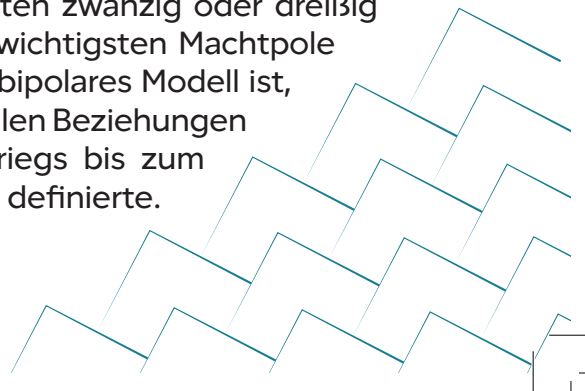
In den letzten Jahren spricht die russische Staatsführung viel über die Erosion der westzentrischen liberalen Weltordnung. Stimmt es? Wie wird die Weltordnung der Zukunft aussehen? Welche Rolle werden Russland und Deutschland in dieser Weltordnung spielen?



Tatjana Chruljowa

Das System der internationalen Beziehungen durchläuft jetzt eine Phase der Unsicherheit, und es steht offen, ob das eine Übergangsphase ist oder die Instabilität zur Norm wird. Solche Turbulenzen sind unter anderem von einer Reihe Probleme bedingt, mit denen die westliche Welt sich vor kurzem konfrontiert sah. Es stellte sich heraus, dass die traditionellen politischen Kräfte es schwer haben, Antworten auf die aktuellen Herausforderungen der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Veränderungen zu finden. Zur selben Zeit gibt es keinen Grund dafür, dass diese Krise unüberwindbar ist und am Ende zu einer radikalen Neugestaltung der bestehenden Weltordnung führen wird.

Eine bestimmte Transformation ist natürlich unvermeidlich, obwohl es nach wie vor schwierig ist, klar zu bestimmen, in welche Richtung wir uns bewegen. Eines steht fest: Die unipolare Ära ist jetzt Vergangenheit. Offenbar werden in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren die USA und China die wichtigsten Machtpole sein, was aber kein klassisches bipolares Modell ist, das das System der internationalen Beziehungen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der UdSSR definierte.



Eine immer größere Anzahl von Akteuren (insbesondere Indien, die EU, Iran, die Türkei, Russland, Saudi-Arabien und eine Reihe von Ländern in Südostasien und Lateinamerika) erhalten nämlich die Möglichkeit, die globale Konstellation zu beeinflussen, allerdings nur in bestimmten Regionen.

Russland und Deutschland werden ohne Zweifel versuchen, ihre Position im System zu stärken. Deutschland spielt eine führende Rolle in der EU, deshalb ist die Zukunft der Union für Berlin von entscheidender Bedeutung. Russlands Rolle in der Weltpolitik wird in der ersten Linie durch interne Herausforderungen bedroht: Je länger die Staatsführung die Umsetzung der Reformen verzögert, desto schwieriger wird es, die Probleme in allen Bereichen zu bewältigen. Vor einem solchen Hintergrund wird es kaum möglich, den Status eines globalen Akteurs auf Dauer zu bewahren.

Julius von Freytag-Loringhoven

Man kann die Vereinten Nationen aus ihrer Entstehungsgeschichte westzentristisch nennen, ich glaube aber, dass das ihnen nicht ganz angemessen ist, die Charta der Vereinten Nationen ist von vielen Staaten der Welt unterschrieben worden und ihre universalen Regeln haben weltweite Anerkennung. Genauso wie in der christlichen oder der antiken Philosophie sind auch in asiatischen und afrikanischen Werteordnungen Menschenrechte wichtig. Es gab noch nie auf der Welt im Verhältnis zur Weltbevölkerung so wenig Tote durch Hunger, Krankheit und Krieg. Das bleibt ein Teil der Erfolgsgeschichte unserer heutigen Weltordnung. Der Aufstieg Chinas begann mit der Einführung von marktwirtschaftlichen Reformen, das heißt Einzelentscheidungen vor staatliche Planung zu stellen. Aber die Welt verändert

sich laufend. Russland und Deutschland bleiben mit ihren Beziehungen miteinander aber auch nach Asien oder Amerika gute Vermittler in heutigen Wertediskussionen.

Ann-Sophie Gast

Ich stimme der russischen Führung in diesem Punkt zu, sehe aber andere Gründe für die Erosion der liberalen westzentrischen Ordnung. Wenn wir die USA und Präsident Trump einmal außen vor lassen, der gerade in einem atemberaubenden Tempo für einen globalen Bedeutungsverlust und Imageschaden der USA sorgt, so liegt die Schwächung der liberalen Weltordnung vor allem an dem Erstarken nicht-liberaler Akteure, wie z.B. die Türkei, China, Saudi-Arabien, aber auch Russland. Diese Akteure verlangen ihren Platz am globalen Verhandlungstisch zur Mitbestimmung der Zukunft der Weltordnung und bieten zudem ein Entwicklungsmodell an, das nicht auf Demokratie und Freiheit beruht und schmerzhaft Reformen verlangt, sondern deutlich pragmatischer angelegt ist. Was diese Akteure außerdem eint, ist die Kritik an einer unilateralen Weltordnung, in der die USA die Vorherrschaft innehaben. Ich denke, dass das unilaterale Zeitalter schon seit einer Weile vorbei ist, aber mit der Amtsübernahme Trumps und dem Rückzug der USA aus der globalen Verantwortung erst richtig deutlich wurde. Ganz im Sinne der hegemonialen Stabilitätstheorie nimmt mit dem Rückzug des globalen Hegemons auch die Instabilität zu. Ich denke, dass wir uns auf eine Zeit des Chaos, der weiteren Destabilisierung und der Anpassung einstellen müssen. Kein anderer Staat ist derzeit in der Lage die Rolle der USA zu übernehmen. Die aufstrebenden Mächte werden versuchen, in das von den USA verursachte Vakuum zu drängen, ihre Machtposition auszuweiten und ihr Stück vom Kuchen abzubekommen.

Abzuwarten bleibt, ob China in naher Zukunft zusätzlich zum wirtschaftlichen Gestaltungsanspruch auch politische Interessen und Forderungen erheben wird, was zu zusätzlichem Konfliktpotenzial führen würde. Ich denke, dass Russland in den letzten Jahren klar gemacht hat, dass es an der Gestaltung der globalen Ordnung teilhaben möchte und seine Interessen notfalls auch unter Anwendung von Gewalt durchsetzen wird. Obwohl Russland Georgien und die Ukraine als Partner auf längere Sicht verloren hat, hat das Land seine regionale Vormachtstellung durch die Schaffung von Organisationen wie der Collective Security Organization (CSO) und der Eurasischen Wirtschaftsunion neu manifestiert. Russland wird sich auch in Zukunft stärker global und anderen Regionen, wie z.B. im Nahen Osten, einbringen.

Trotz des Erstarkens neuer Akteure glaube ich, dass die EU auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird, da sie nicht nur ein sehr wichtiger Wirtschaftsakteur ist, sondern auch ihr Zivilisationsmodell nach wie vor große Strahl- und Anziehungskraft besitzt. Das hat sich auch nicht durch den Brexit, Flüchtlingskrise und andere interne Querelen geändert. Freiheit, Frieden und Wohlstand sind nach wie vor Werte und Ziele, die auf der ganzen Welt attraktiv sind. Die Möglichkeit, in 28 Ländern studieren und arbeiten zu können und diese Länder ohne Visa und Grenzkontrollen bereisen zu können, so als sei man in seinem eigenen Land unterwegs, sollte nicht unterschätzt werden. Der Verdienst der EU, nämlich den Frieden auf einem Kontinent zu sichern, der sich noch vor weniger als einem Jahrhundert zerfleischt hat, ist nach wie vor beispiellos. Deutschland wird in der EU und auch global eine größere Führungsrolle spielen müssen, als es das bisher tut, jedoch immer in Abstimmung mit den europäischen Partnern und insbesondere in enger Partnerschaft mit Frankreich.

Igor Gretzkij

Schon lange vor dem Brexit und dem Wahlsieg von Donald Trump waren die russischen Eliten der Auffassung, dass der Westen die globalen Prozesse nicht mehr kontrolliert, was das westzentrische Sicherheitsmodell nicht mehr relevant macht. Diese Idee wurde 2007 nach Putins Münchner Rede zum Mainstream.

Die Experten bringen diese Ansicht dadurch zum Ausdruck, dass sie behaupten, das bipolare Modell des Kalten Krieges habe mehr Stabilität und Sicherheit geboten. Es ist schwierig, dieser These zuzustimmen. Erstes war eine globale Verantwortung für die politischen Weltprozesse nie das Ziel der euro-atlantischen Strukturen oder der Außenpolitik der einzelnen westlichen Länder gewesen. Zweitens gibt es nur eine Organisation mit einem Mandat zur Gewährleistung der globalen Sicherheit, und zwar die UNO. Drittens ist eine globale Kontrolle der Sicherheit schlechthin unmöglich. Das ist eine Illusion, bewiesen durch die Kuba-Krise im Jahre 1962 und den Zusammenbruch der UdSSR. Das heißt, dass es weder eine totale Dominanz des Westens in Sicherheitsfragen noch eine „post-westliche Welt“ gibt – und wohl auch nie gab.

Fjodor Lukjanow

Prognosen sind eine schwierige Sache, doch das System der internationalen Beziehungen wird in der Zukunft offensichtlich nicht so aussehen, wie es jetzt ist. Die so genannte liberale Weltordnung ist nicht zustande gekommen. Ob es gut oder schlecht ist, ist Geschmackssache und eine separate Diskussionsfrage, aber die Konsequenzen

können für alle ziemlich schwerwiegend sein, auch für Russland. Obwohl es nicht in die liberale Ordnung passte, gibt es absolut keine Garantie, dass es einen geeigneten Platz in dem neuen, möglicherweise viel strikteren System finden wird.

Russland und Deutschland werden aber eine Rolle in jeder Weltordnung spielen. Als ein Land, das nicht nur flächenmäßig groß ist, sondern auch eine Reihe von wirksamen Mitteln – vor allem geopolitischer und militärischer Art – besitzt, bleibt Russland ein wichtiger Akteur. Das 21. Jahrhundert mag eine Epoche der Kommunikation und des Internets sein, dennoch verliert die territoriale Dimension, wie wir sehen, ihre Bedeutung nicht. Vom wirtschaftlichen Standpunkt gehört Russland natürlich in eine völlig andere Liga.

Die Rolle Deutschlands wird sicherlich groß sein, obwohl es schwierig ist, sie zu formulieren. Auf der Weltbühne braucht Deutschland die Europäische Union: Erstens, um Gewicht und Maßstab zu erhöhen, aber hauptsächlich damit niemand das Gefühl hat, dass die Deutschen zu den Ambitionen der letzten und des vorletzten Jahrhunderts zurückkehren.

Der größte Alptraum der deutschen politischen Elite ist die Rückkehr der so genannten „deutschen Frage“ im Zuge der EU-Krise. Diese Frage hatte Deutschland bereits mehrmals in eine Katastrophe geführt. In dieser Hinsicht ist die EU genau der richtige Weg, die Entwicklung und Aufstieg in der für alle verdaulichen Form zu „verpacken“. Deshalb ist der Erhalt der Europäischen Union lebenswichtig für Deutschland.

Sergej Markedonow

Die gegenwärtige Weltordnung wird in der Tat aus der Perspektive der liberalen Werte, die sich durchgesetzt haben, beschrieben. Es wäre dabei wirklichkeitsfern zu behaupten, dass sie ausschließlich darauf beruht.

Auf der anderen Seite ist auch die Aussage, die westzentrische Weltordnung gehe zugrunde, übereilt und ist ein pures Wunschdenken. Freilich gibt es Probleme, mehr noch, sie häufen sich an. Bei allen Misserfolgen demonstrierten die USA seinerzeit ihre Effizienz in Europa, doch im Nahen und Fernen Osten oder im postsowjetischen Raum klappt bei Weitem nicht alles. Dies zeugt aber im Extremfall nur von einem Knick der gegenwärtigen Weltordnung, aber keineswegs von ihrem Zusammenbruch.

Natürlich legen Russland, China, Indien und eine Reihe anderer Staaten Änderungskonzepte vor, aber bisher bietet keiner von ihnen eine umfassende und ganzheitliche Alternativlösung an, darunter auch Moskau. Inwieweit richtig das von der UdSSR angebotene universelle Modell war, ist eine Diskussionsfrage, aber es inspirierte Millionen von Menschen auf der ganzen Welt. Das moderne Russland hat kein System von alternativen Ansätzen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Staaten, die mit der amerikanisch-zentrierten Welt unzufrieden sind, auch gegenseitige Unstimmigkeiten haben: zum Beispiel Russland und die Türkei, Indien und China. Anders gesagt, sie sind mit der US-Vorherrschaft auf verschiedene Weise unzufrieden.

Darüber hinaus gibt es in jedem der Länder, die eine Führungsrolle anstreben, einige Schwachstellen. Deutschland insbesondere

hat Sicherheitsbeschränkungen und wird in naher Zukunft kaum eine militärische Supermacht werden, der größte russische Nachteil ist zweifellos die Wirtschaft,

Und nur die Vereinigten Staaten von Amerika, ob wir es wollen oder nicht, behalten ein ausgewogenes Instrumentarium bei. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir nicht über den Zusammenbruch der Amerika-orientierten Welt sprechen dürfen. Eine Krise ist ja nicht immer ein Zusammenbruch.

Stefan Meister

Wir leben in der Übergangsphase von einer durch die USA und die liberale Ordnung geprägten Welt hin zu einer multipolaren Ordnung, die viel unsicherer, volatil und von mehr Krisen durchsetzt sein wird. Wir wissen nicht, wie die Zukunft aussehen wird, Globalisierung und Digitalisierung sind Treiber dieser vernetzten Welt, in der Staaten wie China und Indien eine größere Rolle spielen werden und Russland, aufgrund seiner Modernisierungsdefizite und die EU, aufgrund ihrer Reformdefizite an Bedeutung verlieren werden. Auch Renationalisierungstendenzen werden diese Trends nicht aufhalten. Deutschland kann nur im Kontext einer reformierten EU international mitspielen und Russland wird nur durch nachhaltige wirtschaftliche Modernisierung die Ressourcen erhalten, die es braucht, um weiterhin ein relevanter Akteur zu sein.

Sarah Pagung

Eigentlich ist der „Westen“ ein ziemlich vager Begriff, obwohl er meist die EU- und NATO-Mitglieder meint. Wenn wir diese Diskussion

kurz beiseitelassen, glaube auch ich nicht, dass die Welt immer noch westzentrisch ist. Eine kurze Zeit war das System der internationalen Beziehungen unipolar, doch dann wechselte die Weltordnung durch die wachsende Rolle anderer Staaten, in erster Linie Chinas, in die multipolare Phase.

Die Definition der „liberalen Weltordnung“ ist auch ziemlich problematisch und nicht eindeutig. In jedem Fall stagniert jetzt der Prozess der Demokratisierung, der seinen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte, was eine große Enttäuschung ist: in den 90er Jahren erhofften nämlich alle das „Ende der Geschichte“, nach dem alle Länder demokratisch werden. Wie wir aber sehen, haben nur wenige Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges diesen Weg eingeschlagen.

Dennoch formen demokratische und liberale Länder einen bedeutenden und dabei den reichsten Teil der Welt. Sie sind imstande, ein kräftiges und attraktives Narrativ zu schaffen, das viele Menschen vereinigt und anzieht. Momentan sehe ich keine anderen Narrative, die ebenso erfolgreich sind. Ob dies auch weiter so bleibt, hängt von der Fähigkeit der liberalen Demokratie ab, sich zu reformieren und sich an die neue multipolare Welt anzupassen.

Iwan Preobraschenskij

Die westliche Welt, einschließlich der europäischen Demokratie und der EU, befindet sich sicherlich in einer Krise. Das ist eine Krise des öffentlichen Vertrauens in traditionelle Medien, die sowohl durch den wachsenden Einfluss sozialer Netzwerke als auch durch die Müdigkeit von den Handlungen traditioneller Eliten verursacht wurde. Das

ist auch eine Krise der parlamentarischen Demokratie, ausgelöst von der allgemeinen Erstarrung des Parteiensystems und dem erheblichen Verlust der Rückkopplung mit der Bevölkerung durch Wahlen. Die Entstehung radikaler und populistischer politischer Parteien und Bewegungen in Europa, darunter auch in Deutschland, ist ein Anzeichen derselben Krise.

Aber bedeutet dies wirklich die Zerstörung der liberalen Werte oder der bestehenden Weltordnung, die eigentlich nicht auf liberalen Werten, sondern auf den Werten des Dialogs und des Kompromisses beruht? Genau diese Werte rückten nämlich nach dem Zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt, um der größten Krise des 20. Jahrhunderts ein Ende zu setzen.

In Russland wird es oft über den Aufbau einer polyzentrischen Welt gesprochen, im Gegensatz zu der unipolaren Ordnung, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges resultierte und anschließend den USA die weltweite Vorherrschaft verschaffte. In Wirklichkeit ist die Struktur der modernen Welt und der Weltpolitik viel komplizierter: Sie beinhaltet komplexe Systeme von Überprüfung und Ausgleich sowie situative und langfristige zwischenstaatliche Bündnisse. Daher erscheint das Modell der „multipolaren Welt“, das die russische Regierung zur Erklärung der globalen Vorgänge verwendet, als eine grobe Vereinfachung.

Ungeachtet dessen ist es offensichtlich, dass die Führung Russlands eine Veränderung der Beziehungen innerhalb des Weltsystems und seine Transformation zu Recht erwartet. Die Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen wird schon seit langem universal bemängelt, was gerade durch die „Krim-Krise“ offengelegt wurde. Das

Einziges, wofür diese Struktur noch gut geeignet ist, ist die Verhinderung eines globalen Konflikts zwischen den so genannten Großmächten, die durch das Vetorecht der anderen Partei im Sicherheitsrat keine Entscheidung alleinig durchsetzen können.

Unter der gegenwärtigen politischen Führung platzt auch das transatlantische EU-USA-Partnerschaftssystem aus allen Nähten. Die neuen Machtzentren in Südost- und Ostasien und teilweise in Lateinamerika spielen eine immer größere Rolle. Die asiatisch-pazifische Region könnte in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts zur Hauptarena der Weltpolitik werden.

Das bedeutet, dass sowohl Russland als auch Deutschland in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts nach Wegen suchen müssen, um ihre Positionen zu bewahren und sich in das neue Schema der internationalen Arbeitsverteilung einzugliedern. Deutschland versucht das durch wirtschaftliches Wachstum und Russland durch den Ausbau seines Einflusses in der Welt, darunter auch im militärischen Aspekt, zu erreichen. Im Endeffekt vergrößern beide Länder ihren Einfluss. Darüber hinaus kann sich Deutschland auch auf den EU-Binnenmarkt stützen, der zusätzliche Möglichkeiten für den Absatz von Waren und Wirtschaftswachstum bietet, aber auch zusätzliche Risiken schafft. Welche von diesen Strategien sich als erfolgreicher erweisen wird, wird letztlich die Zeit zeigen.

Hauke Ritz

Es gab ja bekanntlich schon einmal eine Globalisierung, die infolge des Ersten Weltkriegs unterbrochen wurde und endgültig mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 an ihr Ende

kam. Etwas durchaus Vergleichbares vollzieht sich in unserer Gegenwart. Damals wurde dieser Prozess von gewaltigen Kriegen begleitet. Heute ist die Militärtechnik so weit fortgeschritten, dass ein großer Krieg quasi das Ende der Zivilisation bedeuten würde.

Der allmähliche Machtverlust der USA scheint langfristig unaufhaltbar zu sein. Für Europa bedeutet dies, dass es seine Westzentrierung relativieren muss. Wahrscheinlich wird sich in der kommenden Dekade das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Europas weiter nach Osten verschieben. Was könnte dies langfristig bedeuten?

Es könnte bedeuten, dass jene Länder an Einfluss gewinnen, die wie Polen und Russland im Christentum eine kulturelle und geistige Grundlage der europäischen Zivilisation sehen. Es könnte auch bedeuten, dass der starke Bezug auf die Mechanik des politischen Systems, das vor allem in der angelsächsischen Welt und Frankreich historisch tief verankert ist, durch einen neuen Blickwinkel ergänzt werden muss. Betrachtet man die Mentalitätsunterschiede zwischen der heutigen westlichen Welt und Russland genauer, so fällt auf, dass im Westen meist die rechtliche Legitimität des politischen Systems im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, während Fragen der Kulturentwicklung meist der allgemeinen Dynamik der Gesellschaft überlassen werden. Alles ist in gewisser Weise erlaubt, sofern es nur nach den legitimen rechtlichen Verfahrensweisen abläuft. Alexander Solzhenizyn hat diese nihilistischen Konsequenzen des westlichen Rechtsverständnisses bereits 1978 in seiner berühmten Rede an der Harvard Universität mit Befremden wahrgenommen. In Russland und einigen anderen osteuropäischen Staaten hingegen ist der Fokus stärker auf den Geist politischer Prozesse gerichtet statt auf die Mechanik

der rechtlichen Verfahrensweisen. Die Wiederentdeckung dieser kulturellen Perspektive auf Gesellschaftsprozesse könnte somit eine der großen Veränderungen sein, die mit der zunehmenden Schwäche der westlich-liberalen Weltordnung einhergeht.

Jekaterina Timoschenkowa

Es scheint mir, dass eines der Hauptprobleme der Weltordnung, die auf liberalen Werten aufbaut, die Diskrepanz zwischen realen Interessen und den begleitenden Parolen ist. Sie kann zu verheerenden Folgen nicht nur in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, sondern auch in der westlichen Gemeinschaft führen.

Als Beispiel können wir die regelmäßigen Unstimmigkeiten zwischen der Administration von Donald Trump und den Regierungen der EU-Länder oder die Polemik innerhalb der EU im Zusammenhang mit der Migrationskrise nennen. Wenn es um Selbsterhaltung oder eigene (auch wirtschaftliche) Interessen geht, können die liberalen Werte in den Hintergrund rücken.

Die folgenden beiden Trends werden sich auf das System der internationalen Beziehungen in den kommenden Jahren besonders auswirken: die Stärkung der euroskeptischen Kräfte in Europa und die Priorisierung von nationalen Interessen. Meiner Meinung nach wird außerdem der langjährige Konflikt zwischen dem Prinzip der staatlichen Souveränität und dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung einen neuen Schwung bekommen. Es erwarten uns lange Diskussionen über diese Fragen, darunter auch im Rahmen der Vereinten Nationen.

Ich bin sicher, dass die führenden Akteure auf der Weltbühne, einschließlich Russland und Deutschland, früher oder später neue Regeln der internationalen Beziehungen ausarbeiten werden müssen, um ein gemeinsames Sicherheitssystem aufzubauen, das auf den Prinzipien der gegenseitigen Abhängigkeit, Transparenz und Berechenbarkeit basiert. Ohne einen solchen gemeinsamen Raum kommt am Ende nichts zustande. Aber das ist natürlich eine Frage der fernen Zukunft. Jetzt geht es darum, die Strukturen wiederherzustellen, die früher auf dem europäischen Kontinent – wenn auch begrenzt – funktionierten, zum Beispiel den NATO-Russland-Rat.

Falk Tischendorf

Die russische Staatsführung? Alle sprechen im Moment über die Krise der freiheitlich liberalen Weltordnung und das als Globalisierung bezeichnete und auf offenen Grenzen und offenen Gesellschaften gegründete System. Was wir im Moment in den USA, in Großbritannien und anderen europäischen Ländern erleben, kann man wohl kaum anders als eine Erosion bezeichnen. Nach den vom amerikanischen Präsidenten angekündigten Strafzöllen bahnt sich jetzt ein „Handelskrieg“ zwischen den USA und Europa an. Ein Phänomen, das wir gerade in Bezug auf die andere Himmelsrichtung besprochen haben. Wir müssen erkennen, dass offene Grenzen und offene Gesellschaften in Frage gestellt werden und dass die Angst vor Globalisierung und Immigration geschaffen und erfolgreich instrumentalisiert wird, während gleichzeitig der Eindruck entsteht, dass die Bereitschaft sinkt, die eigenen liberalen Prinzipien zu verteidigen. Wir haben diese Ordnung für uns als selbstverständlich angesehen. Sie ist es nicht mehr.

Dabei glaube ich nicht, dass man die Globalisierung tatsächlich aufhalten kann. Vielmehr werden neben Russland, den USA, deren oft beschriebenen Niedergang wohl nach wie vor in weiter Ferne ist, China, Indien, Indonesien, aber auch andere asiatische Staaten und die afrikanischen Staaten eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. In der Vergangenheit haben wir immer die Stabilität dieser Staaten in Frage gestellt. Aber ist Europa so stabil, wie wir glaubten?

Dmitrij Trawin

Es sollte angemerkt werden, dass die westliche Welt nicht auf den liberalen Werten aufgebaut ist, sondern auf dem Konsens von Liberalen, Sozialdemokraten und konservativen Nationalisten. Liberal sind hier im Großen und Ganzen nur die Menschenrechte. Die soziale Sphäre beruht vollständig auf sozialdemokratischen Prinzipien: die Liberalen haben eine solche Umverteilung von Ressourcen über den Haushalt nie unterstützt. Der Erhalt der Nationalstaaten und der Zusammenbruch der Idee eines vereinten Europa ohne Nationen, in dem die Menschen sich nur als Europäer fühlen, zeigt, dass der demokratische und zivilisierte Nationalismus immer noch existiert. Die Menschen wollen immer noch, sich als Vertreter einer bestimmten Nation fühlen.

Zweitens ist unsere Welt schon lange nicht mehr Europa-zentrisch. Lange Zeit war sie bipolar, mit den USA und der UdSSR als Machtzentren nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam eine kurze Periode der vorübergehenden alleinigen Herrschaft der Vereinigten Staaten.

Jetzt ist die Welt wieder bipolar. Die Vereinigten Staaten und China sind wirtschaftlich gleichwertig, wobei China nach seiner Bevölkerung die gesamten westlichen Länder weit überbietet. Im militärischen Potenzial hat China noch Nachholbedarf, aber auch gute Ausgangsbedingungen, um es zu erhöhen.

Diese Bipolarität wird noch sehr lange bestehen bleiben, möglicherweise das gesamte 21. Jahrhundert hindurch, obwohl die Prognosen für so eine lange Zeit problematisch sind. Aber bislang sehe ich keinen Hinweis darauf, dass die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten einen anderen Weg gehen kann.

Deutschland als NATO-Mitglied, ein Land mit einem demokratischen politischen System und einer Marktwirtschaft wird natürlich auf der Seite der Vereinigten Staaten stehen. Außerdem muss man verstehen, dass die Bundesrepublik ein Partner der Vereinigten Staaten und kein Satellit ist.

Russland versucht hingegen immer noch, ein komplexes und strategisch wenig versprechendes Spiel zu spielen: Wir distanzieren uns von der NATO und streiten mit dem Westen, dabei ist Russland kein Partner Chinas und ist ihm in jeder Hinsicht unterlegen: in den Wirtschaftsindikatoren, in der Bevölkerungszahl, in der Stabilität des politischen Systems usw.

Noch ist Russland nicht bereit, die Rolle des Juniorpartners von China zu übernehmen, auch wenn es unbewusst in diese Richtung steuert: Ich glaube, das ist keine Option, die einer bewusst anstreben würde. In zehn oder fünfzehn Jahren könnte Russland zu einem de facto Satelliten von China werden: Wenn die nationale Wirtschaft zunehmend

schwächer wird, gerät das Land in Abhängigkeit von dem Staat, der bereit sein wird, zumindest etwas Geld für Erdgas zu zahlen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Russland zwischen den beiden Hauptpolen ohne Hoffnung auf eine ernsthafte politische Entwicklung balancieren wird.

Ich glaube, dass die deutsch-russischen Beziehungen darüber ins Stolpern geraten, dass Deutschland ein Teil der westlichen Welt mit ihren Werten ist, wobei Russland das Opfer des etablierten politischen Systems ist. Solange es weiter so bleibt – und ich glaube, dass der Wandel noch lange nicht kommen wird – gibt es auch keine Möglichkeit, die Außenpolitik Russlands, die nur interne Aufgaben erfüllt, zu verändern.

Edwin Warkentin

Eine Erosion einer vermeintlich westlich zentrierten liberalen Weltordnung, falls es eine solche überhaupt gibt sehe ich nicht. Wenn wir über eine Weltordnung sprechen, dann gehören unweigerlich nichtwestlich geprägte Akteure wie China, die Golfstaaten oder Indien dazu. Andererseits bleibt die EU die absolut stärkste Volkswirtschaft und als Friedensprojekt das erfolgreichste und äußerst attraktive Integrationsmodell. Die NATO erlebt gerade ihre Aufwertung. Technische und wissenschaftliche Innovationen finden insbesondere in westlichen Volkswirtschaften statt. Die Globalisierung und wirtschaftliche Verflechtung ist ohne freie marktwirtschaftliche Mechanismen nicht vorstellbar. Reden über die westliche Dekadenz und den Wertezerfall sind in Russland innenpolitische Spiegelungen und haben lange Tradition. Der Westen ist nur die Metapher für das imaginäre Andere des Politischen.

Die Weltordnung der Zukunft kann nur konsens- und vertragsorientiert gestaltet werden. Durch die enge Verflechtung und die demographische Entwicklung kann Frieden nur unter gemeinsamen Voraussetzungen erhalten werden. Supranationale Einheiten und die EU sind dafür ein hervorragendes Beispiel, können die Herausforderungen der Globalisierung und Bevölkerungswachstum standhalten. Deutschland spielt in dieser Hinsicht bereits jetzt eine wichtige Rolle, in dem es aktiv die europäische Integration in bewusster Abgrenzung vom Nationalstaatsprinzip vorantreibt. Russland könnte seine Potenziale in dieser Hinsicht ausbauen.

Lukas Werner

Nach meinem Erachten ist diese Erosion durch die negativen Folgen der Globalisierung und der unhinterfragten Konjunktur einer neoliberalen Wirtschaftsordnung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschuldet. Zwar boomt die Wirtschaft, aber Arbeitsverhältnisse sind prekär; viele Menschen haben Angst um ihre Zukunft und der Demolierung ihrer vertrauten Verhältnisse. Dadurch ist auch immer mehr Fremdenhass und Wut auf das politische Establishment entstanden. Um diesem Einhalt zu gebieten, muss es, meiner Meinung nach, ein globales Umdenken geben, wie wir wirtschaften und nachhaltige, gerechte Lebens-, Arbeits-, und Umweltschutzstrukturen schaffen können. Dies kann jedoch nicht lediglich durch die Zusammenarbeit von zwei Staaten alleine erreicht werden.

Nur wenn alle Staaten an einem Strang ziehen kann hier Wandel erreicht werden. Russland und Deutschland, als große und mächtige Staaten, können jedoch in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen.

Nikolaj Wlassow

Das Problem der gegenwärtigen Entwicklung des Systems der internationalen Beziehungen ist eine der interessantesten und kontroversen Themen in der ganzen Forschung der internationalen Beziehungen. Im Moment sind wir in einer Phase des Übergangs von einem bipolaren Modell aus der Zeit des Kalten Krieges zu einem anderen, dessen Umriss noch nicht klar sind.

Offensichtlich wird dieses System multipolar sein. Fast alle Forscher sind sich einig, dass der „unipolare Moment“ der 90er Jahre vorbei ist. Die Multipolarität ist jedoch ein sehr vages Konzept. Eigentlich besagt es nur, dass es mehr als zwei bedeutende Akteure im internationalen System gibt. Eine große Menge Varianten sind hier möglich, angefangen vom System der gleichberechtigten „Großmächten“ nach Art und Weise des „europäischen Konzertes“ im 19. Jahrhundert (das scheint die häufigste Wahrnehmung der Multipolarität unter den russischen Politikern zu sein) bis hin zum labilen Gleichgewicht konkurrierender Akteure auf verschiedenen Ebenen (ein Beispiel dafür wäre das Europa des 18. Jahrhunderts).

Die Multipolarität schließt keinesfalls eine führende Rolle eines oder mehrerer Spieler aus (was allerdings keine Hegemonie sein darf). In dieser Hinsicht scheinen die Aussagen über die Krise des „globalen Westens“ etwas voreilig zu sein. Für die russische Führung sind solche Prognosen jedoch eine alte, tief verwurzelte Tradition. Über den „verfallenden Westen“ zu reden kam nicht in der Sowjetzeit in Mode, wie oft angenommen wird, sondern viel früher, noch im Russischen Kaiserreich. Diese Prophezeiungen verfolgten oft vor allem bestimmte interne politische Aufgaben und lagen falsch, wie wir heute klar sehen können.

Was die Zukunft Russlands und Deutschlands in dem neuen System der internationalen Beziehungen angeht, so ist es offensichtlich, dass beide Staaten eine bedeutende Rolle darin spielen werden, obwohl sie nicht in der Lage sein werden, alleinige Führung zu behaupten. Um seine Bedeutung im System zu erhöhen und seine eigenen Interessen zu verwirklichen, ist sowohl für Moskau als auch für Berlin die Kooperation mit anderen nahe stehenden Akteuren der beste Weg.

Die politische Elite Deutschlands hat diese Wahl schon vor langer Zeit im Rahmen der europäischen Integration getroffen. Für Russland bleibt das Problem der Verbündeten nach wie vor offen. Wie in anderen Bereichen, hängt hier Vieles von der inneren Entwicklung der Russischen Föderation ab, die letztlich der entscheidende Faktor für Moskaus Platz im entstehenden System der internationalen Beziehungen sein wird.

Denis Wolkow

Meiner Meinung nach liegt das Problem wiederum nicht in den Werten. Den russischen Eliten gefällt nicht das von den USA dominierte Modell der Weltordnung, das in der Tat in einer Krise steckt. Zum Beispiel gibt es heute nach den Ansichten der russischen Bevölkerung drei Weltmächte: Russland, China und die Vereinigten Staaten.

Fakt ist jedoch, dass immer mehr Staaten selbständig handeln, ihre eigene Politik treiben und Widersprüche zwischen verschiedenen Ländern ausnutzen wollen.

Das ist nicht nur der Fall mit den USA, Europa (obwohl die US-Verbündeten nicht wirklich wollen, dass Amerika seine Verpflichtungen aufgibt) und China:

Es kommen immer mehr selbständige Akteure auf die Weltbühne, sodass es unmöglich ist, ein festes System mit zwei oder drei Kraftpolen aufzubauen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das relativ schwache wirtschaftliche Potenzial Russlands es nicht erlaubt, auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten, Deutschland und anderen Weltmächten zu agieren. Infolgedessen ist die entstehende Realität viel komplizierter und chaotischer als es Russland gerne hätte.

Marine Woskanjan

Meiner Meinung nach sollte es eher um „post-liberale“ Werte und die Aussichten dieses Weltanschauungsmodells gehen, das jetzt von einigen westlichen Eliten angeboten wird. Grundlegend dafür ist die Frage nach der Identität des Menschen und nach der Grenze (oder vielmehr nach dem Fehlen von Grenzen) für die Selbstbestimmung und die Veränderung dieser Identität.

Ein solches Modell ist in der Tat revolutionär, da es eine vollständige Trennung des neuen Menschen von allen traditionellen nationalen, rassistischen, religiösen, kulturellen, territorialen, Alters- und Geschlechtsmerkmalen voraussetzt. Das ist ein Weltmensch, der eine Reihe universeller demokratischer Werte teilt, darunter ein bestimmtes Verständnis von Menschenrechten, ein Begriff von Informationsoffenheit, Toleranz usw. Unabhängig von moralischen Einschätzungen möchte ich anmerken, dass die universalistischen Projekte dieser Art ein Schlüsselproblem haben: Sie fordern von dem Menschen, auf die der Kultur seiner Gruppe eigenen Identitätsmarker völlig zu verzichten.

Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk schreibt, dass die Menschen erst vor zwei Jahrhunderten gelernt haben, sich als Bürger eines Nationalstaates zu sehen, statt als Bürger einzelner Städte und Regionen, und erst seit einigen Jahrzehnten als Bürger von supranationalen Vereinigungen (was auch nicht ganz unproblematisch läuft). Sie alle jetzt zu verpflichten, sich als „Bürger der Welt“ mit einem universellen Satz von Werten zu sehen, wäre eine höchst radikale Forderung: Keiner wäre wohl zu solchen Veränderungen bereit.

Gleichzeitig erzeugt es Gegendruck in der Form des Neo-Konservatismus und des Strebens nach traditionellen Werten sowie der Re-Souveränisierung als Alternative zur Globalisierung. Daher wäre in der kurzen Frist eher mit der Koexistenz verschiedener Modelle als mit einem global dominierenden Modell zu rechnen. Profitieren davon werden die Staaten, die einen „Multi-Modell-Ansatz“ verfolgen.

Russland unterstützt diesen Ansatz und hat schon eine generelle Vorstellung von seiner Rolle in einer multipolaren Welt. Für Deutschland als Teil der Europäischen Union wird der künftige Platz der EU in der Welt maßgebend sein.



Die „Zukunftswerkstatt“ dient seit vielen Jahren als eine Plattform für eine freie und offene Diskussion, wo Politikwissenschaftler, Forscher, Journalisten und Geschäftsleute aus Russland und Deutschland über die zentralen Probleme unserer Länder diskutieren. Wir streiten, überlegen, überzeugen und verteidigen unseren Standpunkt, sehr oft stimmen wir nicht überein, aber wir setzen trotzdem den Dialog fort, da man die andere Seite nur in einer Diskussion hören und verstehen kann.

Dieses Projekt ist im Grunde genommen die Fortsetzung der Sitzungen unserer Werkstatt. Viele Experten waren schon lange in die Arbeit der Gruppe involviert, einige haben bei unserer Diskussion zum ersten Mal mitgemacht. Wir haben versucht, Fragen zu beantworten, die uns am wichtigsten für die deutsch-russischen Beziehungen erscheinen, die heute eine sehr schwierige Zeit durchmachen. Solche Diskussionen sind jetzt besonders notwendig: Wenn wir auf höchstem Niveau vom Dialog fast zum Monolog gewechselt sind, ist es wichtig, dass wir jede Gelegenheit nutzen, miteinander zu reden. Die einzige Alternative dazu sind sich verstärkende Missverständnisse und gegenseitige Enttäuschungen. Unsere Ansichten und Positionen gehen oft auseinander, wobei es nicht nur deutsche, sondern auch russische Teilnehmer sind, die gravierende Unstimmigkeiten haben. Manchmal scheint es, dass es sehr schwierig ist, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Wir dürfen aber auf keinen Fall vergessen, dass die Antworten auf die aktuellen Herausforderungen nur gemeinsam zu suchen sind: Nur auf diese Weise werden wir letztendlich einen Weg aus der Krise finden und eine Plattform des Vertrauens für den neuen deutsch-russischen Dialog schaffen.

